

Nicht vergessen:  
**Am 19.11. jede Stimme gegen  
Strauß und  
Barzel!**

elan testet  
Politiker:

**Parteien  
antworten  
Jungwählern**

# elan

**MAGAZIN FÜR  
JUNGE LEUTE**



# elam

## MAGAZIN FÜR JUNGE LEUTE

**HERAUSGEBER**  
Bernhard Jendrejewski,  
Jürgen Laimer, Rolf Jürgen  
Priemer, Karl Hubert  
Reichel, Ulrich Sander,  
Karl Heinz Schröder,  
Dr. Peter Schütt, Pastor  
Horst Stuckmann, Werner  
Weismantel

**CHEFREDAKTEUR**  
Hans-Jörg Hennecke

**STELLV. CHEFREDAKT.**  
Peter Bubenberger, Köln  
(verantwortlich)

**REDAKTIONSBEIRAT**  
Wolfgang Bartels, Peter  
Berg, Rainer Birenheide,  
Günter Boncelet, Elke Dahl,  
Jerken Diederich, Gisela  
Holzmüller, Reinhard  
Junge, Roland Lang,  
Werner Maletz, Ingolf  
Riesberg, Georg Rohde,  
Ruth Sauerwein, Helga  
Riesberg, Werner  
Stürmann, Peter Schröder

**GESTALTUNG**  
coopcreative  
Jerken Diederich/  
Annette Welke

**REDAKTION**  
46 Dortmund,  
Brüderweg 16  
Telefon 57 20 10

**VERLAG**  
Weltkreis-Verlags-GmbH  
46 Dortmund,  
Brüderweg 16  
Telefon 57 20 10

**VERLAGS-  
GESCHÄFTSFÜHRER**  
Werner Maletz

**PREIS INLAND**  
Einzelpreis DM 1,-  
einschl. Mehrwertsteuer/  
Jahresabonnement DM 13,-  
einschl. Zustellgebühr

**KONTEN**  
Weltkreis-Verlags-GmbH  
Bank für Gemeinwirtschaft  
Dortmund,  
Konto 10068742  
Postscheckkonto Ffm.,  
Konto 203290

**DRUCK**  
Heska,  
Klein-  
Krotzenburg

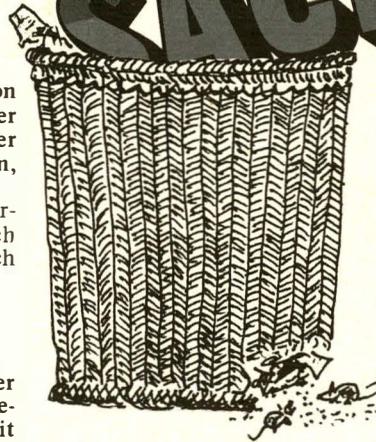
# PFUNDS SACHEN

## Protzerei

Als er überredet wurde, von einem 300er auf einen 600er Mercedes umzusteigen, ließ er sämtliche Zierleisten entfernen, weil er Protzerei haßte. Laut „Stern“ der Unternehmerverbandsboß Otto A. Friedrich über den verstorbenen Friedrich Flick

## Normal

Scherben und ein schimpfender Wirt blieben zurück: „Wenn jemand meine Gaststätte mit einem blauen Auge verläßt, ist das ‚normal‘“, sagte er. „Aber dies“, und dabei blickte er auf den Trümmerhaufen in seinem



Lokal, „ist nun wirklich zu weit gegangen.“  
Frankfurter Rundschau, 1.8.72  
über eine Wirtshausschlägerei

**K-6 Flaschenverschluß**  
verschließt sicher  
jede Kronkorkenflasche  
1farbig bedruckt  
DM 15,45%

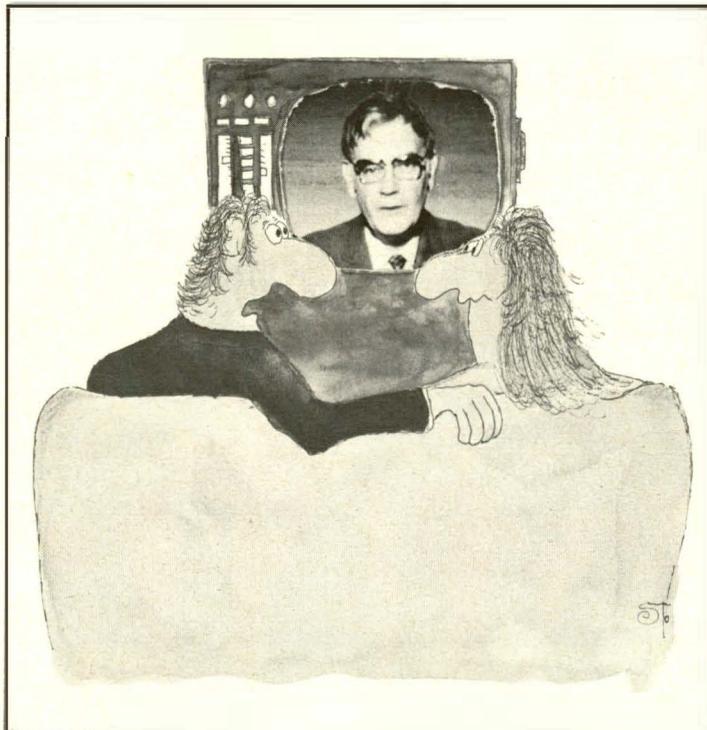


Welt am Sonntag, 10.9.72

**Langsam nimmt das Mosaik um den Terrorakt in Fürstfeldbruck Formen an**

# Hartnäckig hält sich die Heiterkeit

Schlagzeile der „Welt“, 11.9.72



Du hast Recht, es klingt wirklich verzerrt. Ich glaube aber nicht, daß es an unserem Apparat liegt. Zeichnung: Uli Stein

## Wunschtraum

Der Verleger (Springer) äußerte die Hoffnung, daß ‚trotz aller Ernüchterung und Entmutigung die Dresdner Bank eines Tages auch wieder ihre Kunden im anderen Teil Deutschlands bedienen kann‘.  
Die Welt, 14.9.72 über das Jubiläum der Dresdner Bank

## Schlafhund

Über den Verlust seines Wachhundes wird ein Barbesitzer in Camden (US-Bundesstaat New Jersey) kaum traurig sein: Ein Dieb stahl bei einem Einbruch in die Bar außer Geld und Schnaps auch den Deutschen Schäferhund.  
Frankfurter Rundschau 14.9.72

## Speckabratzen

Gesund und schlank – leicht gemacht mit dem Elektrogrill.  
Vortragsthema der Dortmunder VEW-Stromversorgung

**Wahlen**  
 Wahlgänger fragen — Parteien  
 Antworten: 7 heiße Fragen 4  
 Wir 12 sind 18 9  
 Koltenberg-Tribunal 40  
 Komik: Das könnte kommen 16

**Arbeiterjugend**  
 Lehrlingstarife 10  
 Lehrlingstribunal gegen Kauf-  
 haus-König Ahrend 10  
 Aktion Jugendarbeitsschutz:  
 1000 Verbrechen täglich 11  
 Aus Betriebs- und Lehrlings-  
 tätigkeiten 11  
 Kurzmeldungen 11

**Kapitalismus**  
 Die Fliegeljahre der Millionäre 14

**Plan-Politposter** 24

**Kurzgeschichte** 18

**Jugendpolitische Blätter**  
 1. Weltfestspiele: 2. Tagung  
 des Internationalen Vorberei-  
 tungskomitees/ Junge Union:  
 Grundsatzzprogramm / DKP:  
 Sofortmaßnahmen zum Jugend-  
 arbeitsschutz und zur Berufs-  
 bildung / Bücher für die Grup-  
 penarbeit 19

**Forum der Jugendverbände**  
 Jugendverbände im Wahlkampf 27

**Monatsmagazin**  
 Angela Davis in der DDR /  
 Emerson Fittipaldi / Vietnam-  
 solidarität / 1. Arbeiterjugend-  
 Olympiade / Plan-Pressesfest /  
 Delegation aus den portugie-  
 sischen Kolonien zu Besuch  
 bei Plan 31

**Internationales**  
 Gemeinsames Regierungs-  
 programm von Kommunisten  
 und Sozialisten in Frankreich 12  
 Israelische Aggression und  
 palästinensischer Widerstand 36  
 Volgograd nach 30 Jahren 38  
 Internationale Vietnamdemon-  
 stration in Paris 41

**Kulturmagazin**  
 Polit-Pop: „Franz K.“ / Fern-  
 sehen: Schweinchen Dick /  
 Bücherrecke / Kurzmeldungen /  
 Film: „Der Pate“ / X. Welt-  
 festspiele: Peter Schütt  
 Oktober“ 42

**Leser** 46

**Bild:** coopcreative Diederich /  
 Melke

**Fotos:** Ahrens (1), W. Bartels (2),  
 Peter Baer (3), Gläser (1), Heino  
 Hoffmann (1), Hollmann (1), Horst  
 Müller (1), Parmentier (1), Rose  
 ), Silberzahn u. Meinberg (1),  
 Z (2), Zentralbild (1)

# Lieber Leser



„Obleich wir nicht für das Verbot der Kommunistischen Partei waren, haben wir es doch als ganz angenehm empfunden, denn dieses Verbot erleichterte natürlich auch die Auseinandersetzung. Die Neuformung der Kommunistischen Partei hat nun die innenpolitische Lage grundsätzlich verändert. Und so stehen wir heute in einer Auseinandersetzung, die wir nicht mehr mit den herkömmlichen Argumenten und herkömmlichen Schlagzeilen bestehen können.“ Wehmütig findet sich Hamburgs SPD-Innensenator Heinz Ruhnau mit der für ihn und alle Rechten so unangenehmen Tatsache ab, daß die Deutsche Kommunistische Partei nicht nur existiert, sondern von Tag zu Tag ihren Einfluß erweitert — besonders unter den jungen Menschen.

Heinz Ruhnau gehört zu jenen Rechtsaußen in der SPD, die sich dabei überschlagen, willigst jeden reaktionären Wunsch des Clubs der Unternehmer (abgekürzt: CDU) zu erfüllen. Die CDU forderte Berufsverbot für Demokraten im öffentlichen Dienst — Ruhnau praktizierte es unverzüglich. Die CDU forderte Verstärkung des Schnüfflerdienstes „Verfassungsschutz“ — Ruhnau handelte unverzüglich. Daß Strauß-Barzel mit ihrer industriefinanzierten CDU/CSU ausschließlich die Interessen der Superreichen vertreten, hat sich mittlerweile herumgesprochen. Daß sie für Demokraten, für Jugendliche, für Arbeiter nicht wählbar sind — diese Erkenntnis verbreitet sich. Sind aber die Rechtsaußen der SPD vom Typ Ruhnau wählbar? Halten sie den fortschrittlichen Kriterien stand, die von den Jusos für die Aufstellung und Wählbarkeit von Kandidaten formuliert wurden? Erinnern wir uns: Willy Brandt hat bei Regierungsantritt versprochen, „mehr Demokratie zu wagen“. Und das war nach 20jähriger CDU/CSU-Herrschaft und damit verbundenem, ununterbrochenem Demokratieabbau bitter nötig. Was blieb davon? Mit Gesetzen zur „inneren Sicherheit“ wurde das Gegenteil praktiziert. Ebenso mit dem Ausbau des Bundesgrenzschutzes zur Polizeitruppe, dem Berufsverbot für Demokraten im öffentlichen Dienst; dem Ausländergesetz; mit einer „Verbrechensbekämpfung“, die Gangster im weißen Kragen, Profitmacher durch systematische Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz fast ungeschoren läßt. Wir übersehen nicht, daß die SPD-Regierung bestimmte realistische Beiträge in der Außenpolitik geleistet hat. Ihr eindeutiges Bekenntnis zur „sozialen Marktwirtschaft“ (so wird die unternehmerische Ausbeuterordnung genannt) ist jedoch die Ursache dafür, daß die SPD-Führung nicht in der Lage ist, die grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse und der Jugend wahrzunehmen. Mit dieser SPD-Politik sind Strauß und Barzel nicht zu schlagen. Diese SPD-Politik ist keine echte Alternative zur Partei der Monopole, der CDU/CSU. Lest dazu auch den Parteientest auf den Seiten 4—7. Wer gegen Strauß und Barzel, gegen die Macht des Großkapitals ist, der sollte die Kandidaten der DKP unter die Lupe nehmen. Und bestehen diese den Test: dann wählt sie auch.

*Hans-Jörg Hennecke*  
 (Hans-Jörg Hennecke)

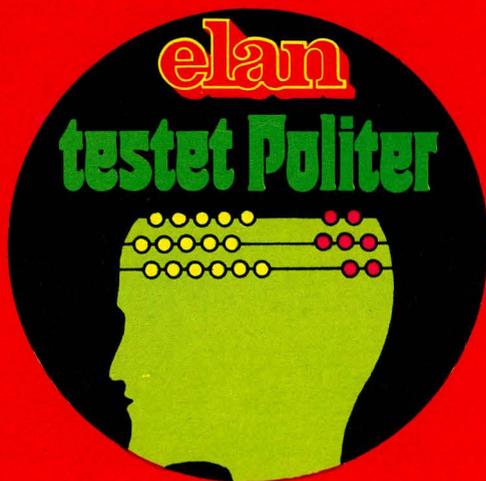
# SIEBEN HEISSE FRAGEN

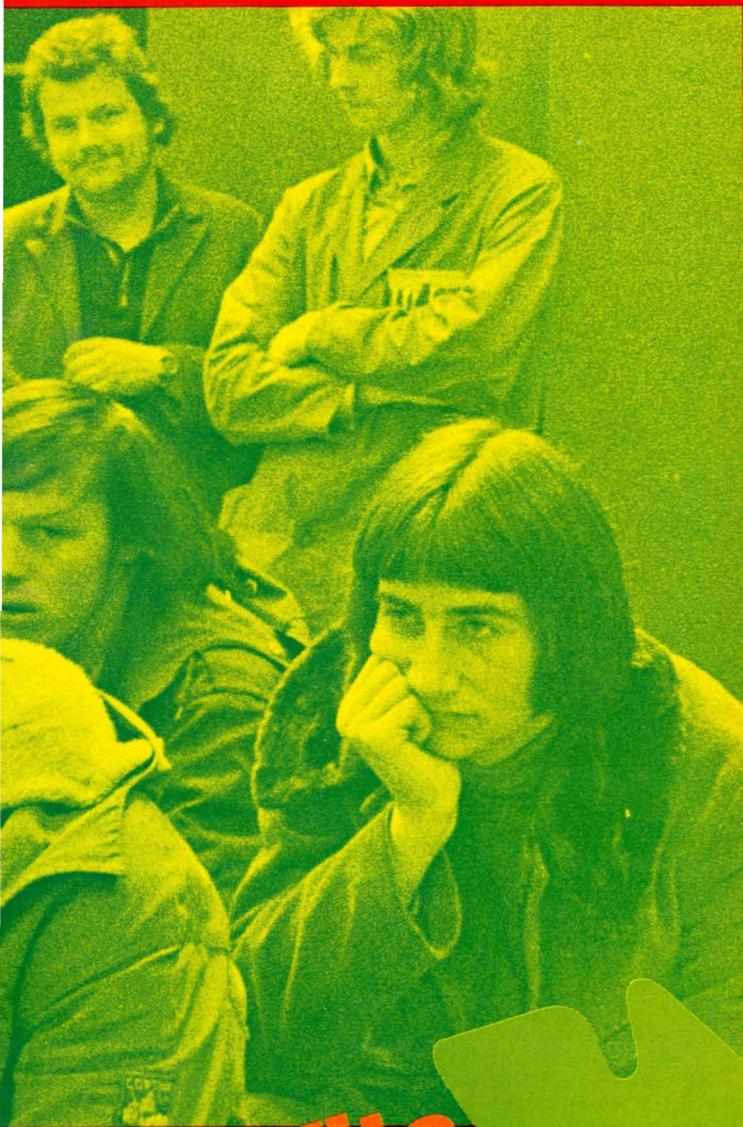


„Wie steht ihr zu unseren Forderungen?“ Das ist die entscheidende Frage, mit der vorwiegend Erst- und Jungwähler in diesen Tagen die Kandidaten der Parteien bombardieren. elan-Leser haben kräftig mitgemischt und den Aufruf in unserer Oktober-Ausgabe mit einem Riesenstapel Briefe beantwortet. Aus der Vielzahl der Briefe haben wir sieben Fragen an die Parteien formuliert. So, wie sie die große Mehrheit der Zueschriften wollte. Völlig klar, daß es bei diesen Fragen besonders um die Aktionen der Jugend für die Verwirklichung ihrer Grundrechte geht. Denn in diesem Wahlkampf, das haben elan-Leser deutlich gemacht, müssen die Wahlaussagen der Parteien an den Interessen junger Arbeiter, Angestellter, Lehrlinge und Schüler gemessen werden.

Zwei Parteien haben die Fragen prompt beantwortet: die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und die Freie Demokratische Partei (FDP). Die SPD ließ durch ihren Jugendreferenten mündlich mitteilen, daß die Fragen der elan-Leser beantwortet würden. Aber: Unser Briefträger konnte uns bis Redaktionsschluß nicht mit einem entsprechenden Brief erfreuen. Die CDU/CSU reagierte (vorsichtshalber?) überhaupt nicht . . . Wir haben deshalb die Wahlprogramme und Politikeraussagen von SPD und CDU/CSU durchleuchtet und geben die entsprechenden Positionen wieder. Die beiden anderen Aussagen wurden leicht gekürzt, ohne dabei den Sinn zu entstellen.

Wir meinen: Mit diesen Fragen sollte man auch weiterhin die Kandidaten der Parteien nageln. Je kritischer die Fragen im Interesse der arbeitenden und lernenden Jugend gestellt werden — desto besser!





Das sollte  
man vorher  
wissen

1

#### Verträge

Trotz der Verträge von Moskau und Warschau ist der Rüstungsetat noch nie so hoch wie heute gewesen. 250 Milliarden DM wurden bisher verpulvert. Bildung und soziale Vorhaben blieben deswegen auf der Strecke.

2

#### DDR-Anerkennung

Trotz der Verträge, in denen die bestehenden Grenzen in Europa ausdrücklich anerkannt werden, hat die BRD den sozialistischen Nachbarstaat DDR noch nicht völkerrechtlich anerkannt. Finnland und Indien z.B. in der jüngsten Zeit, haben diesen realistischen Schritt getan.

3

#### Indochina

Angesichts des gesteigerten amerikanischen Bombenterrors gegen Indochina hat z.B. die schwedische Regierung ihre humanitäre Hilfe für Nordvietnam um 50 Prozent erhöht und den US-Bombenterror scharf verurteilt.

4

#### Hilfe beim Völkermord

Nach wie vor ist die BRD gemeinsam mit den USA Mitglied des NATO-Paktes. Devisenausgleichszahlungen in Höhe von jährlich 3,3 Mrd. DM füllen die Kriegskasse der USA. Das Saigoner Marionetten-Regime erhält „Entwicklungshilfe“, während Vertretern Nordvietnams und der südvietnamesischen Befreiungsfront nach wie vor die Einreise verweigert wird.

5

#### Berufsverbot

Lehrer und Beamte, welche demokratischen und sozialistischen Organisationen angehören und z.B. für die Verwirklichung der Verträge von Moskau und Warschau eintraten, wurden serienweise gefeuert. Mitglieder der NPD und andere Neonazis dürfen ungehindert wirken.

6

#### Wehrkunde

„Wehrkundeerlasse“ in den meisten Bundesländern geben Bundeswehroffizieren grünes Licht, als Lehrer in Schulen und Berufsschulen militaristische Propaganda zu machen. Friedenskunde ist kein Unterrichtsfach.

7

#### Mitbestimmung

Gegen die Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften haben die Unternehmerverbände das volle propagandistische Feuer eingestellt. Hinter den Forderungen des DGB steht jedoch die überwältigende Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung in der Bundesrepublik.



# 1

**Was tun Sie für die inhaltliche Verwirklichung der Verträge von Moskau und Warschau? Sind Sie bereit, den Rüstungsetat zu senken?**

Die DKP ist mit ganzer Kraft für die Ratifizierung der Verträge eingetreten. Klar, daß sie jetzt für die Verwirklichung kämpft. Der springende Punkt dabei ist: Rüstung runter! Das Rüstungskapital mit seinem politischen Agenten Strauß ist der erbittertste Gegner der Verträge. Mit den freiwerdenden Geldern sind die Forderungen nach Schulen und Krankenhäusern, nach Umweltschutz und Freizeitmöglichkeiten zu erfüllen.

„Die Bundeswehr hat wie jede Armee in der westlichen Welt immer eigentlich etwas mehr Geld nötig als sie bekommt. Das ist normal! Ich sage aber auch hierzu: Sie hat noch nie soviel bekommen wie sie 1971 und 1972 bekommen hat und wie sie 1973 bekommen wird.“ (Verteidigungsminister Georg Leber auf dem Außerordentlichen SPD-Parteitag, 12. und 13. Oktober 1972 in Dortmund)

# 2

**Wie stehen Sie zur Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung der DDR?**

Seit die DDR existiert, treten Kommunisten für ihre völkerrechtliche Anerkennung ein. Unter Adenauer haben viele von ihnen dafür die gesiebte Luft der Gefängnisse kennengelernt. Wir treten dafür ein, daß sich die Bundesregierung nicht mehr lange ziert und windet, sondern den ohnehin unabwendbaren Schritt der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR geht.

Dazu die „Wahlplattform“: „Auch zwischen der DDR und der Bundesrepublik, zwei voneinander unabhängigen Staaten einer Nation, muß der kalte Krieg abgebaut werden.“ Jedoch „bedauerte“ die Bundesregierung die Aufnahme diplomatischer Beziehungen Finnland/DDR und Indien/DDR. Staatssekretär Bahr zum Verhältnis BRD/DDR: „Es ist nicht erforderlich, daß die beiden Staaten Botschafter austauschen.“

Die heutige Ost- und Deutschlandpolitik und ihre Erfolge waren nur möglich, indem die BRD den Tatbestand der staatlichen Existenz der DDR nicht länger in Zweifel zog... Eine Realität ist aber auch, daß die Deutschen in Ost und West eine gemeinsame Vergangenheit haben, aus der sich eine gemeinsame Verantwortung für die zukünftige Gestaltung des Zusammenlebens im Herzen Europas ergibt.

Im „Regierungsprogramm“ der CDU wird die Anerkennung der DDR grundsätzlich abgelehnt: „Der DDR muß zugemutet werden, der Realität der Einheit unseres Volkes in dem Maße Rechnung zu tragen, in dem wir der Realität ins Auge sehen, daß die staatliche Einheit Deutschlands zur Zeit nicht verwirklicht werden kann.“

# 3

**Verurteilen Sie die amerikanische Aggression gegen die Völker Indochinas?**

In Vietnam zeigt der Imperialismus unverhohlen, o Schminke, sein wahres Gesicht. „US-Freiheit Demokratie“ sollen mit palm, Bomben und Gift, mit Völkermord durchgesetzt werden. Jeder Kommunist jeder Internationalist kämpft Seite an Seite mit anderen demokratischen Kräften der breiten Front der Solidarität für die Souveränität und Freiheit der Völker Indochinas.

Zur US-Aggression in Indochina findet sich keine Aussage im Wahlmaterial. Am 22.7.72 jedoch meldete „Welt“ nach einem Besuch von Helmut Schmidt (ste SPD-Vorsitzender) in den USA: „Der Minister brachte seine Verwunderung darüber zum Ausdruck, daß die großen Erfolge, die der amerikanischen Regierung in der Vietnam-Politik gelungen seien, von den deutschen Massenmedien heruntergespielt würden.“

Der Krieg kann nicht länger als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln akzeptiert werden. Und das muß für alle Völker gelten.

Die CDU/CSU macht sich zum aktiven Fürsprecher der US-Aggression in Indochina: „Das ist ein Problem, das die Bundesrepublik nicht angeht. Wir haben keinen Grund, unsere amerikanischen Freunde auf der einen Seite aufzufordern, uns zu helfen, und ihnen auf der anderen Seite dauernd in einen bestimmten Körperteil zu treten.“ (CSU-Vorsitzender Franz Josef Strauß, 29.2. Nürnberg Nachrichten)

# DKP

Für die DKP antwortete Jens Flegel, Elektriker, Bundestagskandidat der DKP, Landesliste Hamburg, Mitglied des DKP-Parteivorstandes

# SPD

Die SPD stellte sich unseren Fragen nicht

# FDP

Für die FDP antwortete Hartwig Greunke, Geschäftsführer des Arbeitskreises I der FDP-Bundestagsfraktion

# CDU CSU

Auch die CDU/CSU kniff

# 4

**Wie stehen Sie zu der Tatsache, daß auch diese Bundesregierung die Aggression politisch, finanziell und moralisch unterstützt?**

Gerade die Stellung zur US-Aggression zeigt, wie stark auch die jetzige Bundesregierung dem imperialistischen System verhaftet ist, wie inkonsequent die Entspannungspolitik der Regierung ist: Gerade deshalb kommt es darauf an, konsequente Vertreter der Arbeiterklasse in den Bundestag zu wählen, die dort die Stimme der Gegner des US-Krieges erheben und eine Distanzierung durch die Bundesregierung verlangen.

Hierzu gibt es keine Aussage.

Ihre Behauptung stimmt nicht. Die Bundesregierung hat sich zu keinem Zeitpunkt zustimmend zum Vietnamkrieg geäußert oder ihn gar unterstützt.

Eine Distanzierung ist von der CDU/CSU nicht zu erwarten, weil sie sich zum eifrigsten Fürsprecher der US-Aggression gemacht hat.

# 5

**Wie stehen Sie zum Berufsverbot für links-engagierte Personen im öffentlichen Dienst?**

Dieses Berufsverbot ist verfassungsfeindlich. Das Berufsverbot richtet sich gegen alle demokratischen Kräfte. Es werden Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter verfolgt. Wir sagen: Man darf nicht zulassen, daß auf administrativem Wege von der Arbeiterbewegung hart erkämpfte demokratische Rechte außer Kraft gesetzt werden. Das Berufsverbot muß weg!

Hierzu keine Aussage im Wahlmaterial. Im „Spiegel“ vom 8.5.72 konnte jedoch der Hamburger SPD-Bürgermeister Peter Schulz (vom Parteivorstand unangefochten) sagen: „Auf die Feststellung der Verfassungsfeindlichkeit kommt es nicht an. Es reicht schon der Zweifel, der Bewerber sei nicht bereit, sich aktiv für die Verfassung einzusetzen... Wenn jemand Mitglied der DKP ist, dann gucke ich mir ihn näher an.“

... Erklärte Verfassungsfeinde können auch nach Auffassung der FDP nicht Aufgaben im öffentlichen Dienst wahrnehmen, die eine besondere Verfassungstreue erfordern... Die Zugehörigkeit zu einer radikalen Partei oder Gruppe ist kein ausreichender Grund, generell Aufnahme oder Verbleib im öffentlichen Dienst zu versagen. Hinzutreten muß der Nachweis der individuellen Verfassungsfeindlichkeit...

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Rainer Barzel erklärte: „Mitglieder der DKP haben im öffentlichen Dienst nichts zu suchen... Wenn die bestehenden Rechtsgrundlagen nicht ausreichen sollten, ... muß auch eine Änderung des Grundgesetzes in Betracht gezogen werden. Die Kommunisten müssen von jedem Einfluß auf öffentliche Angelegenheiten ferngehalten werden.“

# 6

**Sind Sie für die Einführung des Wehrkundeunterrichts an den Schulen?**

Mit dem Wehrkunde-Erlaß soll der Staatsbürgerkunde-Unterricht durch Miliaristen gestaltet werden. Aber es hagelt Proteste: von Gewerkschaften, Lehrlingen, Schülern und Jugendorganisationen. Wir sagen: Der Militarismus hat immer den reaktionärsten, aggressiven Zielen des deutschen Imperialismus gedient. Bundeswehr raus aus den Schulen! Die Schulen dürfen nicht zu Schulen der Bundeswehr werden!

Keine Aussage im Wahlmaterial. Jedoch schrieb Brandt an die Ministerpräsidenten der Länder Es „stehen Jugendoffiziere der Bundeswehr zur Verfügung, um den Auftrag der Bundeswehr und ihre Rolle im Rahmen der Sicherheitspolitik in den Schulen sachkundig darzustellen... Für den Lehrer, der es vorzieht, sich selbst und seiner Klasse ein Urteil durch Augenschein zu ermöglichen, stehen die Kasernen der Bundeswehr offen.“

Wehrkundeunterricht nein. Es ist aber Aufgabe der Schule, über alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu informieren. Nach liberalem Verständnis ist auch die Bundeswehr ein Teil der Gesellschaft und kann keine isolierte Sonderstellung für sich beanspruchen. Daraus ergibt sich, daß auch die Schule über die Bundeswehr und die Sicherheitspolitik allgemein sachlich informieren soll.

Die CDU/CSU propagiert den Wehrkundeunterricht. Manfred Wörner erklärte, auch mit Hilfe der Bundeswehr müsse man „unsere Gesellschaftsordnung und unser Wehrsystem in den Herzen der jungen Bürger verankern“. Der Möchte-Gern-Minister drohte: „Die Anzeichen einer nachlassenden Verteidigungsbereitschaft, vor allen Dingen in der jungen Generation und hier besonders an den höheren Schulen, müssen uns schrecken.“

# 7

**Unterstützen Sie die Einführung der qualifizierten Mitbestimmung in den Betrieben, wie sie von den Gewerkschaften gefordert wird?**

In den Betrieben schaffen Arbeiter und Angestellte alle Werte. Doch die Bosse verweigern ihnen mitzubestimmen. Mitbestimmung muß garantiert werden. Auf allen Ebenen im Betrieb und in der Gesellschaft. Die DKP unterstützt die Forderungen der Gewerkschaften. Wir sagen aber zugleich: Die DKP kämpft für den Sozialismus. Die Mitbestimmung, die Zurückdrängung der Macht der Monopole, sind Schritte dahin.

In der „Wahlplattform“ der SPD heißt es: „Ebenso wichtig wie die Mitbestimmung am Arbeitsplatz ist die von der SPD seit langem erhobene Forderung nach einer gleichberechtigten Beteiligung von Kapital- und Arbeitnehmerinteressen in der Unternehmensordnung.“ Das sei „der wichtigste Schritt zu mehr Demokratie in der Wirtschaft und zur Glaubwürdigkeit der Unternehmensordnung.“

Die FDP unterstützt nicht die Einführung der qualifizierten Mitbestimmung, wie sie von der Gewerkschaft gefordert wird. Das Mitbestimmungsmodell der FDP sieht in den Aufsichtsräten der Großunternehmen eine Beteiligung der Faktoren Kapital, Arbeit und leitende Angestellte im Verhältnis 6:4:2 vor. Die FDP will dazu beitragen, ideologische Frontenbildungen aufzulockern...

Im „Regierungsprogramm“ spricht die CDU/CSU von einer „funktionsgerechten Mitbestimmung“. Was das heißt, machte Strauß klar: „Die Einführung der paritätischen Mitbestimmung ist abzulehnen, weil sie die unternehmerische Entscheidungsfreiheit in untragbarer Weise einschränkt, die Investitionsbereitschaft des Kapitals hemmen und damit letztlich auch zu Lasten der Arbeitnehmer gehen würde.“



# WIR 12 SIND 18



Sie sind Lehrlinge, junge Arbeiter, Schüler und wohnen im Norden der Ruhrgebietsstadt Essen. Gemeinsam haben sie nicht nur ihr Alter (alle sind 18) und zum erstenmal das Wahlrecht, sondern auch die kritische Überlegung, wie dieses Wahlrecht im Interesse der Jugend eingesetzt werden kann.

Die 12 Jungen und Mädchen sagen: „Wir wollen nicht erst warten bis zum Wahltag, um nur unsere Stimmzettel in die Wahlurne zu werfen, sondern jetzt schon mitmischen.“

Und so mischen sie mit: Mit einem gemeinsamen Flugblatt wenden sie sich an die Jungwähler im Essener Norden und sagen offen ihre Meinung, die sie auch astrein begründen. „Bei dieser Wahl muß die Stimme der Jugend einer Partei gehören, die nicht nur redet, sondern auch handelt. Wir 12 haben geprüft und uns entschieden: Wir wählen die Deutsche Kommunistische Partei.“

Und wie sie auf die DKP kamen?

„Stellen wir uns die Frage, welche Partei hat an unserer Seite gestanden, als es um unsere Probleme ging?

Wo waren sie, als die Jugend für die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau auf die Straße ging und gegen den verbrecherischen Krieg der USA in Vietnam protestierte?

Die DKP war dabei!

Wo waren die Parteien, als wir unter der Losung ‚In der Rüstung sind sie fix, für die Bildung tun sie nix‘ gegen den hohen Rüstungsetat demonstrierten?

Wo waren die Parteien, als wir für die Mitbestimmung der Jugend, gegen Lehrlingsausbeutung und für eine demokratische Berufsausbildung demonstrierten?

Die DKP war dabei!

Wo waren die Parteien, als die Gewerkschaftsjugend gemeinsam mit den Schülern in der ‚Roten-Punkt-Aktion‘ gegen die Fahrpreiserhöhung demonstrierte?

Die DKP war dabei!“



## „Wir wollen am Ball sein“

Überall werden Lohnforderungen gestellt

Im letzten elan berichteten wir vom Warnstreik der Krupp-Arbeiter in Bochum und wie die Lehrlinge und ihre Jugendvertretung die Tarifrunde zum Jahresende vorbereiten. Und so ging es inzwischen bei Krupp weiter:

Während die älteren Kollegen ausgehend von der Zielprojektion des DGB Lohnforderungen von mindestens 12 Prozent ins Auge fassen, kam inzwischen die Gesamtjugendvertretung des Krupp-Konzerns zusammen. Die Jugendvertreter aus allen Krupp-Betrieben beschlossen einen Forderungskatalog: 1. 120 DM mehr für jeden Lehrling. 2. 30 Prozent der Bruttoausbildungsvergütung als Urlaubsgeld. 3. Volle Rückerstattung der Fahrtkosten. 4. 30 Ausbildungstage als Erholungsurlaub.

Aber es hat sich inzwischen noch mehr getan. Die Vorbereitung der Tarifrunde zieht immer weitere Kreise. Während die Unternehmer schon wieder – wie vor jedem Lohnkampf – über die „schlechte Wirtschafts-

lage“ jammern, beschloß die Vertreterversammlung der IG Metall Wolfsburg Lohn- und Gehaltserhöhungen um 14 Prozent, 100 Mark mehr für jeden Lehrling und Wegfall der Leichtlohngruppen für Frauen und Jugendliche zu fordern. Die Jugendvertretung der Firma John Deere in Mannheim fordert mindestens 100 DM für jeden Lehrling und Abbau der Altersstaffeln. Und nicht nur in der Metallindustrie geht es um mehr Lohn. Auch die Tarife im öffentlichen Dienst und bei der Post werden zum Jahresende gekündigt.

Wie werden die Forderungen begründet? Verschiedene Argumente tauchen in den Begründungen immer wieder auf: Die Lehrlinge sind von den Preistreibern genauso betroffen wie ihre älteren Kollegen. Das Ziel der Gewerkschaftsjugend ist es zudem, zu erreichen, daß Lehrlinge ihren Lebensunterhalt unabhängig von Dritten bestreiten können. Und so lange die Unternehmer Profite aus der Ausbildung schlagen, ist es

selbstverständlich, daß die Lehrlinge ihre Arbeitskraft so teuer wie möglich verkaufen und deshalb gemeinsam mit den älteren Kollegen um jeden Pfennig kämpfen.

Damit das alles zum Zuge kommt, fordert die Gewerkschaftsjugend Sitz und Stimme

für ihre Vertreter in den Tariffunkommissionen. Hoesch-Jugendvertreter Heinz-Josef Weber: „Wir möchten selbst am Ball sein, wenn es um die Forderungen der Lehrlinge geht. Wir sind mit den Abschlüssen der letzten Jahre nicht zufrieden. Das muß jetzt anders werden.“

## „Ahrens ist schuldig!“

Lehrlings-Tribunal gegen Marburger Kaufhaus-König

3. Oktober. Telegramm an Redaktion elan: „Tribunal gegen Kaufhaus-König Ahrens mit 1 400 Teilnehmern voller Erfolg – Stop – Ahrens schuldig gesprochen – Stop – Urteil: Konzern nach hessischer Landesverfassung in Gemeineigentum überführen.“

Dem Marburger Kaufhausboß Ahrens geht es an den Kragen. Mit dem „Ahrens-Tribunal“ prangerten Marburger Gewerkschaftsjugendgruppen, das Lehrlingszentrum und die SDAJ die Praktiken an, mit denen der Kaufhaus-König seine Profite in die Höhe treibt. Ganz so einfach war es für die Marburger Jugendlichen nicht, gegen Ahrens etwas zu unternehmen. Immerhin reichte dessen Einfluß so weit, daß den jungen Leuten die bereits erteilte Genehmigung für die Stadthalle wieder entzogen wurde. Doch die Freunde von AstA der Universität Marburg sprangen ein und stellten das „Audimax“ zur Verfügung, nicht ohne mit der Universitätsleitung auf Kriegsfuß zu geraten. Nach Überwindung aller Schwierigkeiten war es dann soweit. Buh-Rufe für Ahrens und Beifall für die auftretenden

Lehrlinge und jungen Arbeiter wechselten einander ab. Das sind die „Vergehen“ des Herrn Ahrens:

Ahrens zerstört den kleinen Einzelhandel. Ahrens ergaunerte mit Hilfe der CDU Grundstücke. Ahrens ist ein Gewerkschaftsfeind. Ahrens jagt nach Profit. Eine Zeugenaussage: „Sehr viele Verkäuferinnen und Verkäufer verdienen weniger als 500 Mark netto im Monat. Die Beschäftigten in vergleichbaren Kaufhäusern verdienen oft 100 Mark mehr.“ Und ein anderer Lehrling: „Von Anfang an wurde ich als volle Arbeitskraft eingesetzt. Wenn ich nicht verkaufte, mußte ich Hilfsarbeiten machen: Körbchen schieben oder Lagerarbeiten. Sogar die Mädchen müssen schwere Teppiche schleppen.“

Nach Aufführung eines Lehrlingsstückes über die Ausbeutung und eines Films über Ahrens (beides von den Jugendlichen selbst erstellt) wurde einstimmig das Urteil verkündet: Schuldig! Nach Artikel 39 der hessischen Verfassung muß der Kaufhaus-Konzern Ahrens wegen Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht in Gemeineigentum überführt werden.



Höhepunkt des Ahrens-Tribunals: In einem kurzen Theaterstück zeigen Lehrlinge und junge Arbeiter die Ursachen der Ausbeutung und wie man sich dagegen wehrt.

Lehrlinge arbeiten in der Kleiderfabrik Christian Schmidt-estin. Für sie sieht es schlecht aus. Akkordarbeiten, Toiletten-ingen, Einkafen: das alles gehört zu ihrer „Ausbildung“. Eine ndervertretung gibt es nicht. Mit einer „Klo-Putz-Aktion“ otestierten jetzt Lehrlinge vor dem Betrieb gegen solche aktiken. Gleichzeitig wurde dem Chef der Firma das „Goldene orhängeschloß“ des elan verliehen.



## 3 000 Verbrechen tagtäglich

in Essen erster Erfolg der „Aktion Jugendarbeitsschutz“

neuer Skandal in Baden-Württemberg: Die CDU-Landesregierung scheut nicht davor zurück, Steuerkarten an Kinder auszugeben. Zwar wissen die Herren ganz genau, daß Kinderarbeit nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz verboten ist. Aber es ist CDU-Manier: wenn die Gesetze schon gebrochen werden, dann möchten die CDU-Minister wenigstens mitabuhnen. Was geht sie schließlich die Gesundheit junger Menschen an?

Die Gewerkschaftsjugend will tutzt solchen Leuten auf die Finger hauen. Die „Aktion Jugendarbeitsschutz“ ist in Hessen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen angelaufen. Die Öffentlichkeit soll darauf aufmerksam gemacht werden, daß tagtäglich 3 000mal gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz verstoßen wird. 3 000 Verbrechen jeden Tag, damit bei den Bossen die Kasse stimmt. Damit muß Schluß sein. Und die Vorellungen der Gewerkschaftsjugend und der Arbeiterjugendorganisationen von einem besseren Jugendarbeitsschutz müssen bekannt gemacht und durchgesetzt werden.

In Limburg werden die Lehrlinge mit Flugblattaktionen auf ihre Rechte aufmerksam gemacht. Eine Fragebogenaktion wird konkrete Fakten über die örtlichen Verhältnisse liefern. Munition für Pressekonferenzen und Informationsstände vor Betrieben und Berufsschulen. In Darmstadt gibt es gemeinsame Veranstaltungen der Gewerkschaftsjugend mit dem Stadtjugendring. Und in Kassel wird eine spektakuläre Aktion auf dem Königsplatz im Stadtzentrum vorbereitet.

Weil nicht nur Jugendliche unter menschenfeindlichen Arbeitsbedingungen ausgesetzt sind, geht diese Aktion auch die älteren Kollegen an. 4 451 starben 1970 an ihren Arbeitsplätzen. 281 000 mußten 1969 frühzeitig in Rente gehen. Kollege Stöver, Bildungsreferent der DGB-Jugend in Hessen: „Wir müssen zu gemeinsamen Aktionen mit den erwachsenen Kollegen kommen. Dann können wir unsere Rechte durchsetzen.“

Kaum ist die Aktion Jugendarbeitsschutz angelaufen, schon gibt es die ersten Erfolge: In Essen konnte im Bankgewerbe der arbeitsfreie Berufsschultag durchgesetzt werden.

# Aus Betriebs- und Lehrlingszeitungen

Forderungen diskutieren!



lehr links info

Lehrlingseigener Informationsdienst

Die Tarifverhandlungen 72/73 stehen vor der Tür. Nun gilt es, die Forderungen der Lehrlinge durchzusetzen: 100 Mark mehr im Monat für jeden Lehrling und Abschaffung der Altersabschläge. Wir sind der Meinung, daß diese Forderungen, wenn sie durchgesetzt werden, ein weiterer Schritt auf dem Weg zum Prozenttarif sind. Wichtig ist, daß die Jugendvertretung mit den Lehrlingen über die Tarifforderungen diskutiert und die Lehrlinge über die Vorbereitungen der Tariffaktion unterrichtet, um sie aktiv am Tariffkampf zu beteiligen. (Aus: „lehr-links-info“, Lehrlingseigener Informationsdienst

der SDAJ Dortmund für den Hoesch-Konzern, Oktober 72)

Kandidaten testen!

2. JAHRG., NUMMER 6  
SEPTEMBER 1972  
DER LEHRLING

Wir haben die Möglichkeit, mit unserer Stimme zu verhindern, daß Reaktion und politische Hetze, Verantwortungslosigkeit und grundgesetzwidriges Handeln uns noch länger unsere Rechte vorenthalten. Also macht mit beim Kandidatentest für die Bundestagswahlen!

Wenn wir nur Kandidaten wählen, von denen wir genau wissen, daß sie für unsere Rechte eintreten, können wir dafür sorgen, daß in der Bundesrepublik endlich Politik für die werktätige Bevölkerung und nicht mehr für die Bosse gemacht wird.

(Aus: „Der Lehrling“, Zeitung für Tübinger Lehrlinge, September 72)

## In Kürze

UNO der Arbeiterjugend

Eine UNO der Arbeiterjugend bahnt sich an. Sie tagt nicht am East River, sondern an der Moskwa. Und im November steigt es – das „Welttreffen der werktätigen Jugend“, zu dem die Jugendorganisationen der Sowjetunion gemeinsam mit dem Weltbund der Demokratischen Jugend und dem Weltgewerkschaftsbund aufgerufen haben.

Auf dem Programm des Treffens steht eine internationale Konferenz zum Thema „Die werktätige Jugend in der gegenwärtigen Gesellschaft und ihr Kampf für ihre Rechte, sozialen

Fortschritt und Frieden“. Die Teilnehmer werden Probleme diskutieren, die die Rolle der arbeitenden Jugend in der Produktion und ihre Teilnahme am politischen und gesellschaftlichen Leben betreffen.

„Deine Rechte“

Eine neuüberarbeitete Auflage der Broschüre „Deine Rechte in Betrieb und Verwaltung“ hat der DGB herausgegeben. Die wichtigsten Rechte für die arbeitende Jugend aus dem Berufsbildungsgesetz, dem Jugendarbeitsschutzgesetz und dem Betriebsverfassungsgesetz sind hier zusammengestellt. Zugleich werden die Gesetze einer Kritik unterzogen und die weitergehenden Vorstellungen der Gewerkschaftsjugend erläutert. Diese Broschüre gehört in die Hand eines jeden Lehrlings und jungen Arbeiters. Erhältlich in allen DGB-Häusern.

**International:  
Frankreich**

Ein ganz gewöhnlicher Arbeitstag im Pariser Automobilwerk des Renault Konzerns. Und doch: Festtagsstimmung liegt in der Luft. Zwischen Fließbändern und Stanzpressen hat sich wie ein Lauffeuer die Meldung verbreitet: Die Kommunistische Partei Frankreichs und die Sozialistische Partei haben sich auf ein gemeinsames Regierungsprogramm geeinigt. Gemeinsam werden die beiden großen Parteien der französischen Linken den Wahlkampf ziehen. Ziel: Regierungsübernahme bei den Wahlen im März 1973, Beendigung des bürgerlich-reaktionären „Regimes der persönlichen Macht“.

Das ist es, was die Renault-Arbeiter – unter ihnen viele Kommunisten und Sozialisten – in „Stimmung“ bringt. Das Zauberwort heißt „Unité populaire“ – Volkseinheit. Bei Renault und überall in Frankreich. Und bewirkte, daß sich auch die Linksliberalen anschlossen.

Während die Parteiführung der SPD in der Bundesrepublik allen Sozialdemokraten kategorisch Aktionsgemeinschaften mit Kommunisten verbietet, verbinden sich in Frankreich Kommunisten und Sozialisten gegen den gemeinsamen Feind: die Millionäre und ihre politischen Interessenvertreter. Welche Chancen bringt die Volkseinheit insbesondere für die französische Jugend? Welche Probleme stehen in dieser Aktionseinheit für die beiden Partner?

Darüber sprach Hans-Jörg Hennecke in Paris mit Roland Favaro, Generalsekretär der Kommunistischen Jugendbewegung Frankreichs und mit Pierre de Feuille, Mitglied der Nationalleitung der Sozialistischen Partei Frankreichs und des Sozialistischen Jugendverbandes.

(Aus Zeitmangel konnte Pierre de Feuille nur die erste Frage beantworten.)

# Das „Zauberwort“ heißt Volkseinheit



# Gemeinsames Regierungsprogramm von KPF und SPF

Das gemeinsame Programm bekräftigen beide Parteien ihren Willen, „den Ungerechtigkeiten und der Willkür des gegenwärtigen Regimes ein Ende zu setzen. Um dies zu erreichen und den Weg zum Sozialismus zu öffnen, sind tiefe Veränderungen im politischen, ökonomischen und sozialen Leben Frankreichs notwendig... Dieses Programm ist ein Aktionsprogramm.“

Einige wichtige Forderungen sind:  
 \* Schrittweise Überführung der wichtigsten Produktionsmittel in Gemeineigentum.

\* Nationalisierung der Banken, des Finanzwesens, der Bodenschätze, Rüstungs- und Luftfahrtindustrie, Atomindustrie, Pharmazeutischen Industrie und des größten Teils der elektronischen und Chemieindustrie.

\* Streichung der übermäßigen Machtbefugnisse des Staatspräsidenten.

\* Friedliche Koexistenz, aktives Bemühen um Abrüstung, sofortiger Stopp für die Herstellung französischer Atomwaffen, keine Wiedereingliederung in die NATO.

\* Vollständiger Abzug der US-Truppen aus Indochina.

\* Herstellung neuer Beziehungen zur DDR, die zur Anerkennung dieses Staates führen müssen.

elan: Welche Bedeutung hat das gemeinsame Regierungsprogramm für euch und welche Möglichkeiten bringt es?

Roland Favaro: Für die Kommunistische Jugend ist das Bündnis der drei Parteien eine Sache ohne Beispiel. Es entspricht den speziellen Vorstellungen und Wünschen der Jugend. Unser Land befindet sich in einer tiefgehenden politischen, ökonomischen, sozialen und moralischen Krise, unter der die Arbeiterklasse, das Volk und die Jugend besonders zu leiden haben. Die Krise hat einen Punkt erreicht, wo große Massen der Bevölkerung sagen: so geht es nicht mehr weiter. Natürlich ist klar: Diese Krise ist nur der spezifisch französische Teil der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Sie ist die Konsequenz aus der Tatsache, daß eine kleine Minderheit die Mehrheit beherrscht. Auf Grund des Unwillens breiter Teile des Volkes entwickelt und verstärkt sich der Kampf. Die KPF hat immer gesagt: In dieser Situation müssen sich alle vereinigen, die die Arbeiterklasse repräsentieren.

Pierre de Feuille: Für die Sozialistische Jugend ist das gemeinsame Regierungsprogramm der Linken ein historisches Ereignis in der Geschichte der Arbeiterbewegung unseres Landes. Nach fast einem halben Jahrhundert von Richtungskämpfen, Spaltungen und der Einheitsperiode von 1936 ist das Abkommen zwischen den beiden wichtigsten Parteien der französischen Linken ein Beispiel ersten Ranges für die Möglichkeit von Einheitsaktionen der Arbeiterklasse. Sie nutzen der Arbeiterklasse und der Jugend.

elan: Kommunisten und Sozialisten haben unterschiedliche Programme. Verwischt die Aktionseinheit Unterschiede?

Roland Favaro: Wir sind Kommunisten

und werden es bleiben, weil das die beste Art ist, zum Sozialismus zu kommen. Die Sozialisten sind Sozialisten und werden und wollen es bleiben. Es gibt natürlich wichtige Unterschiede zwischen uns. Aber wir stellen das Gemeinsame in den Vordergrund. Wir ordnen bestimmte Ziele einem gemeinsamen Willen unter. Die Eigenständigkeit der Partner ist durch das gemeinsame Programm gewährleistet. Und was beide einigt, macht das Programm aus. Nichts widerspricht den Zielen der beiden Parteien.

Das gemeinsame Regierungsprogramm soll Basis, Ziel und Aktionsprogramm beider werden.

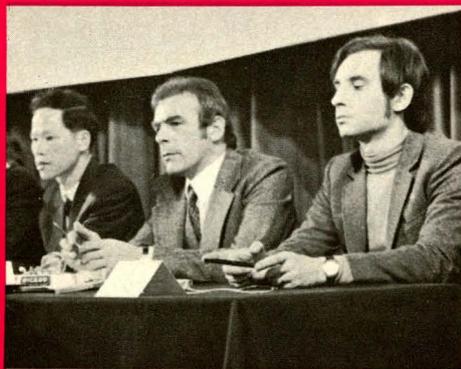
Wir Kommunisten werden alles unternehmen, um die größtmögliche Sammlung für das gemeinsame Programm zu erreichen.

elan: Schadet die Einheit einem der Partner?

Roland Favaro: Das gemeinsame Programm nutzt den Kommunisten und den Sozialisten. Es bringt Gewinn für die Parteien, die im Dienst des Volkes stehen. Wir Kommunisten kennen nur einen Ehrgeiz: In dieser Wahlschlacht die besten zu sein. Nicht weil die Sozialisten schlecht sind, sondern weil im Dienst für das Volk dieser gemeinsame Wettkampf positiv angesehen werden muß. Wir akzeptieren diesen Wettbewerb, weil davon die Arbeiterklasse profitiert. Wir tragen ihn nicht auf dem Rücken der Sozialisten aus, sondern auf dem Rücken der Reaktion. Gewinnen können wir nur gemeinsam.

elan: Welche Initiativen startet ihr unter der Jugend, um die Volkseinheit zu popularisieren?

Roland Favaro: Über gemeinsame Aktionen gibt es derzeit Diskussionen zwischen uns und den Sozialisten. Es gibt im Augenblick nichts, was man als gemeinsame Aktion ausschließen kann. Wir sind für gemeinsame Aktionen, Treffen, Versammlungen. Und wir wollen Aktionen zu einzelnen Themen des gemeinsamen Programms. Ein Beispiel ist unsere gemeinsame Vietnam-Solidaritätsdemonstration am 15.10., an der einhunderttausend Jugendliche teilnahmen. Aktionen für Vietnam sind ein Aspekt des gemeinsamen Kampfes. Das war eine sehr große und bedeutungsvolle Aktion, die die Autorität sowohl der kommunistischen als auch der sozialistischen Jugend gestärkt hat. Sie nutzt dem vietnamesischen Volk und schadet den Feinden Vietnams – und das sind die gleichen Feinde, die auch gegen die Volkseinheit in Frankreich stehen.



Vietnam-Solidaritätskonferenz: Roland Favaro (Mitte), Generalsekretär der Kommunistischen Jugendbewegung Frankreichs und Gilbert Prommier (rechts), erster Sekretär der Sozialistischen Jugendbewegung.

Die Kommunistische und die Sozialistische Jugend in gemeinsamer Aktion: 100 000 demonstrierten in Paris gegen die US-Aggression in Vietnam.



## Gemeinsames Regierungsprogramm KPF und SPF

Der Wortlaut des Programms ist (in deutscher Sprache) im Verlag Marxistische Blätter erschienen. 88 Seiten, DM 3,50. Zu beziehen über den Buchhandel oder:

Verlag Marxistische Blätter, 6 Frankfurt/M., Hedderheimer Landstr. 78a.



Kapitalismus (und damit ihre Macht und ihr Geld) aufzugeben, möchten sie der häßlichen Fratze des staatlich geförderten Ausbeutungssystems ein neues Make up verpassen. Das sieht dann so aus: „Mit der Marktwirtschaft hat die Bundesrepublik Deutschland den klassischen Kapitalismus hinter sich gelassen. Sie ist . . . im Besitz eines Wirtschaftssystems, das . . . zu einer prägenden Kraft für unsere freiheitliche Entwicklung wurde . . . Ich bin überzeugt, . . . daß die innere und äußere Stärke unserer Demokratie entscheidend von einer funktionsfähigen Marktwirtschaft abhängt.“<sup>4</sup> Es gibt auch ganz Mutige, die mit offenem Visier für das überlebte System der Abs und Thyssen streiten: „Alles redet vom ‚Spätkapitalismus‘. Wir sollten es nicht tun! Wie spät ist es für den Kapitalismus? Der Kapitalismus ist jung, jung in jeder Hinsicht. Er hat seine größten Flegeljahre hinter sich, er ist aber noch unreif und steckt voller Unarten, er hat das eigentliche Leben, die wirkliche Bewährung noch vor sich.“<sup>5</sup>

Flegeljahre, das waren 18stündiger Arbeitstag, Kinderarbeit, Hungerlöhne.

## Der unreife, unartige Kapitalismus

Unarten, das sind 12 000 DM Nettojahreslohn an den Schlosser Krause für 12 Monate harte Arbeit und 2 000 000 DM an Playboy Arndt Krupp für . . . Nichtstun! Aber, wen jucken schon Tatsachen? Wir sind in 23 fetten Jahren mit der sozialen Marktwirtschaft gut gefahren. Radikale Sozialisten wollen dieses sicherste und freieste Wirtschaftssystem der Welt abbauen. Wir alle müssen das verhindern.“<sup>6</sup>

Nichts ist zu dümmlich, nichts zu erbärmlich, um nicht als Schutzschild vor die Villen der Millionäre genagelt zu werden: „Die Linken . . . wollen die Unternehmer wegfeigen und mit der sozialen Marktwirtschaft das stärkste Bollwerk unserer Demokratie zerstören.“<sup>7</sup> Unruhe schleicht durch die Direktionsetagen: selbst Bild-Zeitung und Zwergschulen vermochten nicht, das Märchen vom wohlthätigen Unternehmer über die Jahre zu retten. Wer das Zuckerbrot nicht nimmt, bekommt bekanntlich die Peitsche . . . Oder: wer nicht unternehmerfüßbeküssend an die „soziale Marktwirtschaft“ glaubt, ist kriminell.

„Systembeseitigung ist Unfug, ja Verbrechen.“<sup>5</sup> Demokratie, Grundgesetz, Freiheit – das soll gleichbedeutend sein mit Unternehmervorherrschaft. Wer den Bossen auf die Leimrute geht, ist dann für diese „rechte“ Schlußfolgerung vorprogrammiert: Wenn einer maßlose Bereicherung der Abs, Henkel, Thyssen & Co. für ungerecht hält, wenn einer eine Gesellschaftsordnung anstrebt, in der niemand mehr auf Kosten anderer Millionen schelfeln kann, ist er Antidemokrat, Verfassungsfeind und gehört möglichst hinter

schwedische Gardinen. Mit Tonnen von bedrucktem Kunstdruckpapier soll der Bürger (speziell in Wahlzeiten) aufgeschreckt werden:

„Heute versuchen bei uns ideologisch gelenkte Gruppen die Freiheit der Wirtschaft und Gesellschaft zu zerstören. Sie wollen in unserem Lande und in der ganzen Welt die Menschen unter das Joch eines ideologischen Diktats zwingen.“<sup>8</sup>

Und: „Wir (die Unternehmer, d. Verf.) haben um so mehr darauf zu achten, die innenpolitische Situation, d. h. die Erhaltung unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, verbunden mit einem besseren Staatsbewußtsein, wieder in den Griff zu bekommen.“<sup>9</sup> Durch rote Fahnen gereizt, durch wachsendes kritisches Bewußtsein verunsichert, neigen unsere Bosse eben zu einem ehrlichen Wort. Und so haben die Herren der Konzerne ein Rezept parat, mit dem die öffentliche Meinung wieder auf Kurs gebracht werden soll:

● „An die Unternehmer ist daher zu appellieren, in ihren Betrieben wachsam zu sein und unsere Wirtschaftsordnung zu schützen, indem kommunistische und andere linksextremistische Gruppen genauestens in ihrer Tätigkeit überprüft und entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Durch Agitation und Subversion dürfen wir unseren Staat und unser Wirtschaftssystem nicht zerstören lassen.“<sup>10</sup>

● „In den Spitzenverbänden der Wirtschaft laufen sei einiger Zeit konzentrierte Vorbereitungen für eine Öffentlichkeitsaktion, mit der den zunehmenden sozialistischen Einflüssen, namentlich in der jüngsten Generation, entgegengewirkt werden soll.“<sup>11</sup>

● „Dem zunehmenden Vertrauensschwund des Unternehmers in der Öffentlichkeit kann nur im Rahmen einer mit Nachdruck betriebenen Vertrauenswerbung begegnet werden. Unsere Bevölkerung muß wieder davon überzeugt werden, daß die Funktionsfähigkeit unserer Wirtschaft . . . ohne den Beitrag des Unternehmers einfach nicht aufrechterhalten werden kann.“<sup>12</sup>

## „Systembeseitigung ist Verbrechen“

Und so werden dann – wie in Essen geschehen – Popveranstaltungen arrangiert (Eintritt frei), um „sozialistischen Einflüssen“ entgegenzuwirken: „Unser Ziel ist es, . . . vor allem die junge Generation anzusprechen. Eine Generation, aus der in den vergangenen Jahren zunehmende Kritik an der bestehenden Wirtschafts-, Gesellschafts- und Staatsordnung laut wurde.“<sup>13</sup> Die Millionenhaie haben Angst, Angst vor der bohrenden Frage nach ihren Profiten. Sie gewähren sich auch in diesem Jahr Profitsteigerungen bis zu 25 % und schwenken jammervoll den Bettelstab, wenn (nur allzu berechnete) Lohnforderungen gestellt werden. Konkret nach ihren

Profiten befragt, weichen sie verständlicherweise aus: „Eindeutige Statistiken über die Höhe der Unternehmergewinne für die Bundesrepublik gibt es nicht.“<sup>14</sup>

Vorerst setzen die Unternehmer auf den 19. November, den Wahltag. Die Frage nach dem „Warum“ beantwortet uns Franz Heinrich Ulrich, Vorstandssprecher der mächtigen „Deutschen Bank“: „Die Chance, daß die CDU/CSU wieder rankommt, ist aus der Sicht der meisten Börsianer durchaus ein Hausse(Aufschwung, d. Verf.)-Moment, denn CDU bedeutet eine unternehmerfreundliche Haltung in der Regierungsarbeit.“

Wenn die Arbeiter mehr Lohn fordern, ist angeblich kein Geld da, wenn die CDU/CSU Wahlunterstützung braucht, wird kräftig geschmiert. Mit 100 Millionen DM Wahlspenden aus der Industrie soll die CDU/CSU an die Regierungsschalthebel in Bonn katapultiert werden. Und so sammeln sie siebenstellige Summen für die Kampfkasse ihrer Politinteressenvertreter Strauß und Barzel (Unternehmer-Verbandschef Otto A. Friedrich: „Ihre . . . Persönlichkeit, Herr Strauß, geben den Unternehmern eine Hoffnung.“): der Schnapsbrenner Eckes, Persil-Millionär Henkel, Jungverleger Bauer, Seidenspinner Gütermann, Weinbrandproduzent Asbach und 3 500 weitere Bosse und Bankiers. 15 Wenn Konrad Henkel (Jahresumsatz über 3 Milliarden DM) die CDU finanziert und wählt, ist das eine für seine Interessen durchaus richtige Entscheidung. Daß die CDU aber für Henkel-Arbeiter Schmitz (Jahresnettoverdienst 12 000 DM) absolut unwählbar – weil seinen Interessen total entgegengesetzt – ist, sollten wir überall klarmachen, wo die Millionärsfreunde Strauß/Barzel auf Dummenfang gehen.

### Quellen

1. elan-Redakteur P. Bubenberger besuchte Kuba und konnte sich in Hunderten von Gesprächen davon überzeugen, daß die Bewohner der Zuckerinsel mittlerweile einen bescheidenen Wohlstand erreicht haben, von dem sie vor der Revolution nicht zu träumen wagten. Siehe elan 10/72.
2. Karl-Heinrich Herchenröder im Unternehmer-Organ „Handelsblatt“, 4. 7. 1972.
3. „Blätter für Vorgesetzte“, herausgegeben vom Arbeitsring Chemie.
4. Otto A. Friedrich, Chef der „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ – Erklärung zum 1. Mai 1971.
5. Johann Philipp Freiherr von Bethmann, Bankier. Frankfurter Rundschau, 29. 3. 1972.
6. Werbeanzeige des Unternehmer-„Arbeitskreises Soziale Marktwirtschaft“, Oktober 1972.
7. „Werk und Leben“, Unternehmerpostille für Arbeiter, 24.6.72.
8. Werbebroschüre der „Landesvereinigung industrieller Arbeitgeberverbände NRW e.V.“ zur Unternehmertagung 21.3.72, Düsseldorf.
9. Unternehmer E.A. Delius in „Der Arbeitgeber“, 7.7.72.
10. „Ruhr-Wirtschaft“, Organ der IHK-Dortmund, Ausgabe 9/72.
11. Gewerkschaftszeitung „Druck und Papier“, 15.5.72.
12. Rüstungs-Staatssekretär Mommsen (Thyssen-Konzern) in „Der Arbeitgeber“, 4.8.72.
13. Arno Jochums, Vorsitzender der „Essener Arbeitgebervereinigung e.V.“, Pressekonferenz am 18.8.72.
14. „Der Unternehmergewinn“, Lehrbroschüre des „Deutschen Industrie-Instituts“ der Unternehmer. 1972, Nr. 31.
15. Unternehmermagazin „Capital“ 11/71.

# DAS KÖNNTE KOMMEN...

COMIC VON  
ARNO  
PLOGG





DAFÜR KRIEGEN SIE AUCH SCHÖNE GENEHMIGUNGSMARKEN, DIE MUSS SICH JEDER DEMONSTRANT ANSTECKEN.

HÄ?



WENN SIE ALLERDINGS NICHT SO VIEL BAR-GELD HABEN....



... KÖNNEN SIE AUCH KEINE DEMONSTRATION DURCHFÜHREN!

EUCH WERDEN WIR SCHON NOCH BEIBRINGEN, WAS KAPITALISMUS IST!



ANDERERSEITS:

BITTE 1 DEMONSTRATION GEGEN MITBESTIMMUNG. HIER DER SCHECK!

BITTE SEHR! BITTE GLEICH!



NUN IST DAS ALLES LEIDER KEIN WITZ, FREUNDE!

"AB SOFORT WERDEN ALLE ÖFFENTLICHEN DEMONSTRATIONEN ANMELDE- UND GENEHMIGUNGSPFLICHTIG!" "DIE ANMELDER ENTRICHTEN FÜR JEDEN DEMONSTRANTEN EINE KAUTION VON WENIGSTENS 10 MARK."

"DIE POLIZEI STELLT IM AUSTAUSCH EINE DEMONSTRATIONS-ERKENNUNGSMARKE AUS, DIE WÄHREND DER KUNDGEBUNG VON JEDEM TEILNEHMER SICHTBAR ZU TRAGEN IST!"



SO H.G. VON STUDNITZ IM CSU-ZENTRAL-ORGAN "BAYERN-KURIER"!

**DARUM:  
STOPPT  
DIE  
CSU/CDU  
JETZT!**

BEVOR ES ZU SPÄT IST!!



Paul Reinke

# DER ERSTE TAG

Einer kam, der sagte: „Wenn Sie anspitzen müssen, das ist bei Kollegin Willmer, Zimmer vierundzwanzig.“

Ich sagte: „Danke.“ Man ist immer und für alles dankbar, wenn man neu und den ersten Tag in einem Betrieb ist.

Das Telefon auf meinem Tisch ging. Ich nahm den Hörer ab und meldete mich. Eine weibliche Stimme sagte: „Tagarsch soll mal zu mir kommen.“

„Wer?“ fragte ich zurück.

„Na, Tagarsch, wer denn sonst!“ lautete die Antwort.

„Und zu wem, wenn ich fragen darf?“

„Ich soll's wohl noch mal sagen? Zu mir!“ Ich legte den Hörer auf, sah mich unter den im Zimmer befindlichen Kollegen um und sagte schnell, ohne jede Betonung: „Kollege Tagarsch möchte zu einer Kollegin kommen.“

Einer, der am Fenster saß und dessen Namen ich bei der Vorstellung nicht mitbekommen hatte, meinte: „Zu welcher Kollegin? Wir haben im Betrieb einhundertdreiundsiebzig Kolleginnen!“

„Sie hat nur gesagt, zu mir“, erwiderte ich. „Kollege Tagarsch möchte zu mir kommen.“

„Ach so“, erhob sich der am Fenster Sitzende, „zur Kollegin Mihr. Das müssen Sie

einem richtig sagen.“

Damit ging er kopfschüttelnd aus dem Zimmer.

Für meine Arbeit benötigte ich einen Blaubogen.

In meinem Schreibtisch waren lediglich Lottoscheine und ein säuberlich zusammengefaltetes Stück Stullenpapier.

„Bitte, wo sind denn die Blaubogen?“ fragte ich in das Zimmer.

„Wie immer, unten links“, meinte die eine der beiden Kolleginnen an der Schreibmaschine.

Unten links standen zwei Milchflaschen, eine Heizsonne und eine Briefwaage. Sonst nichts. Rechts war nur Staub. Die andere Kollegin an der Schreibmaschine klärte mich auf: „Unten links ist bei uns da, wo rechts ist.“

„Und wo ist rechts, bitte?“

„Na, wo es nur sein kann – im Rollschrank.“

Es dauerte eine Zeit, bis ich die drei Rollschränke durchgewühlt hatte. Dann entdeckte ich im letzten die Mappe mit den Blaubogen.

Eine freundliche, nette junge Kollegin, die bezaubernd aussah, kam herein, steuerte auf mich zu und wollte wissen: „Kommen Sie mit?“

Ohne viel zu überlegen, sagte ich: „Gleich?“

„Nein, um zwölf“, lächelte sie.

„Ist mir auch recht. Wo wollen wir denn hingehen?“

„Wir ist gut. Ich denke, Sie wollen?“

„Natürlich will ich.“

„Macht fünfzig“, sagte die Kollegin, die mich so freundlich eingeladen hatte.

„Was, fünfzig Mark, Pfennig oder . . .“

„Essen kostet seit jeher fünfzig bei uns!“ Damit knallte sie mir eine Marke auf den Tisch, strich die fünfzig Pfennig ein, ging zu den beiden Kolleginnen an den Schreibmaschinen und flüsterte mit ihnen.

Der Kollege mit Brille, der mir gegenüber saß, hob plötzlich seinen Kopf, sah mich an und meinte nach einigem Nachdenken: „Gib doch mal dein ‚Barock‘.“ Ich schaute mich um. Alles war vorhanden, nur nichts, was aus der Barockzeit hätte stammen können.

Verlegen sah ich den Kollegen an.

In diesem Augenblick faßte er über den Tisch. Sein Arm wuchs förmlich zu mir herüber. Mir war klar, er wollte mir an den Kragen. Das war ja ein feiner Betrieb, in dem feine Sitten herrschten. Entsetzt wich ich, so weit ich konnte, auf meinem Stuhl zurück. Der Kollege griff nach der Leimflasche, die auf meinem Tisch stand. Als er sie in der Hand hielt, las ich darauf: „Büroklebstoff Barock Gold.“

Eine Kollegin stand auf. Im Hinausgehen drehte sie sich um, kam auf mich zu und fragte: „Brauchen Sie Stäbchen?“

„Wieso?“ sagte ich, „Sitzt mein Kragen nicht?“

Die Kollegin warf die Tür hinter sich ins Schloß und ging.

Als sie wiederkam, hatte sie eine Flasche Brause, eine Schachtel Streichhölzer und eine Packung Zigaretten in der Hand. Sie warf mir einen nicht gerade freundlichen Blick zu.

Der Kollege, der bei der Kollegin Mihr war, kam zurück. Im Vorbeigehen sagte er zu mir: „Klopf doch mal!“

Ich sagte mir: Du bist neu, du bist fremd, wenn es der Kollege gern möchte – und klopfte mit dem Knöchel des Zeigefingers auf den Schreibtisch.

„Meinst du, das hört Kose?“

„Sitzt der in meinem Schreibtisch?“

„Nein, das nicht, aber nebenan.“

Damit ging der Kollege zur Wand und donnerte dagegen.

Von drüben rief eine Stimme: „Ja!“

Kose kam herüber. Die beiden sprachen zusammen. Als Kose ging, kam er auf mich zu und meinte: „Ach, der neue Kollege. Ist ja fein. Guten Tag. Was ich noch sagen wollte – Sie übernehmen doch, wie Ihr Vorgänger, die Ise?“

„Wird denn das gehen? Ich bin verheiratet – und dann kennt sie mich nicht und ich sie nicht . . .“

„Was hat denn das damit zu tun? Schließlich unter Kollegen ist das doch keine große Sache. Aber wenn Sie nicht wollen, besorge ich eben die Sportzeitung.“

In diesem Augenblick kam der Abteilungsleiter herein. Er blieb bei mir stehen. „Na, schon eingelebt? Sollen mal sehen, wie schnell das bei uns geht. Die Kollegen helfen Ihnen schon dabei. Nicht wahr?“ fragte er in das Zimmer.

Ein siebenfaches „Ja“ klang wie aus einem Munde.

# blätter

## X. Weltfestspiele – Jetzt voll durchstarten

Die 2. Tagung des Internationalen Vorbereitungskomitees (IVK) für die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten im Sommer 1973 in Berlin (DDR) verabschiedete Anfang Oktober wichtige Dokumente zur weiteren Vorbereitung des Festivals. Vertreter der Festivalbewegung aus 62 Ländern und von fünf internationalen Organisationen, unter ihnen der „Arbeitskreis Festival“ (AKF) aus der Bundesrepublik nahmen im Anschluß an die Tagung an einer „Festivalreise der Freundschaft“ durch die DDR und an einem großen Empfang beim Präsidenten des Nationalen Vorbereitungskomitees der DDR, Erich Honecker, teil. Elan unterhielt sich mit Dirk Krüger (VDS), dem Sprecher des AKF, über seine Eindrücke.

elan: Dirk, kannst du unseren Lesern kurz die Beschlüsse der 2. IVK-Tagung erläutern?

Krüger: Da ist zunächst die Losung für das X. Festival zu nennen. Sie lautet auf einmütigen Beschluß: „Für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft.“ Weiterhin verabschiedeten wir den Rahmen für das Programm, das nun von der ebenfalls gewählten ständigen Kommission des IVK bis in alle Einzelheiten geplant und festgelegt werden wird. Wir verabschiedeten einen Aufruf für den internationalen Solidaritätsfonds, der vor allen Dingen die Aufgabe hat, jungen Menschen aus solchen Ländern die Teilnahme zu ermöglichen, die im Kampf um die Befreiung vom Imperialismus stehen, wie z. B. Vietnam, Laos, Kambodscha, Angola, Mozambique und andere. In einer „Sonderdeklaration“ haben wir uns einmütig dafür ausgesprochen, „in den Mittelpunkt der Vorbereitung und des Ablaufs des X. Festivals Massenaktionen der Jugend und Studenten der Welt für politische und materielle Solidarität mit dem heldenhaften Kampf Vietnams, Laos' und Kambodschas gegen die amerikanische imperialistische Aggression bis zum endgültigen Sieg zu stellen“.



elan: Bist du der Meinung, daß es ein Anwachsen der Festivalbewegung in der ganzen Welt gegeben hat?

Krüger: Ja, das kann man behaupten. Tatsache ist, daß noch nie die Festivalvorbereitungen so aktiv und schnell angelaufen sind. Noch nie wurde eine solche Breite der Festivalbewegung erreicht. Es gilt als sicher, daß am Festival Vertreter aus über 130 Ländern teilnehmen werden. Das X. Festival wird die größte Manifestation der Einheit der Jugend im Kampf gegen Imperialismus

und Ausbeutung, für Frieden und demokratischen Fortschritt sein.

elan: Welchen Eindruck hast du über die Festivalvorbereitung in der DDR?

Krüger: Um es kurz zu sagen: ich bin sehr beeindruckt. Es begann schon mit der IVK-Tagung. Die Atmosphäre der Freundschaft und Solidarität gab uns allen einen echten Vorgeschmack auf das Festival selbst. Besonders die anschließende „Festivalreise der Freundschaft“, die mich mit den Vertretern anderer Länder in den Bezirk Halle führte, gab uns Gelegenheit, direkt und unmittelbar mit der Jugend der DDR über alle Fragen der Festivalvorbereitung zu diskutieren. Vietnam steht dabei natürlich an der Spitze. In unzähligen freiwilligen Arbeitseinsätzen haben die Jugendlichen schon Hunderttausende Mark erarbeitet und gesammelt. Dazu kommt das Versprechen des Präsidenten des Nationalen Vorbereitungskomitees der DDR, Erich Honecker, alles in der Kraft des Volkes, der Jugend und Studenten Liegende zu tun, damit das Festival ein großer Erfolg wird.

elan: Und wie sieht es bei uns aus? Wer wird denn mitfahren nach Berlin?

Krüger: Auch bei uns gibt es sehr viel positiv zu vermerken. Immer mehr Jugendliche wollen dabei sein, wenn es losgeht – und sie wollen sich auch aktiv an der Vorbereitung beteiligen. Alle bisher gelaufenen Aktivitäten aufzuzählen – dafür würde hier der Platz nicht reichen. Wir haben darüber in Berlin eine Dokumentation vorgelegt, die man auch bei uns bestellen kann. Zur Frage, wer denn mitfahren darf, möchte ich noch sagen, daß die IVK-Tagung besonders hervorgehoben hat, daß alle, die die Festivalideen aktiv unterstützen, ohne Unterschied ihrer politischen, religiösen und weltanschaulichen Positionen zur Teilnahme gewonnen werden sollen. Dabei sollen besonders die aktivsten Kämpfer für die Rechte der Jugend und gegen den Imperialismus berücksichtigt werden.

elan: Wie weit sind die Bemühungen des „Arbeitskreises Festival“ um die Zusammenarbeit mit weiteren Kräften der Jugend gediehen?

Krüger: Auf Vorschlag des „Arbeitskreises Festival“, des Initiators der Festivalbewegung in der BRD, hat an der IVK-

Tagung als Beobachter auch der Bundesvorsitzende der Sozialistischen Jugend „Die Falken“, Dieter Lasse, teilgenommen. Der AKF hat mit zahlreichen Organisationen Kontakt, um zu einer gleichberechtigten, nicht diskriminierenden Zusammenarbeit aller am Festival interessierten Kräfte der BRD zu kommen. Dazu gehören Jugend- und Studentenverbände ebenso wie kulturelle Gruppen, Schülergruppen, Jugendzeitschriften, progressive Künstler und Wissenschaftler sowie Gewerkschafter – um nur einige zu nennen.

elan: Was bedeuten die Beschlüsse von Berlin nun für die Festivalbewegung bei uns?

Krüger: Nun, das ist relativ einfach. Es geht jetzt darum, daß wir die Impulse, die von der 2. IVK-Tagung ausgegangen sind, aktiv in die Tat umsetzen: stärkerer Einsatz noch für die Verwirklichung der Verträge von Moskau und Warschau; die Bewegung für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR weiter voranzutreiben; die Solidarität mit allen Völkern, die um ihre Unabhängigkeit kämpfen, muß verstärkt werden, ganz besonders mit dem Volk von Vietnam. Und auch wir müssen einen

wirkungsvollen Beitrag zum Weltsolidaritätsfonds leisten. Ganz oben steht dabei natürlich der Auftrag der IVK-Tagung, daß die Einheit der Jugend in der Festivalbewegung und die daraus folgende gemeinsame und aktive Vorbereitung und Teilnahme am Festival ein entscheidendes Prinzip ist.

elan: Zum Schluß: Wie wurde die Festivalbewegung in der BRD bei der IVK-Tagung aufgenommen? Was meinen die Freunde aus aller Welt?

Krüger: Aus meinem Eindruck, den ich aus vielen Gesprächen gewonnen habe, läßt sich sagen, daß unser Auftreten ein großer Erfolg war. Besonders die bereits erwähnte Dokumentation fand große Beachtung. Aber auch die konstruktiven Vorschläge des „Arbeitskreises Festival“ zum Programm und zum Weltsolidaritätsfonds wurden begrüßt. Am Rande der Tagung hatte ich viele Gespräche mit Festivalvertretern aus zahlreichen Ländern. Alles in allem läßt sich sagen, daß die fortschrittliche Jugend der Bundesrepublik auf dem Festival erwartet wird und daß das Festival eine Gelegenheit sein wird, die Verbindungen mit der fortschrittlichen Jugend der Welt noch enger zu knüpfen.

sion Wulf Schönbohm bereits einen Monat vorher im JU-Bundesorgan „Die Entscheidung“ (August 72) klargemacht: „Angesichts des Neuaufkommens sozialistischer und neomarxistischer Organisationen und deren Attraktivität im Bereich der jungen Generation... galt es zu verdeutlichen, daß die Junge Union... klar und deutlich zur sozialen Marktwirtschaft steht und damit ‚systemsprengende‘ Reformen strikt ablehnt.“

Was die Ouverture versprach: Strauß/Barzel-Politik zur Erhaltung der kapitalistischen Ausbeuterordnung (sprich: soziale Marktwirtschaft), neu eingekleidet zum Einfangen von Jungwählerstimmen mit klarer Stoßrichtung gegen die demokratischen und sozialistischen Kräfte und Organisationen der Jugend – das hielt der „Deutschlandtag“ der Jungen Union unter der bejubelten Anwesenheit der CDU-Bosse (Barzel, Kohl, Kraske und Dregger) getreulich ein. Jedesmal, wenn die Sprache auf die reaktionäre Kampfgemeinschaft unter der Losung „Gemeinsam werden wir es schaffen“ kam, machte die Junge Union keinen Hehl mehr daraus, wo sie wirklich steht: fest und treu an der Seite der CDU/CSU, und ihrer reaktionärsten Repräsentanten wie Strauß, Dregger, Czaja und Zoglmann.

### Das Grundsatzprogramm

Auf den ersten Blick scheint diese grundsätzliche Haltung der JU in dem Grundsatzprogramm nicht zum Ausdruck zu kommen. Von „Toleranz“, „Freiheit“ und „menschlichem Fortschritt“ wird da viel geredet, Berufsfreiheit, Kampf gegen Umweltschäden, mehr Demokratie werden gefordert, von Marxismus und Revolution ist da die Rede, mit dem Begriff „Solidarität“ wird gleichfalls nicht sparsam umgegangen – erstaunt fragt man sich: Was soll's?

Durch die 68 Thesen in sechs ebenso anspruchsvollen Zwischenüberschriften wie der Titel, gehen zwei klar erkennbare Linien. Die JU, die als reaktionärer Karriereverein zur Erlangung von Pöstchen und Mandaten stark an Einfluß unter der Jugend (übrigens zum Schaden der CDU/CSU) verloren hatte, muß sich der kritischen Jugend gegenüber ein neues, „fortschrittliches“ Profil schneiden. Sie muß sich, zumindest in Worten, an die aktuellen Forderungen der Jugend anhängen, der antikapitalistischen Haltung unter großen Teilen der arbeitenden und lernenden Jugend Rechnung tragen, um die zunehmende Diskussion um sozialistische und demokratische Alternativen aufzufangen und als „kleine Münze“ (sprich Wählerstimmen) für die CDU/CSU umzufunktionieren. Andererseits galt es eine Theorie zu entwickeln, warum

## Die Fassadenmaler und Falschmünzer von Fulda

Dicke Limousinen und flotte Sportwagen vor der Tür, im Saal die Besitzer der „tollen Kisten“ in Maßanzügen nach der neuesten Mode, mit und ohne Weste... Ein Kongreß der „Dress-men“? Falsch. Ein Meeting junger Unternehmer? Das kommt der Sache schon näher. Auf den Gedanken, daß hier eine Jugendorganisation ihren Kongreß abhält, käme man nicht, wenn nicht über dem blumengeschmückten Präsidiumstisch zu lesen wäre: „Junge Union – Deutschlandtag 1972“. Drei Tage lang (vom 29.9. – 1.10.72) mühten sich in Fulda die CDU/CSU-Junioren unter dem anmaßenden Anspruch, für ganz „Deutschland“ zu denken und zu handeln, ein Grundsatzprogramm unter dem hochtrabenden Titel „Für eine humane Gesellschaft“ zu verabschieden.

Von Peter Bubenberger

Drei Äußerungen gilt es festzuhalten, aus denen ersichtlich wird, welchen Zielen und Zwecken dieser „Deutschlandtag“ kurz vor Eröffnung des CDU-Parteitag und rechtzeitig zum Beginn des Wahlkampfes dienen sollte: „Die Junge Union wird kein eigenes Wahlkampfprogramm vorlegen, sondern sich klar zur CDU bekennen.“

JU-Bundesgeschäftsführer Helmes charakterisierte damit (vielleicht bereut er es heute) wohl am deutlichsten Wert

und Unwert des Grundsatzprogramms der Jungen Union: Es soll ein Teil der Wahlkampfstrategie der CDU/CSU sein. Der Bundesvorsitzende der JU, Jürgen Echternach, sah das so: „Im Mittelpunkt steht die Beratung eines Grundsatzprogrammes der Jungen Union und die Vorbereitung auf den Bundestagswahlkampf.“ Und damit keine Unklarheit über die politische Stoßrichtung des Programms entstehen konnte, hatte der Vorsitzende der Programmkommiss-

dieses kapitalistische System in der BRD keiner Veränderungen (nur neuer Fassadenfarbe) bedarf, warum ein Unternehmerrstaat gut für die Jugend, grundsätzliche Veränderungen, Demokratie und Sozialismus des Teufels seien.

Um in diesem Sinne die Jugend zu täuschen, war der JU kein Mittel der Lüge und Heuchelei zu schade. Der Attraktivität des Marxismus unter der Jugend wurde dadurch Rechnung getragen, daß Marx als Sozialkritiker „den Blick geöffnet hat für schwerwiegende gesellschaftliche Probleme und Mißstände“ (These 17). Wer allerdings daraus die nötigen Konsequenzen, und sei es nur in Richtung grundsätzlicher demokratischer Reformen, zieht, wird im gleichen Absatz Opfer der altbewährten antikomunistischen Verteufelung. „Revolutionen als Explosionen grenzenloser Hoffnungslosigkeit“, als „das letzte Mittel der Unterdrückten“ – die Solidaritätsbewegung der Jugend in der BRD und der Welt ist so stark geworden, daß die JU aus Angst vor der völligen Isolierung diese Passage aufnehmen mußte. Daß die Revolutionsthese keine Solidarität mit den kämpfenden Völkern Indochinas, Afrikas und Lateinamerikas durch die JU zur Folge hat, machte Echternach auf bohrende Fragen von elan klar: Lediglich „Aufständen im Ostblock“ wird die These 21 ihren konterrevolutionären Segen geben.

### Wenn es konkret wird – Schweigen!

Gemessen an den konkreten Forderungen der Jugend und ihrer demokratischen Organisationen enthüllt das „Grundsatzprogramm“ seinen wahren Charakter: Kündigungsschutz für Jugendvertreter, wirksame Mitbestimmung, Kampf gegen Militarismus und Rüstungspolitik, für europäische Sicherheit und völkerrechtliche Anerkennung der DDR, die Verwirklichung der Verträge von Moskau und Warschau – mit keinem Wort wurden diese brennenden Probleme und Forderungen der Jugend auch nur erwähnt.

„Der Mensch ist unvollkommen, auch wenn er nach Vollkommenheit strebt“ – diese Formel aus These 13 mußte wie der Sing-Sang aus einer Gebetsmühle herhalten, um jede konkrete Stellungnahme vom Tisch zu fegen. Denn ein Aktionsprogramm (wo man ja konkret werden müßte) hat die JU nicht. Alles ist abgestellt auf die Täuschung der Jugend mit dem wortreichen Geklingel des Grundsatzprogramms, das in hoher Auflage wahlkampf wirksam erscheinen soll. Dafür kann man der JU nur dankbar sein. Denn es gibt die Gelegenheit, die jungen Strauß- und Barzel-Fans beim Wort zu nehmen.

Kurz vor Redaktionsschluß hatte elan die Gelegenheit, den Niederschlag dieser „Inflation der Phrasen“ in seiner prakti-

schen (Wahlkampf-)Auswirkung kennenzulernen. Im Rheinisch-Bergischen Kreis kandidiert für die CDU Paul Lücke, der Vater der Notstandsgesetze und der „Weißen Kreise“. Ihm haben wir die Grundsteinlegung für die heutige Mietpreisexlosion zu verdanken. Die „humane“ Gesellschaft, verkündet durch die JU, erweist an diesem Fall ihre „Menschlichkeit“ und entlarvt ihr Ziel: „Unser Mann – Paul Lücke . . .

von ihm stammt das soziale Mietrecht . . .“ (Wahlkampfzeitung der JU) Für diese Interpretation dessen, was „sozial“ ist, besten Dank. Und Dank auch für jenen Satz aus der Wahlkampf-broschüre der JU für Lücke, in dem es weniger selbstkritisch als selbstherrlich heißt: „In diesen Wochen des Wahlkampfes verstehen es einige sehr gut, mit vielen Worten wenig oder auch gar nichts zu sagen.“

## DKP: Forderungen für die Jugend

Zur Berufsausbildung und zum Jugendarbeitsschutz hat die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) in zwei Stellungnahmen Sofortmaßnahmen gefordert. In Übereinstimmung mit den Prüfsteinen des DGB für Bundestagskandidaten und den Programmen von Arbeiterjugendorganisationen sind die geforderten Sofortmaßnahmen geleitet vom Interesse der Arbeiterjugend.

### Sofortmaßnahmen zur Berufsausbildung

Angesichts der fortdauernden Misere in der Berufsbildung und zur Unterstützung der Forderungen der Gewerkschaften und der Arbeiterjugendverbände auf diesem Gebiet hat die Deutsche Kommunistische Partei acht Sofortmaßnahmen vorgeschlagen. Die Verwirklichung dieser Sofortmaßnahmen werden kommunistische Abgeordnete im Deutschen Bundestag in einem Antrag verlangen, um die schwersten Mißstände in der Berufsausbildung zu überwinden und die Lage der arbeitenden Jugend zu verbessern. Die DKP wird zugleich für die Durchsetzung dieser Sofortmaßnahmen auf allen Ebenen den Kampf verstärken und alle Kräfte, insbesondere die Gewerkschaften und Arbeiterjugendorganisationen, unterstützen, die diese und ähnliche Forderungen durch gesetzliche, tarifvertragliche und andere Regelungen verwirklichen wollen. Die DKP strebt darüber hinaus eine umfassende demokratische Bildungsreform entsprechend ihrem Programm „Bildung – Gesellschaft – Zukunft“ an. Die Kandidaten der Deutschen Kommunistischen Partei unterstützen die im Prüfstein Nr. 3 des Deutschen Gewerkschaftsbundes geforderten bildungspolitischen Maßnahmen und erachten die nachfolgenden Sofortmaßnahmen als einen ersten Schritt, um diese gewerkschaftlichen Ziele zu verwirklichen:

1. Den Unternehmern, ihren Organisationen und Kammern muß der bestimmende Einfluß über die Berufsausbildung genommen werden. Die berufliche Bildung muß als öffentliche Aufgabe unter Mitbestimmung der Gewerkschaften anerkannt werden. Auf regionaler Ebene wie auch auf Landes- und Bundesebene sind Selbstverwaltungseinrichtungen zur Ordnung und Überwachung der beruflichen Bildung zu schaffen. In ihnen müssen die Gewerkschaften, die Arbeiterjugendverbände sowie Vertreter der Berufsschulen Mitbestimmungs- und Kontrollfunktionen erhalten.
2. Zur Überwindung der Ausbildung in Berufen ohne Zukunft, der Arbeitslosigkeit Jugendlicher sowie des Mißbrauchs von Lehrlingen als billige Hilfsarbeiter müssen mindestens 250 000 qualifizierte Ausbildungsplätze in Lehrwerkstätten und Ausbildungsbüros in Großbetrieben geschaffen werden. Darüber hinaus sind 300 überbetriebliche Ausbildungszentren neu zu schaffen.
3. Die alte gewerkschaftliche Forderung nach zwölf Wochenstunden Berufsschulunterricht an zwei Arbeitstagen muß endlich verwirklicht werden. Bei Blockunterricht – der den Berufsschulunterricht zusammenfaßt und ein Fortschritt sein kann, um diesen Unterricht effektiver zu machen – sind dementsprechend mindestens 480 Stunden jährlich vorzusehen. Zur Verwirklichung dieser Aufgabe ist die Zahl der Berufsschullehrer durch Ausweitung der Planstel-

len und Studienplätze zu erhöhen. Die Ausbildungspläne der Berufsschulen und Betriebe sowie überbetrieblichen Lehrwerkstätten sind aufeinander abzustimmen.

4. Zur besseren Berufsvorbereitung und Berufsorientierung ist neben einer schrittweisen Verwirklichung des polytechnischen Unterrichts in den allgemeinbildenden Schulen für alle Jugendlichen ein Berufsgrundschuljahr einzuführen, das auf die Lehrzeit angerechnet wird.
5. Nach Abschluß der Lehre muß allen jungen Facharbeitern und Angestellten der Weg zu weiterführenden Bildungseinrichtungen, einschließlich der Universitäten und Hochschulen offenstehen. Dies ist ein Schritt zur Überwindung des Bildungsprivilegs der Besitzenden.
6. Alle den Lehrlingen dienenden Bestimmungen des ansonsten unzureichenden Berufsbildungsgesetzes vom 1.9.69 sind strikt einzuhalten. Das gilt insbesondere für das Verbot ausbildungsfremder Tätigkeiten, für die Führung des Berichtsheftes während der Ausbildungszeit, für die Bestimmungen über Lehrlingshöchstzahlen und die Schulung der Ausbilder. Die Strafen bei Verstößen der Unternehmer gegen das Berufsbildungsgesetz sind zu verschärfen.
7. Die Entlohnung der Lehrlinge, der Ausbilder und Berufsschullehrer ist wesentlich zu verbessern. Der Lehrlingslohn muß den Jugendlichen ermöglichen, ihren Lebensunterhalt unabhängig von Dritten bestreiten zu können. Bei Tarifabschlüssen müssen

die Lehrlingslöhne angemessen berücksichtigt und die Altersabschläge überwunden werden.

8. Die Finanzierung dieser Sofortmaßnahmen ist durch einen Bundesfonds für Berufsbildung zu sichern, den die Unternehmer, besonders das Großkapital, aufzubringen haben. Weitere Mittel sind durch die Senkung der Rüstungskosten bereitzustellen. Über den Bundesfonds als Selbstverwaltungseinrichtung bestimmen die Arbeiter und Angestellten und ihre Organisationen mit.

Die DKP betrachtet die sofortige Verwirklichung obiger Maßnahmen, die u.a. durch eine Novelle zum Berufsbildungsgesetz erfolgen kann, als einen Schritt zur Schaffung eines umfassenden Bundesbildungsgesetzes, wie es auch vom Deutschen Gewerkschaftsbund gefordert wird. Ein solches Gesetz kann dazu beitragen, ein einheitliches demokratisches Bildungssystem zu schaffen, in das die berufliche Bildung eingegliedert ist.

## Sofortmaßnahmen zum Jugend-arbeitsschutz

Die Deutsche Kommunistische Partei begrüßt die Vorschläge der Gewerkschaftsjugend und anderer demokratischer Jugendorganisationen zur Verbesserung des Jugendarbeitsschutzes. Sie wird verstärkt alle Aktionen zur Verwirklichung dieser Forderungen unterstützen. Angesichts solcher alarmierenden Tatsachen,

- daß auch das unzureichende Jugendarbeitsschutzgesetz von 1960 in der Mehrzahl der Betriebe nicht eingehalten wird,
- daß jährlich mehr als 50 000 Verstöße gegen das Gesetz amtlich festgestellt werden, von denen nur rund vier Prozent zu lächerlichen Bestrafungen führen,
- daß weit über eine Million Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz jährlich nicht registriert werden, weil die Gewerbeaufsichtsämter unterbesetzt sind,
- daß Jugendliche geschlagen werden, keine Arbeitspausen machen dürfen – obwohl diese vorgeschrieben sind –, Überstunden leisten müssen, im Akkord und nachts arbeiten müssen – obwohl das verboten ist – und daß das Kinderarbeitsverbot mißachtet wird,
- daß der jetzt aufgelöste Bundestag eine Reform des Jugendarbeitsschutzes nicht zustande gebracht hat, fordert die DKP die Verwirklichung folgender zwölf Sofortmaßnahmen, für die

die Abgeordneten der DKP im Bundestag eintreten werden und für die die Kommunisten in außerparlamentarischen Aktionen und in den Betrieben wirken.

1. Begrenzung der Arbeitszeit aller Jugendlichen auf höchstens acht Stunden täglich und 40 Stunden wöchentlich ohne Ausnahmen.
  2. Strengstes Verbot der Kinderarbeit.
  3. Einheitliche Regelungen für die Einhaltung des Nacht- und Sonntagsarbeitsverbots für Jugendliche.
  4. Anrechnung der Ruhepausen auf die Arbeitszeit. Schaffung von Pausenaufenthaltsräumen für alle Jugendlichen.
  5. Verbesserungen der ärztlichen Untersuchungen und Einführung einer zweiten ärztlichen Nachuntersuchung nach 24 Beschäftigungsmonaten.
  6. Verlängerung des Mindesturlaubsanspruchs auf 30 Tage, bei einer Fünf-Tage-Woche auf 25 Arbeitstage und im Untertagebergbau auf 36 Arbeitstage.
  7. Volle Anrechnung aller Ausbildungsmaßnahmen auf die Arbeitszeit. Volle Freistellung an Berufsschultagen.
  8. Personelle Verstärkung der Gewerbeaufsichtsämter und Ausweitung der Kontrolltätigkeit dieser Ämter. Generaluntersuchung in allen Betrieben zur Kontrolle der Einhaltung der Jugendarbeitsschutzbestimmungen.
  9. Stärkere Rechtsstellung für die Jugendarbeitsschutzausschüsse und Schaffung weiterer solcher Ausschüsse, durch die die Gewerkschaften ungehinderte Kontrollmöglichkeiten erhalten müssen.
  10. Alle privaten und öffentlichen Stellen, die mit der Ausbildung und Beschäftigung Jugendlicher zu tun haben, müssen auf Einhaltung der Jugendarbeitsschutzbestimmungen überprüft werden und sind zur Amtshilfe und Auskunft zu verpflichten.
  11. Strengstes Verbot der Beschäftigung und Ausbildung Jugendlicher, wenn wiederholt oder schwer gegen Vorschriften des Jugendarbeitsschutzes verstoßen wird.
  12. Einführung von empfindlichen Mindeststrafen bei Verstößen der Unternehmer gegen die Jugendarbeitsschutzbestimmungen.
- Die DKP ist der Auffassung, daß die Verbesserung der gesetzlichen Bestimmungen allein nicht ausreicht, um den Jugendarbeitsschutz für Jugendliche zu gewährleisten. Alle Kollegen in den Betrieben sind aufgefordert, solidarisch für ihre jungen Kollegen einzutreten und über die Einhaltung und Verbesserung der Jugendarbeitsschutzbestimmungen zu wachen und die Unternehmerwillkür und verschärfte Arbeitshetze zurückzuweisen.

## Bücher für die Jugendarbeit

In der Reihe „Marxistische Lehrbriefe“ sind einige neue Hefte erschienen, die wegen der darin vermittelten gründlichen Information (und auch wegen des niedrigen Preises von DM 1,- pro Heft) in jede Gruppenbibliothek gehören – und vor allem gelesen werden sollten.

*Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte*

**Heft 17:** Der Faschismus an der Macht und der antifaschistische Widerstandskampf 1933 – 1939

**Heft 18:** Der zweite Weltkrieg und der Widerstandskampf der deutschen Arbeiterklasse

*Serie D: Politische Probleme unserer Zeit*

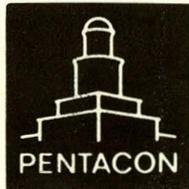
**Heft 8:** Der Befreiungskampf in Indochina, Teil I, Vietnam von 1945 – 1954

**Bestellungen an:** Verlag Marxistische Blätter, 6 Frankfurt/M., Hedderheimer Landstr. 78a

**schnell  
und  
sicher**



**spiegel-  
reflex-  
scharfe  
Fotos**



## PRAKTICA LTL

Einfaches Filmeinlegen mit PENTACON-Loading. Das ausgewählte Motiv spiegelreflexscharf wiedergeben. Einen Schritt vorwärts machen mit der PRAKTICA LTL.



Das Hobby zur Perfektion führen. Im Spiegelreflexsucher auf einen Blick alles erfassen. Durch PENTACON-Innenmessung richtig belichten.

**Kombinat VEB PENTACON DRESDEN**  
DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK

Weitere Informationen durch Ihren Fotohändler oder durch BEROFLEX Kamera-Film-AG, 1 Berlin 15, Uhlandstr. 158

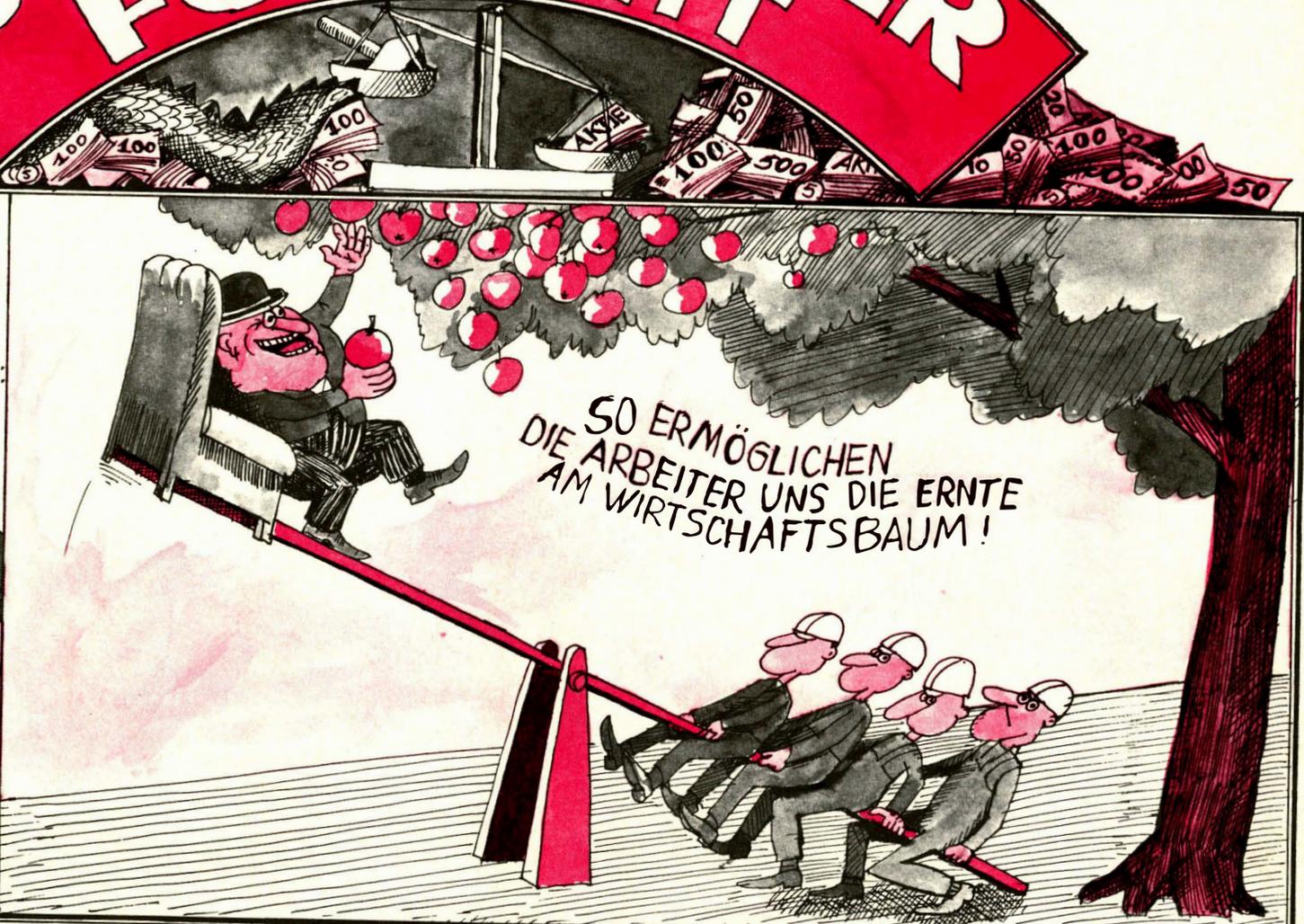
# UNTERNEHMER FORSCHT



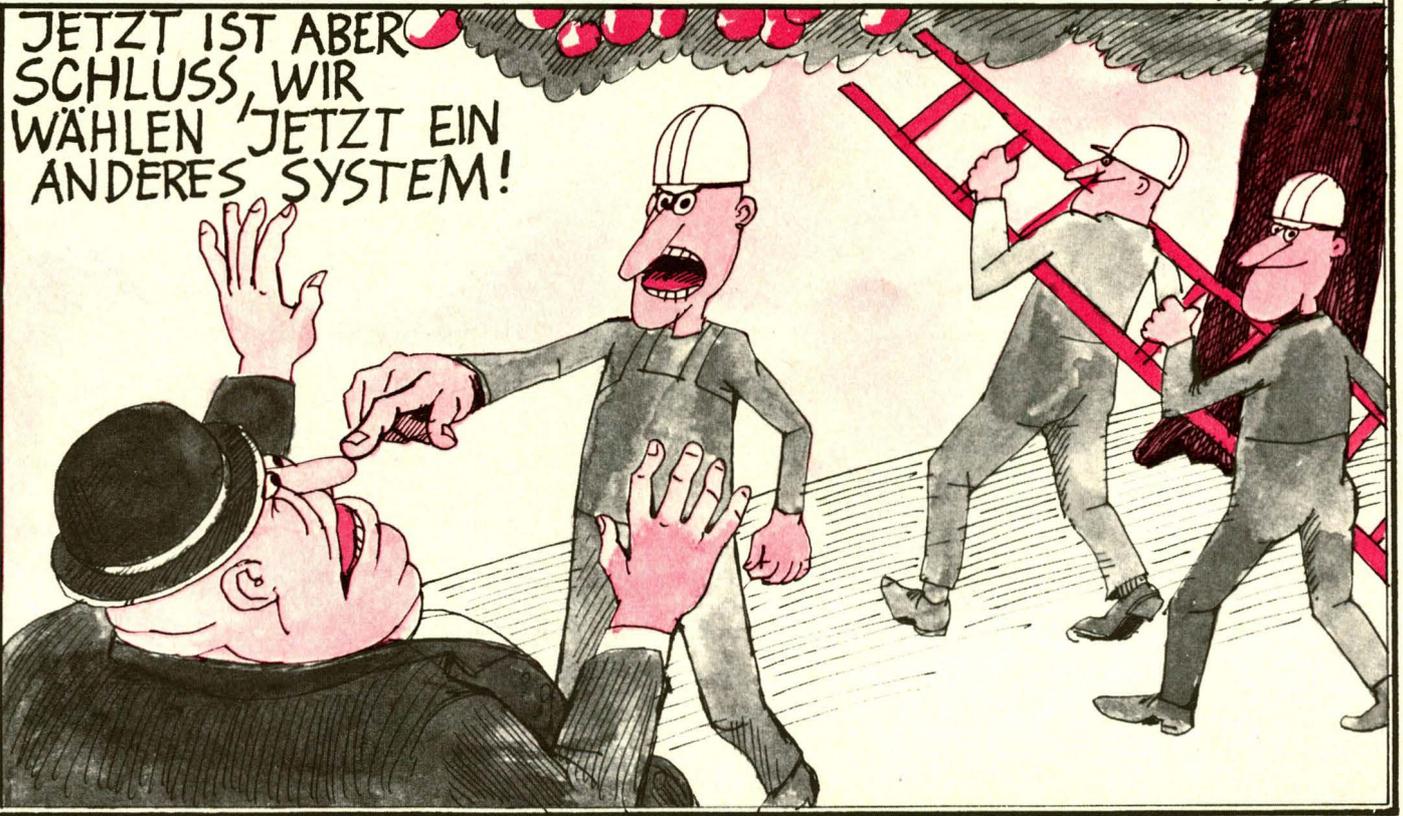
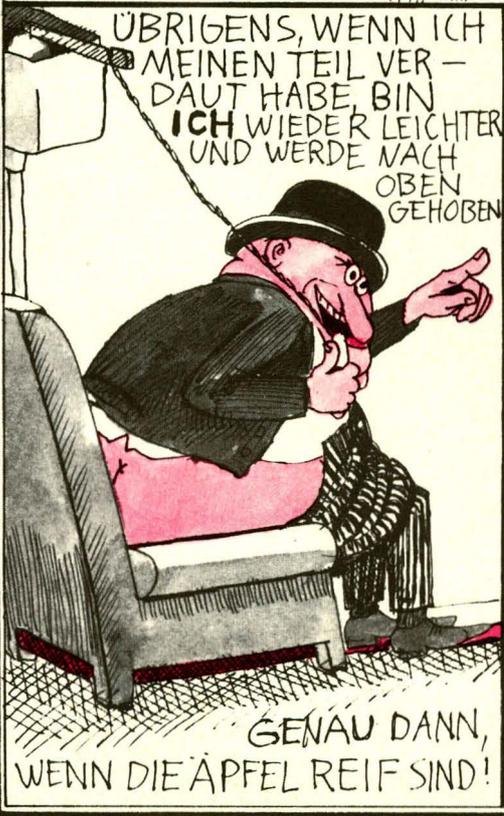
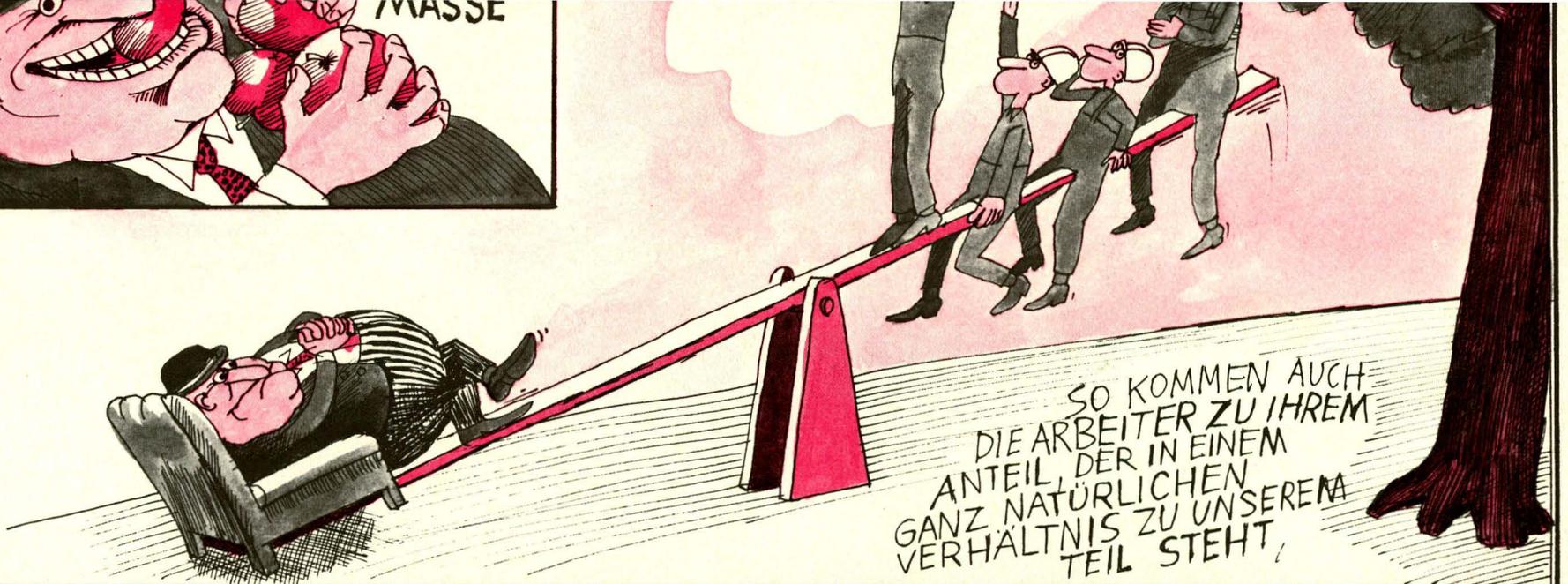
UNSER KAPITALISTISCHES WIRTSCHAFTSSYSTEM VERDANKT SEINE ERFOLGE DEN EINFACHSTEN PHYSIKALISCHEN GESETZMÄSSIGKEITEN: AUF DER EINEN SEITE SITZEN WIR UNTERNEHMER, AUF DER ANDEREN SITZEN DIE ARBEITER



WENN WIR UNTERNEHMER UNS SO RICHTIG SATT GEFRESSEN HABEN, WIRKEN ALS NATÜRLICHER AUSGLEICH DIE GESETZE DER SCHWER-



SO ERMÖGLICHEN  
DIE ARBEITER UNS DIE ERNTE  
AM WIRTSCHAFTSBAUM!





# forum

forum der  
jugend-  
verbände

## Gemeinsam gegen Strauß und seine Ba(r)zis . . .

### Die Jugendverbände im Wahlkampf

Wie stehen die verschiedenen Jugendorganisationen, die Arbeiterjugend- und die Studentenverbände, die Jugend der Parteien zu den Bundestagswahlen? elan hat zahlreiche Wahlplattformen, Programme und Aufrufe untersucht. Dabei haben wir festgestellt:

1. Die übergroße Mehrzahl richtet ihren Wahlkampf eindeutig gegen Strauß und Barzel.

2. Alle fordern: Jungwähler, nutze dein Wahlrecht!  
Selbstverständlich geben die Jugendverbände verschiedene Wahlempfehlungen ab. Aber uns erscheint am wichtigsten: alle demokratischen Jugendverbände haben eine gemeinsame Plattform gegen rechts. Das verbindet sie miteinander.

Jetzt stehen wir nur noch etwa zwei Wochen vor der Wahl. elan will mit dieser Dokumentation über die Wahlkampfplattform der Jugendverbände die Gemeinsamkeiten hervorheben. Wir wollen Impulse und Ideen vermitteln. Und wir wollen klar machen, daß aus der gemeinsamen Grundhaltung gegen rechts auch gemeinsame Aktionen kommen müssen. Jetzt gilt es zu handeln!

Und um es gleich zu sagen: den Fingerhut voll von rechten Jugendverbänden – die Neonazis, die Junge Union, die Jugendorganisationen der Revanchisten – haben wir hier nicht dargestellt. Denn elan geht nicht neutral – auf einer höheren Beobachterwolke hockend – an diese Frage heran. Wir gehen bei dieser Bundestagswahl – wie überall – von den Interessen der Arbeiterjugend aus. Und diesen Interessen entsprechen nicht die Strauß & Barzel mit ihren Beraterverträgen für Henschel und die Flugzeugindustrie, mit ihrer Gewerkschaftsfeindlichkeit und ihren Kalten-Kriegs-Gelüsten. Und darum sagen wir auch: gegen Strauß & Barzel genügen keine Erklärungen. Es müssen Aktionen her, die sie in ihre Schranken weisen, die ihnen zeigen, daß die Jugend ihre Tricks durchschaut hat. Die gemeinsame Losung dabei muß sein:

**Jungwähler, nutze dein Wahlrecht!**

**Jede Stimme gegen die Bosse!**

**Stoppt Strauß & Barzel!**

### DGB-Jugend

Schwerpunkte sind die Betriebe und örtliche Aktionen: Informationsstände und Kandidatenbefragungen. Mund-zu-Mund-Überzeugung wird großgeschrieben. Die Abteilung Jugend beim DGB-Vorstand hat einen Gesprächsleitfaden herausgegeben. Zur Unterstützung für die Kollegen, die in Arbeitspausen, in Diskotheken und auf der Straße andere Jugendliche davon überzeugen wollen, wie wichtig es ist, zur Wahl zu gehen.

Eine Wahlempfehlung für eine bestimmte Partei gibt die Gewerkschaftsjugend nicht. Aber als Prüfstein für die Kandidaten werden sieben Forderungen aufgestellt:

Mehr Jugendvertreterrechte  
Bezahlter Bildungsurlaub  
Bildungsreform  
Jugendarbeitsschutz  
Wehr- und Ersatzdienst (12 Monate)  
Friedenspolitik  
Herabsetzung der Volljährigkeit auf 18 Jahre

Nur wenn die Jugendlichen für solche Kandidaten ihre Stimme abgeben, die hinter diesen Forderungen stehen (und das nicht nur vor Wahlen), erst dann macht jede junge Stimme die Jugend stark! Dabei ist eines sicher: jede Stimme für die CDU/CSU ist eine Stimme gegen die Jugend.

### Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

Unter der Losung „Jede Stimme gegen die Bosse“ führt die SDAJ ihre Aktionen zu den Bundestagswahlen durch. Ihre Hauptziele sind Betriebe, Berufsschulen, Schulen und Freizeitheime. Die Betriebs- und Lehrlingszeitungen werden dabei eine wichtige Rolle spielen. Höhepunkte sind solche Aktionen wie das Stötenberg-Tribunal in Kiel und die Siemens-Tribunale in München und Nürnberg. In 21 Städten wird die Polit-Rock-Band Floh de Cologne auftreten mit ihrem neuen Programm „Lucky Streik“.

Die SDAJ sieht ihre Hauptaufgabe darin, gemeinsam mit allen anderen demokratischen Kräften eine Rückkehr der CDU/CSU an die Regierung zu verhindern. Deshalb sagt sie den Jungwäh-

lern: Ebensovienig wie ein junger Arbeiter, eine Verkäuferin oder ein Lehrling seinen Juniorchef oder gar den Boß in den Betriebsrat wählen würde, ebensovienig kann er seine Stimme Strauß und Barzel geben. Jede Stimme für Barzel mit seinem „Beratervertrag“ mit Henschel, für Strauß, das Lieblingskind der Rüstungsindustrie, und für ihre Parteien CDU und CSU sind verlorene Stimmen. In den Bundestag gehören Abgeordnete, die unbestechlich die Interessen der arbeitenden und lernenden Jugend vertreten. Die SDAJ wird an die Worte und Taten aller Kandidaten die „5 Grundrechte der Jugend“ als Maßstab anlegen. Nur Kandidaten, die davor bestehen, sollen die Stimmen der Jungwähler erhalten. Der Bundesvorstand der SDAJ beschloß darum, die Kandidaten der DKP zu unterstützen. Rolf Jürgen Priemer, der Bundesvorsitzende der SDAJ, sagte dazu gegenüber elan: „Kommunisten haben in Parlamenten, Betriebsräten, Bürgerinitiativen und anderswo immer wieder bewiesen, daß sie unbestechliche Interessenvertreter der arbeitenden Bevölkerung und der Jugend sind. Kommunistische Bundestagsabgeordnete kann man nicht kaufen.“

Nun raten manche, man solle als das kleinere Übel SPD wählen, um das größere Übel CDU/CSU zu vermeiden. Das halten wir nicht für richtig. Wir wollen jedes Übel von der arbeitenden und lernenden Jugend abwenden. Deshalb raten wir den Millionen Jung- und Erstwählern: Nutzt euer Wahlrecht! Alle gegen die Bosse! Wählt DKP!“

**Jungwähler!  
Nutz Dein Wahlrecht!**

**JEDE  
STIMME  
GEGEN  
DIE  
BOSSE**

**Kommunisten in den Bundestag!  
Wählt DKP!**

**Dieses Poster wurde vom Bundesvorstand der SDAJ herausgegeben.**

## Sozialistische Jugend „Die Falken“



*Dieses Plakat brachte der Landesverband NRW der Falken heraus. Auf der Rückseite wird Strauß in Zitaten und Handlungen vorgestellt. Am Ende heißt es:*

**Kann man einen solchen Mann wählen?  
Ein Mann – der  
das Parlament wiederholt belogen hat,  
Steuergelder verschleuderte,  
1962 als Verteidigungsminister zurück-  
treten mußte.**

**Alle reden von Sicherheit. Wir auch!  
Weil Strauß das Sicherheitsrisiko Nr. 1  
der deutschen Demokratie ist.**

**„Wer mich daran hindern würde, an die  
Macht zu kommen, den würde ich um-  
bringen.“**

**Darum: Stoppt Strauß und Barzel!  
Wer Barzel wählt, wählt gleichzeitig  
Strauß und damit das politische  
Abenteuer nach innen und außen.**

## Evangelische Jugend

Die Konferenz der Evangelischen Landesjugendringvertreter (KLV, ein bedeutendes jugendpolitisches Gremium innerhalb der AEJ) wies bei ihrer letzten Sitzung am 30. September 1972 „mit allem Nachdruck darauf hin, daß in einem demokratischen Rechtsstaat privates Engagement nicht nur legitim und begrüßenswert“ sei, „sondern notwendiger Ausdruck eines demokratischen Bürgerverständnisses“. Wer die politische Betätigung des Bürgers auf den einsamen Gang zur Wahlurne beschränken wolle, setze sich dem

Verdacht aus, „der zunehmenden Entmündigung und Entpolitisierung des Bürgers Vorschub leisten zu wollen“. Mit aller Entschiedenheit sei deshalb die gerade in Wahlkampfzeiten so beliebte Floskel von der „unerlaubten Vermischung von Religion und Parteipolitik“ zurückzuweisen.

Die Mitglieder wollen sich jedenfalls in den kommenden Wochen persönlich engagieren, und sie fordern alle wahlberechtigten jungen Menschen zu nächlichem Tun auf: „Sich nicht erst am 19. November 1972 nach bestem Wissen und Gewissen an der Wahl zu beteiligen, sondern sich schon jetzt umgehend einer Bürgerinitiative für die Wahl ihrer Partei anzuschließen.“

Zur besseren Orientierung bei der Sachdiskussion mit den Parteien und ihren Kandidaten kündigt die AEJ Material zu folgenden Schwerpunkten an: Innere Sicherheit, Entwicklungshilfe, Kriegsdienstverweigerung, Bildungsplanung und Äußere Sicherheit.

## Initiative Internationale Vietnam Solidarität

Die „Initiative Internationale Vietnam Solidarität“ fordert ihre Freunde und Anhänger auf, vor ihrer Wahlentscheidung die Bundestagskandidaten zu befragen, ob sie als Abgeordnete im Bundestag und in der Öffentlichkeit die US-Aggression in Indochina eindeutig zu verurteilen bereit sind.

Kandidaten, welche die Indochinapolitik der USA akzeptieren oder sogar rechtfertigen, können nicht mit den Stimmen der breiten Antikriegsbewegung rechnen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die Aggression der USA in Indochina eindeutig zu verurteilen und sich für den sofortigen, bedingungslosen Abzug der US-Truppen aus Indochina einzusetzen. Die Bundesregierung muß jede politische und materielle Hilfe und Unterstützung für die Marionettenregierungen in Südvietnam, Laos und Kambodscha einstellen. Die Bundesregierung muß – auch unter der Konsequenz des Abzuges der US-Truppen aus der BRD – die Devisenausgleichszahlungen (6,6 Mrd. DM) einstellen, weil darin die mittelbare Finanzierung der verbrecherischen Aggression in Vietnam beinhaltet ist.

Die Bundesregierung muß jede Produktion von Waffen und Chemikalien auf dem Boden der BRD verhindern, die für den Einsatz gegen die Völker Indochinas bestimmt sind – dazu gehören auch alle Teilprodukte.

Die Bundesregierung muß sich scharf gegen die Machenschaften der Saigoner Botschaft in Bad Godesberg wenden, welche vielen in der BRD lebenden südvietnamesischen Studenten die

Unterhaltssicherung und die Pässe entzieht. Die Bundesregierung sollte mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür Sorge tragen, daß diese Studenten nicht zum Abbruch ihres Studiums und zum Kriegsdienst in Vietnam gezwungen werden. Die Bundesregierung sollte jeden Versuch zur Disziplinierung der demokratischen südvietnamesischen Studenten verhindern und deren Recht auf freie Meinungsäußerung gegen die US-Aggression und gegen die Saigoner Marionettenregierung gewährleisten.

Die neu zu wählende Bundesregierung wird aufgefordert, der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietsnam (PRR) – analog der bereits in Skandinavien und Frankreich bestehenden Büros – ein Informationsbüro zu genehmigen.

Die BRD hat durch ihre Friedens- und Entspannungspolitik in Europa wesentlich zur Entkrampfung der Fronten beigetragen. Dieser Wille zum Frieden würde untermauert durch eine klare Absage an die US-Politik in Indochina, der täglich unschuldige Menschen zum Opfer fallen.

Wir fordern die kommende Bundesregierung, die Bundestagskandidaten, die gesellschaftlichen Organisationen, vor allem die Religionsgemeinschaften und die Gewerkschaften, die Jugend- und Studentenverbände sowie jeden einzelnen Bürger auf:

### Verurteilt die US-Aggression!

Kämpft für die Beendigung des Krieges auf der Grundlage der Vorschläge zur politischen Lösung, wie sie von der Regierung der DRV, der Provisorischen Revolutionären Regierung der RSV, der Patriotischen Front von Laos und der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha unterbreitet wurden!

### Solidarität mit den Völkern Indochinas!

Initiative Internationale Vietnam Solidarität, Exekutiv Ausschuß

Heinz Kopp (f.d. Bundesvorstand der Jungsozialisten)

Rolf J. Priemer (Bundesvorsitzender der SDAJ)

Gerhard W. Seelbach (2. Bundesvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten)

Frank Werkmeister (Kampagne für Demokratie und Abrüstung)

## Sozialdemokratischer Hochschulbund (SHB)

Der SHB erklärte, er werde „alle Anstrengungen unternehmen, um eine CDU/CSU-Regierung zu verhindern, die den Frieden gefährdet und jeden gesellschaftlichen Fortschritt unmöglich macht“. Trotz kritischer Einschätzung der gegenwärtigen SPD/FDP-Koalition werde der SHB „für den Fortbestand der SPD-Regierung kämpfen und sich in seiner gesamten Arbeit für die Verän-

derung der politischen Kräfteverhältnisse in der SPD einsetzen“.

Der Bundeszentralrat des Hochschulbundes, dem die SPD die Führung des Namens „sozialdemokratisch“ untersagt hat, stellt einen Katalog von Kriterien auf, die für die Unterstützung eines SPD-Kandidaten durch den Studentenbund maßgeblich sind.

Dazu gehören der Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte (Berufsverbot, „Innere Sicherheit“, reaktionäre Ausländergesetze, KPD-Verbot) und das Eintreten des Kandidaten für Mitbestimmung und Kürzung des Rüstungshaushalts, für eine stärkere Besteuerung von Großvermögen und Monopolprofiten.

Weitere Kriterien sind Friedens- und Entspannungspolitik, das Eintreten für eine europäische Sicherheitskonferenz, für völkerrechtliche Beziehungen zur DDR und zur CSSR und die klare Verurteilung der US-Aggression in Indochina.

Ferner verlangt der SHB von den SPD-Kandidaten zur Bundestagswahl, daß sie seine Forderung nach einer demokratischen Bildungspolitik und Chancengleichheit unterstützen sowie für die innerparteiliche Demokratie eintreten und sich gegen den Namensentzug des SHB wenden. „Der SHB wird keinen sozialdemokratischen Kandidaten unterstützen, der mitverantwortlich ist für die monopolorientierte Politik des rechten Parteiflügels. Der SHB wird keine zukünftigen Schillers und Hupkas unterstützen“, betont der Hochschulbund in seiner Presseerklärung.



Dieses dreifarbiges Poster (Format DIN A 2) kann zum Einzelpreis von DM 1,- bei elan bezogen werden: elan, 46 Dortmund, Brüderweg 16.

## Marxistischer Studentenbund Spartakus

Der MSB Spartakus wendet sich mit einem Wahlauftrag an die Studenten: Gemeinsam gegen die Reaktion! Konsequenter handeln – DKP wählen! In dem Aufruf heißt es:

Es darf der CDU/CSU nicht gelingen, in die Regierung zurückzukommen. Deshalb ruft der MSB Spartakus alle Studenten auf:

Kämpfen wir in gemeinsamen Aktionen gegen die CDU/CSU und ihre Hilfstruppen an den Hochschulen!

Entlarven wir ihre Demagogie!

Keine Stimme für die CDU/CSU!

Jede Stimme für diese Partei ist eine Stimme für die reaktionärsten Kreise des deutschen Imperialismus, ist Munitio gegen die um ihre Rechte kämpfenden Arbeiter und Studenten.

Wenn die Forderungen der Arbeiterklasse und der demokratischen Studentebewegung auch in den Bundestag Eingang finden sollen, dann können nur solche Kandidaten gewählt werden, die

1. unbestechlich sind und sich kompromißlos an den Interessen der Arbeiter und Studenten orientieren;
2. im Parlament ihre Stimme gegen Völkermord in Indochina und gegen jeden Neokolonialismus erheben werden;
3. in das Parlament die bildungspolitischen Forderungen der Gewerkschaften und Studenten hineinbringen;
4. im Bundestag für eine Kürzung des Rüstungshaushalts stimmen werden;
5. den Kampf gegen Berufsverbote und den Abbau der demokratischen Rechte auch im Parlament unterstützen werden;
6. die Entspannungspolitik konsequent weiterführen und
7. kompromißlos die Auseinandersetzung mit den Rechtskräften führen werden und jegliche Politik der antikommunistischen Gemeinsamkeit mit der CDU/CSU ablehnen.

Prüft die Bundestagskandidaten an ihren Worten und an ihren Taten.

Aus den Erfahrungen der Massenkämpfe wissen wir, daß es allein die Deutsche Kommunistische Partei war, die sich stets kompromißlos für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung eingesetzt hat. Die DKP hat gezeigt, daß es für sie keine Gemeinsamkeiten mit dem Großkapital gibt.

Die DKP ist die Partei, die für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen eintritt, die für den Sozialismus kämpfen. Jede Stimme für die DKP ist ein Schlag gegen Strauß und Barzel, ist ein Schlag gegen die Reaktion.

Jede Stimme für die DKP zählt für unsere eigenen Interessen. Wir Studenten brauchen eine starke DKP.

## Jungdemokraten Jungsozialisten

Jungsozialisten und Jungdemokraten wollen im Wahlkampf weitgehend zusammenarbeiten. Gemeinsam führen sie eine Anti-Rechts-Kampagne, die sich vor allem gegen Strauß und Barzel richtet. Im Rahmen dieser Kampagne haben sie das „Schwarzbuch Franz Josef Strauß“ im Verlag Kiepenheuer & Witsch herausgegeben. Der Vorsitzende der Jungsozialisten, Wolfgang Roth, erklärte dazu:

„Wir wollen vor allem jungen Wählern den Werdegang des Politikers Franz Josef Strauß, auch wo er mit Korruption zu tun hatte und wo Verfassungsverstöße offen erkennbar sind, bewußt machen und den Mann zeigen, der in einer drohenden Regierung Barzel die Richtlinienkompetenzen haben würde.“ Die Schwerpunkte der Jungsozialisten im Wahlkampf sind: Mitbestimmung, Reform von Bildung und Berufsausbildung, Reform des Bodenrechts und Umweltschutz.

Die zentralen Wahlkampfthemen der Jungdemokraten sind Gleichberechtigung der Frau, Rechtsfragen und Bildungspolitik.

Bei all den progressiven Forderungen, die Jungsozialisten und Jungdemokra-

## Schwarzbuch: Franz Josef Strauß



Herausgegeben von  
W. Roth · Jungsozialisten  
I. Matthäus · Jungdemokraten  
D. Lasse · Die Falken  
W. Haas  
Unter Mitarbeit  
von B. Engelmann

**Franz Josef Strauß hat gegen das  
Schwarzbuch Klage erhoben. Die  
Wahrheit über ihn ist eben nicht  
werbewirksam.**

ten aufstellen, kann nicht übersehen werden, daß es ihnen kaum gelungen ist, günstige Kandidatenplätze für ihre Mitglieder zu gewinnen.

Der Landesrat der Jungdemokraten in Rheinland-Pfalz hat deshalb bereits seine Mitglieder aufgefordert, die FDP nicht zu unterstützen. Auch der Vorsitzende der Jungdemokraten in NRW, Maier, erklärte, er rechne mit einer Drosselung des persönlichen Wahlkampfesinsatzes der Jungdemokraten, nachdem Ingrid Matthäus keinen Listenplatz erhalten hatte.

Auch die Naturfreunde haben sich das Ziel gestellt, die Wahlbeteiligung der Jungwähler zu steigern. Sie wollen die Kandidaten an ihrer Stellung zur Bildungspolitik, insbesondere der Berufsausbildung, zum Jugendarbeitsschutz und zum Jugendhilferecht messen.

Die Naturfreunde sprechen sich nicht für die Wahl einer bestimmten Partei aus. Aber eines ist klar: Eine Wahlhilfe für die CDU/CSU wird es nicht geben. „Eher das Gegenteil.“ Darin stimmen die Naturfreunde mit den anderen demokratischen Jugendverbänden überein: Strauß und Barzel haben der Jugend keine sichere Zukunft zu bieten.

## Kurz notiert

Am 6. Oktober trafen sich im Jugendheim des DGB die Vertreter fortschrittlicher Essener Jugendverbände, die sich am 5. Dezember 1970 zusammenschlossen hatten, um das Auftreten faschistischer Organisationen zu verhindern. In dieser Beratung wurde beschlossen, das Aktionsbündnis neu zu beleben. Zu den bisher beteiligten Organisationen wie DGB-Jugend, SJD Die Falken, Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend und Jungsozialisten sind noch Jungdemokraten, Arbeitskreis Essener Schüler, Marxistischer Studentenbund Spartakus und Sozialdemokratischer Hochschulbund hinzugestoßen. Die Vertreter dieser Organisationen stellten übereinstimmend fest:

1. Die Jugendaktion 5. Dezember hat sich zum Ziel gesetzt, in der Zukunft das Auftreten reaktionärer und faschistischer Organisationen zu verhindern.
2. In der gegenwärtigen Situation wird eine Politik des demokratischen und sozialen Fortschrittes, sowie der Völkerverständigung nicht nur durch faschistische Organisationen wie NPD und Aktion Widerstand, sondern

auch von den reaktionären Kräften in der CDU/CSU um Strauß und Barzel bedroht. Das bedeutet, daß die Jugendaktion 5. Dezember ihre Hauptaufgabe darin sieht, die arbeitende und lernende Jugend über diese Gefahren aufzuklären.

**Gewerkschaftsjugend, SDAJ, Falken, Jungsozialisten, Jungdemokraten, Aktionsgemeinschaft Essener Schüler, MSB Spartakus, SHB.**

*In München wurde am 15. Oktober auf Alfred Kreiselt, einen Wahlhelfer der SPD, ein Mordanschlag verübt. Als Alfred-Kreiselt Wahlkampfmaterial für die SPD verteilte, wurde auf ihn ein Schuß abgefeuert. Dieser Anschlag ist eine Folge der Hetze und Verleumdungen von solchen Leuten wie Strauß, Löwenthal und Springer. Wer im Bayernkurier Brandt mit Hitler vergleicht, gegen Kommunisten und andere Demokraten hetzt, wer die kritische Jugend als Tiere beschimpft, wie es Franz Josef Strauß tut, der trägt die Verantwortung für diesen Mordversuch. Erneut zeigt sich die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes von Kommunisten und Sozialdemokraten und allen anderen demokratischen Kräften gegen rechts.*

*In Kiel rechnete die SDAJ auf einem Stoltenberg-Tribunal mit der*

*jugendfeindlichen Politik der CDU/CSU ab. Der Aufruf zu dem Tribunal wurde von über 200 Jugendvertretern und Funktionären der Gewerkschaftsjugend unterzeichnet. Sie raten ihren Kollegen und Freunden in dem Aufruf, Trennendes beiseite zu schieben und gemeinsame örtliche Aktionen gegen rechts durchzuführen. „Verhindern wir gemeinsam, daß diese Partei ihre Macht zugunsten der Konzernprofite ausdehnt. Entlarven wir gemeinsam die Schrittmacher und Zutreiber dieser Partei in Unternehmerverbänden und Landsmannschaften, in Presse, Funk und Fernsehen.“*

*Der Dortmunder Jugendring hat einen Fragen- und Forderungskatalog an die Bundestagskandidaten erarbeitet. Damit sollen die Jugendlichen auf Versammlungen die Kandidaten ausquetschen: wie sie zur Wehrdienstverweigerung stehen, was sie zur Bildungspolitik zu sagen haben und anderes mehr. Da wird sicher mancher Kandidat arg ins Schwitzen kommen.*

*Die Jugendvertreter der Phönix Gummi-Werke in Hamburg haben sich in einer Erklärung entschieden gegen die Rechtskräfte ausgesprochen. Sie fordern die Hamburger Jugend auf, aktiv zu werden für eine Politik, die den Frieden sichert.*

## Unsere Genossin Angela

Angela Davis  
in der DDR  
begeistert gefeiert

Von Günter Bergner,  
Berlin / DDR

Der Zentralflughafen Berlin-Schönefeld (DDR) war dicht umlagert. 50 000 junge Berliner bereiteten „unserer Genossin Angela Davis“ einen begeisterten Empfang. Ein großer Augenblick für diejenigen, die mit so viel leidenschaftlichem Engagement für die Freilassung Angelas gekämpft hatten. Die

u.a. eine Million Postkarten-Rosen zu Angela ins Gefängnis sandten.

Jubel und Begeisterung begleiteten die tapfere amerikanische Kommunistin durch die ganze DDR. Angelas Reise wurde zu einem wahren Triumphzug des so sichtbar erfolgreichen anti-imperialistischen Kampfes, des proletarischen Internationalismus. Angela: „Die Solidarität der Menschen in der DDR war ein unentbehrlicher Beitrag zu meiner Befreiung.“ Überall, wohin Angela kam, waren Zehntausende auf den Beinen, um der großartigen Vertreterin des anderen Amerika ihre Solidarität zu bekunden.

Besonders beeindruckt zeigte sich Angela von der Herzlichkeit, mit der sie überall begrüßt wurde: „Die enthusiastische Demonstration von Herzlichkeit und Solidarität, die ich im Berliner Friedrichstadtpalast erlebte, konnte meine Gedanken nicht ablenken von meinen Brüdern und Schwestern, die

dieses Erlebnis nicht teilen durften: Unsere Helden des Widerstandes, die in der Hölle amerikanischer Gefängnisse leiden, aber noch immer kämpfen. In Amerika sind wir noch weit von der historischen Situation entfernt, wo solche Helden des Widerstandes, ehemalige politische Gefangene, die Führung der Regierung übernommen haben wie in der DDR.

Hier in der DDR hat die Zukunft schon begonnen. Der Erste Sekretär des ZK der SED, Genosse Erich Honecker, hat ein Jahrzehnt in der Hölle faschistischer Gefängnisse verbracht. Es erfüllt mich mit Stolz, Männer und Frauen im Friedrichstadtpalast begegnet zu sein, unter deren Führung die Lehren Marx', Engels' und Lenins verwirklicht werden.“

Die Berliner möchten Angela wiedersehen und haben sie deshalb – was liegt näher? – zu den X. Weltfestspielen der Jugend und Studenten im Sommer 1973 eingeladen.

## Fittipaldi vorn

Weltmeister im  
schnellsten Sarg  
der Welt

Von Manfred Hönel

Emerson Fittipaldi, ein 25-jähriger Brasilianer, ist Automobil-Weltmeister. Nach 15 Jahren schaffte das mit dem Mann aus Sao Paulo wieder ein Südamerikaner.

Ickx (GB), Stewart und Fittipaldi – das sollte der große Kampf werden.

Es wurde nichts daraus. Stewart verschwand vom Motodrom in Monza noch ehe das Rennen abgewinkt wurde. Als Stewart ging, war er noch ganz bleich vor Schreck. „Ich habe die gefährlichste Sekunde in meiner Rennfahrerlaufbahn erlebt. Meine Kupplung riß kurz nach dem Start. Ich stand praktisch still. Die Wagen am Ende des Feldes erreichten aber bereits 200 km/h, ich mußte fürchten, daß mir jeden Moment mit diesem Tempo einer hinten hinein knallt“, sagte der Brite.

Schon 24 Stunden vor diesem Fittipaldi-Sieg von Monza, der fünfte Grande-Prix-Erfolg des Brasilianers in dieser Saison übrigens, hatte Brasiliens Fußballidol Pele sein WM-Trikot an Fittipaldi übersandt und in einem Telegramm hinzugefügt: „Leite heute mit deinem Sieg die erste von drei Weltmeisterschaften ein, so wie ich.“

Drei Weltmeistertitel. Ob es ihm gelingt, steht auf einem anderen Blatt, Fittipaldi gewann auf einem Lotus.

Die Lotuswagen werden aber auch als schnellste Särge der Welt bezeichnet. Und Doppelweltmeister Graham Hill (GB) charakterisierte das heulende Pistenungetüm einmal so: „Jedesmal, wenn mich mein eigenes Rad überholt, weiß ich, daß ich in einem Lotus sitze.“ Peter Warr, der Lotuschef klopfte in Monza Fittipaldi gönnerhaft auf die Schulter. Fast auf den Tag genau vor





Emerson Fittipaldi aus Brasilien fährt auf Lotus von Sieg zu Sieg in Formel-1-Rennen. Wie lange noch? Denn die Lotus sind die „schnellsten Särge der Welt“. Jochen Rindt, Emersons Vorgänger als Weltmeister, starb in einem Lotus.

zwei Jahren bettete man an dieser Stelle den toten österreichischen Rennfahrer Jochen Rindt in den Sarg. Auf einem Lotus war er in der Parabolica-Kurve in den Tod gerast.

Rindt ist längst vergessen. Der herrlich gepflegte Park von Monza, oft schon Schafott, war an diesem Sonntag Triumphplatz für einen neuen Star unter den Rennfahrern. Wünschen wir Fittipaldi, daß dies für ihn so bleibt. Den Managern ist das

sicher gleich. Lotus macht sein Geschäft immer, ob an der Bahre oder am Siegerpodest. Wenn ein Rennfahrer in den Tod jagt, wird ein neuer an seine Stelle gesetzt.

Emerson Fittipaldi aus Brasilien ist der jüngste Weltmeister auf einem Formel-1-Rennwagen. Das Ziel des Südamerikaners sind drei Weltmeistertitel. Ob er es schafft? Fittipaldi fährt auf Lotus. Und der Lotus ist zerbrechlich.

## Solidarität hilft siegen!

Freunde aus der DRV in der Bundesrepublik

Von Werner Winter

18 Tage lang besuchte eine Delegation aus der Demokratischen Republik Vietnam die Bundesrepublik. Auf zahlreichen Veranstaltungen nutzten Tausende Menschen die Gelegenheit, sich aus erster Hand über die Verbrechen des US-Imperialismus in Indochina zu informieren. Frau Do Thi Nga, Arbeiterin in einem Gießereibetrieb und Mitglied des Hanoi Frauenausschusses, Le Khac, Vorstandsmitglied des Roten Kreuzes der DRV und Nguyen Ngoc Luong, Dozent und Diplom-Germanist, folgten einer Einladung der Hilfsaktion Vietnam und der Initiative Internationale Vietnamsolidarität. Fragen hatten sie auf ihrer Reise viele zu beantworten. Doch am häufigsten wurde ihnen diese gestellt: Wie lange wird der Völkermord der USA noch dauern? Wann endlich zieht Nixon die Truppen ab? Die Prognose der vietnamesischen Freunde war nicht günstig: „Nixon spricht vom guten Willen, aber wir erleben nur eine ungeheure Verstärkung der amerikanischen Bombenangriffe.“ Nachdem durch die weltweiten Protestaktionen die systematische Zerstörung der Dämme und Deiche in Vietnam weitgehend verhindert werden konnte, haben die US-Bomber begonnen, die Bewässerungsanlagen zu zerstören. Millionen von Menschen soll so die Ernährungsgrundlage genommen werden.

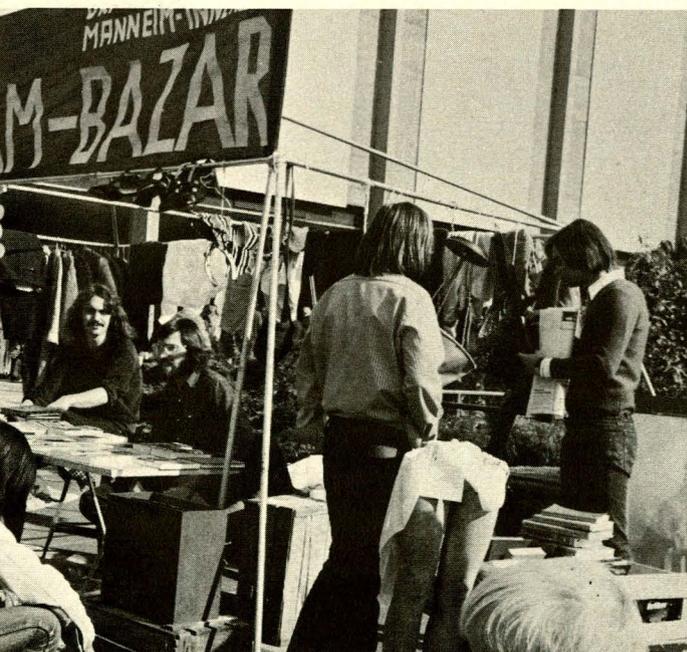
Die vietnamesischen Freunde dankten überall herzlich für die Solidarität und die Hilfe der fortschrittlichen Kräfte in der





Bundesrepublik. Und überall wurde Ihr Dank als Ansporn aufgenommen, diese Solidarität noch zu verstärken. Die USA müssen zur Einstellung ihrer barbarischen Kriegsführung gezwungen werden. Sie müssen ihre Truppen abziehen. Sie müssen in Paris den Willen zu ernsthaften Verhandlungen zeigen. Die realistischen Vorschläge der DRV und der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Süd-Vietnam liegen auf dem Tisch.

Und die materielle Hilfe für das vietnamesische Volk muß verstärkt werden. Vietnam-Basare, Geldsammlungen, Spendenaktionen – Solidarität hilft siegen. Auf einer Solidaritätsveranstaltung in der Marburger Universität kamen 758 DM zusammen. In Oberhausen waren es über 200 DM. In der Hamburger Volvo GmbH haben 67 Lehrlinge und Praktikanten begeistert einen Spendenaufruf aufgenommen. 120 DM kamen bisher zusammen. Das sind nur wenige Beispiele. Jeden Tag gibt es neue. (Unsere Bilder: Die Delegation aus der DRV und ein Vietnam-Basar in Mannheim.)



Voller Einsatz bei der 1. Arbeiterjugend-Olympiade.

## „Auf die Plätze ...“

### 1. Arbeiterjugend-olympiade in Essen

Von Herbert Freitag

„Tante, macht ihr sowas nächstes Jahr wieder?“ Die Frage des achtjährigen Steppke zeigte, daß sogar die Kleinsten begeistert waren von der 1. Arbeiterjugendolympiade in Essen-Vogelheim.

Die Idee war beim Fernsehen gekommen. Olympiade in München. Vogelheimer SDAJler: „Das machen wir auch!“ Milliarden – wie in München – waren natürlich nicht vorhanden. In der Gruppenkasse lag nicht mal ein Hunderter. Trotzdem – ein Sportfest mußte sein.

Sportplatz – bei der Stadt gemietet. Stoppuhr und Meßbänder – ausgeliehen. Hochsprunglatten – eigene Produktion. Siegerurkunden – selbstgemacht. Musik – Agitationswagen der DKP. Schirmherrschaft – Walter Lill und Karl-Heinz Nötzel, Arbeiter und Bundestagskandidaten.

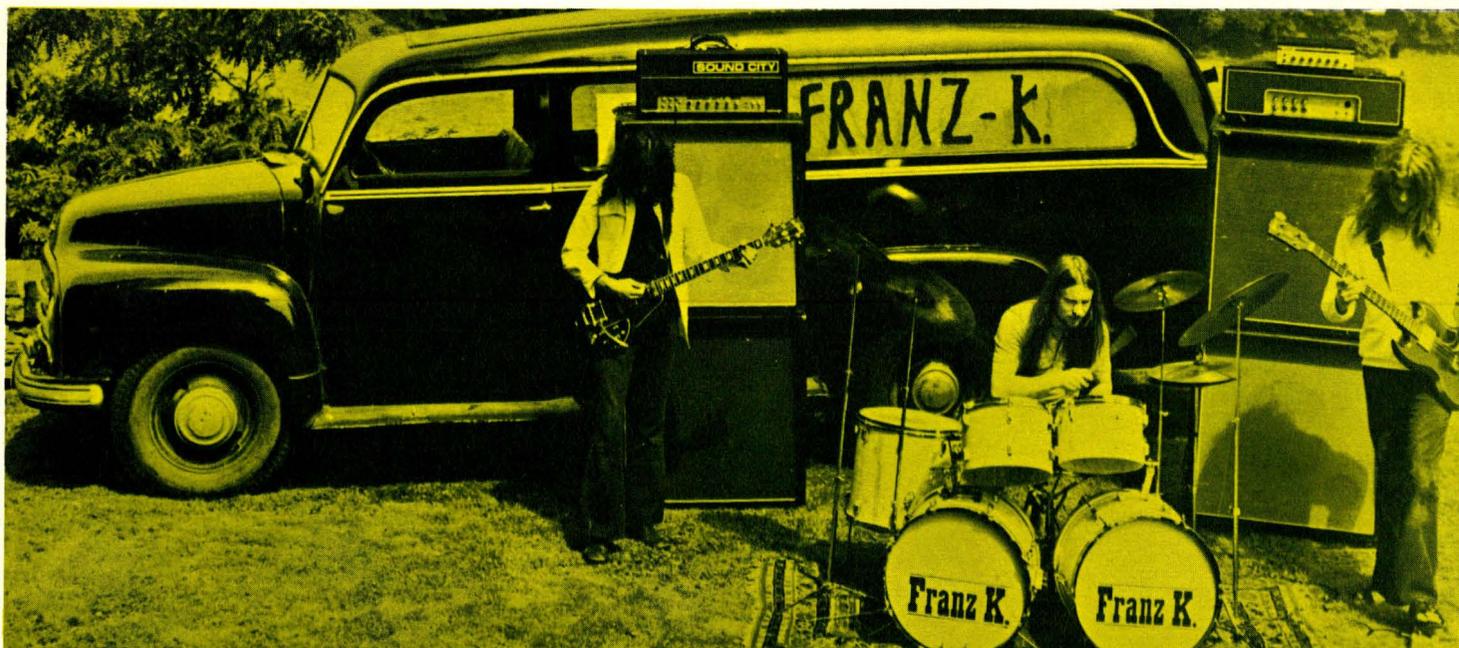
Hochsprung, Weitsprung, Hundertmeterlauf. Die Sieger waren schnell gefunden. Länger dauerte es beim Marathon-Lauf durch das Wohnviertel. Und Höhepunkte waren natürlich zwei Fußballspiele.

Für die Kinder und Jugendlichen aus Vogelheim war endlich einmal etwas los. Sie sind alle unzufrieden mit dem schlechten Sportplatz. Er könnte besser sein, doch das Geld wird in die Rüstung gepulvert. Und die Jungen wären glücklich, wenn sie von der Stadt Essen eine richtige Hockey-Ausrüstung bekämen. Bis jetzt müssen sie sich noch immer mit abgerissenen Ästen und Besenstielen begnügen.



Besuch aus Afrika hatte die Redaktion elan. Adelino Nunez Correia (Guinea Bissao), Alphonso Vandunem (Mozambique) und Armando Panguene (Angola) informierten über den Kampf der Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien. Die Delega-

tion bereist auf Einladung des Weltbundes der Demokratischen Jugend Europa. Die Reise und die damit verbundenen Veranstaltungen und Gespräche sind ein Beitrag zur Vorbereitung der X. Weltfestspiele 1973 in Berlin/DDR.

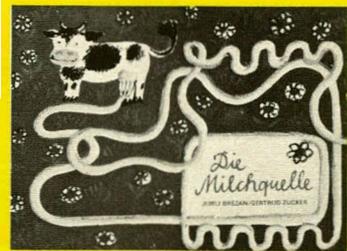


300 Jugendliche besuchten das elan-Pressfest auf der Waldbühne in Wuppertal. Nachdem das schon für den August geplante Fest im wahrsten Sinne des Wortes „ins Wasser“ gefallen war, überraschte Petrus jetzt mit dem schönsten Sonnenschein. Die Gruppen

„Kattong“ und „Franz K.“, die Bonner und die Remscheider Songgruppe machten das Pressefest – von elan gemeinsam mit den Wuppertaler Berufsschul- und Lehrlingszeitungen veranstaltet – zu einem Erfolg.

# Sag mir was du liest\*

## Aus unserem Kinderbuchangebot:



### Die Milchquelle

Aufregend und lehrreich sind die Erlebnisse des Kater Mikesch, der auf die Suche nach der Milchquelle geht. (Lesealter ab Vorschulalter.)  
Preis: DM 4,80

### Abenteuer am Bosphorus

Eine Bildergeschichte über Dig und Dag, die so manches Abenteuer überstehen müssen und so manchmal auch eine „Schlappe“ erleiden müssen.  
Preis: DM 2,80

### Tante Mascha

Tante Mascha, Figur aus der Sowjetunion, ist mittlerweile auch in der BRD sehr bekannt. Ein nettes Geschenk für jeden kleinen Leser (Lesealter ab sechs Jahre)  
Preis: DM 5,80

### Die unsere Welt verändern helfen

Dieses Buch stellt Geschichte in Geschichten dar. Im Mittel-

punkt stehen Ereignisse und Gestalten der letzten 500 Jahre, vornehmlich aus der europäischen Geschichte. (Lesealter ab 11 Jahre.)  
Preis: DM 9,80

### Die verwandelte Sonne

Ein „wissenschaftliches“ Buch für die kleinen Leser ab 10 Jahre. Von Atomen und radioaktiven Strahlen berichten Wissenschaftler für Kinder.  
Preis: DM 11,50



### Der Junge und der Habicht

Die schönsten bulgarischen Märchen sind in diesem Buch zusammengefaßt.  
Preis: DM 5,80



## Aus unserer Taschenbuchreihe:

Wilhelm Schwettmann/  
Ulrich Sander  
**Jugend und Klassenkampf  
oder Antikapitalistische  
Jugendarbeit heute**

Dieses Buch gibt Antwort auf aktuelle Fragen der Arbeiterjugendbewegung.  
Mit Dokumentenanhang  
Preis: DM 7,60



Karl Liebkecht  
**Rekrutenabschied/Militarismus und Antimilitarismus**

Zwei der bedeutendsten Schriften Liebkechts. Sie haben an Bedeutung nicht verloren.  
Preis DM 5,60

Reinhard Junge  
**Barras-Report**

Tagebuch einer Dienstzeit  
Ein aktuelles Buch über die Bundeswehr.  
Mit Dokumentenanhang.

## In Vorbereitung:

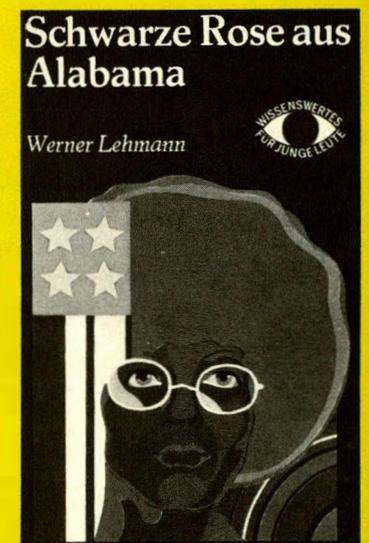
Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung

Erstmals wird hier ein Buch über die Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung von 1900 bis 1945 vorgelegt. Sie sollten dieses wichtige Dokument, das im Frühjahr 1973 erscheint, bereits jetzt bestellen.  
Preis: DM 10,80

## In unserem Vertrieb:

**Schwarze Rose aus Alabama**

Ein Buch über das Leben und den Kampf der amerikanischen Bürgerrechtskämpferin und Kommunistin Angela Davis  
Preis: DM 3,80  
(In diesem Preis ist eine Solidaritätsspende von DM 1,- zur Vorbereitung der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1973 in Berlin, Hauptstadt der DDR enthalten)



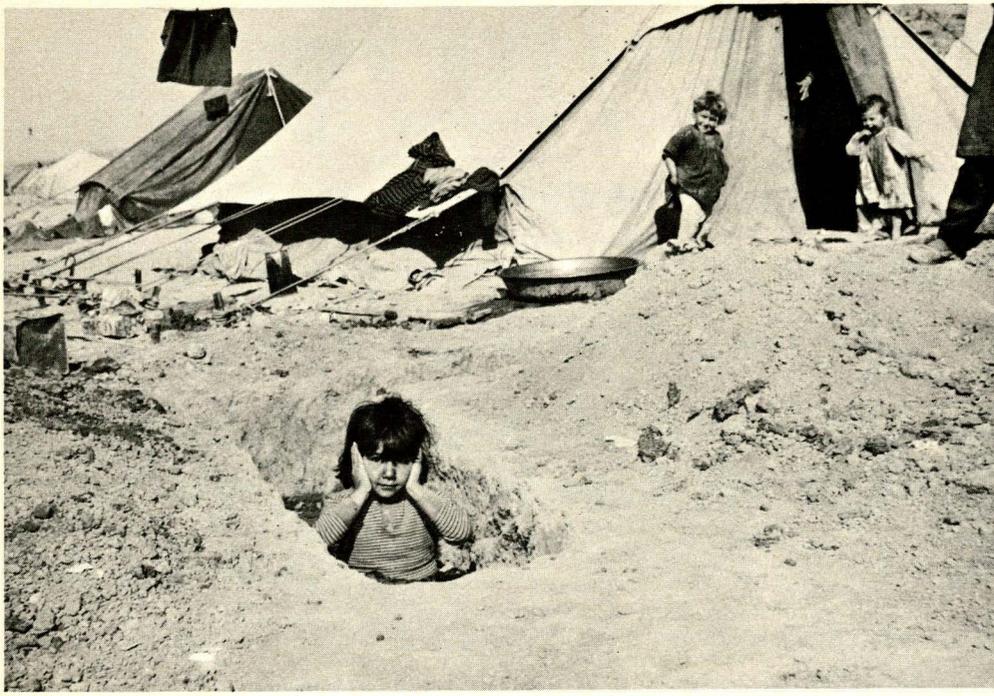
## ★ Bücher aus dem sozialistischen Jugendverlag

Weltkreis-Verlags-GmbH  
46 Dortmund Brüderweg 16  
Tel. 02 31 / 57 20 10

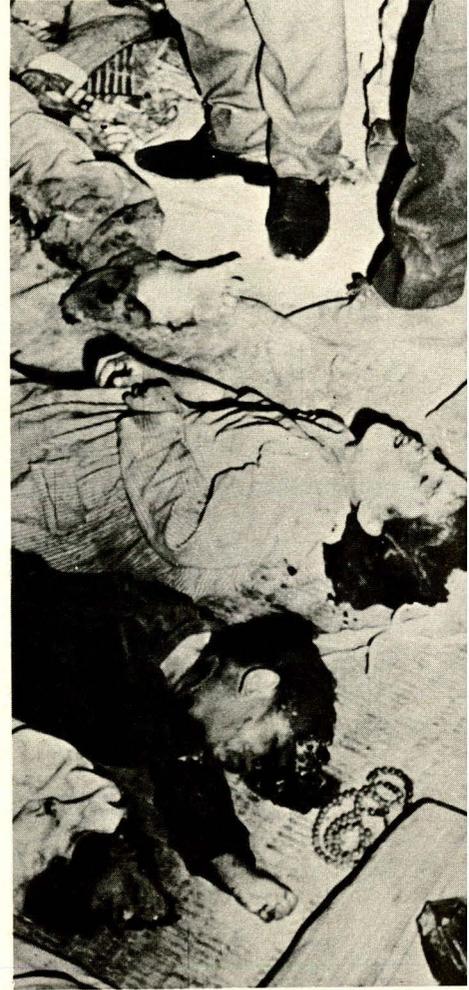
## Über 120 Schallplatten-titel!

Folklore und Revolutionäre Kinder der Welt.  
Wer zu Weihnachten oder auch zu sonstigen Anlässen sich selbst oder anderen eine gute Schallplatte schenken will, der bestelle sofort unseren Schallplatten-Gesamtkatalog.

Weltkreis-Verlags-GmbH  
Abt. Schallplatten



Artillerieangriffe und Bombardierungen mit Napalmbomben lassen an allen israelischen Grenzen und in den besetzten Gebieten ganze Ortschaften in Flammen untergehen. Moshe Dajan: „Wir müssen in der besetzten Gebieten vollendete Tatsachen schaffen.“ (März 1969)  
 Das sind die „Tatsachen“: von Napalm verbrannte Kinder – der US-Völkermord in Indochina stand Pate. Flüchtlingslager im Libanon, Syrien, Jordanien und Ägypten – der ärmste Teil der Palästina-Werktätigen in Erwartung der nächsten israelischen „Vergeltungsaktion“.



Aggressor Israel: 1948 Gründung des Staates Israel. Hunderttausende arabische Familien werden vertrieben. Israelische Terrorgruppen verüben blutige Massaker an Arabern. 1956 überfallen israelische Truppen ohne Kriegserklärung Ägypten. Weltweiter Protest und die UNO erzwingen 1957 den Abzug der Israelis. 1967 startet Israel seinen dritten Aggressionskrieg. Jerusalem, Teile Ägyptens, Syriens und Jordaniens werden erobert, die arabische Bevölkerung zu Hunderttausenden vertrieben. Bis zum heutigen Tag sind israelische Bomben- und Panzerangriffe gegen die arabischen Nachbarstaaten an der Tagesordnung. Trotz mehrfacher Aufforderung durch die UNO wurde kein Quadratmeter der besetzten Gebiete geräumt.

# Das „Verbrechen“ Araber zu sein

Von Peter Bubenberger

Sie sind in die Bundesrepublik gekommen, um hier zu lernen, zu studieren, zu arbeiten. Viele leben schon zehn Jahre und länger unter uns. Bis auf Protokolle wegen falschen Parkens oder Geschwindigkeitsübertretung haben sie sich nichts zu schulden kommen lassen: arabische Studenten, Wissenschaftler, Ingenieure, Arbeiter und Angestellte. Und plötzlich, über Nacht, sind sie auf einmal alle zu Verbrechern geworden. Sie werden in Handschellen gefesselt abgeführt, auf Polizeiwachen verhört, geschlagen. Ihre Wohnungen werden durchsucht, sie werden von ihren Frauen und Kindern getrennt. In einer Großraffia nach der anderen, von Hamburg bis München, werden sie gehetzt wie Kriminelle, bei Nacht und Nebel abgeführt und abgeschoben. Meistens haben sie gerade fünf Minuten Zeit, um ein paar „persönliche Dinge“ zusammenzusuchen. Um einen Rechtsanwalt einzuschalten, bleibt keine Zeit mehr. Das Grundgesetz, das auch sie schützen soll, wird wieder einmal außer Kraft gesetzt. Ihr „Verbrechen“? Erstens: sie sind Araber. Seit dem Mordanschlag einer Handvoll arabischer Terroristen auf die israelische Olympia-Mannschaft am 5. September haben nicht nur Springer-, Bauer- und Burdazeitungen systematisch eine Pogrom- und Rassenhetze gegen die Araber angeheizt. In der Münchner S-Bahn wird der Diplomvolkswirt Musa bespuckt und geschlagen, weil er eine arabische Zeitung liest. Zweitens: Sie treten für die Befreiung der von Israel besetzten arabischen Gebiete ein und fordern damit das gleiche wie der UN-Sicherheitsrat 1967 von den israelischen Aggressoren. Das paßt den Regierenden und Mächtigen von Genscher bis Strauß nicht. Denn im Gegensatz zur DDR hat sich die BRD nicht hinter die Forderungen der UN-Resolution gestellt, weil sie (wie in Vietnam, in Angola und Südafrika) auch im Nahen Osten auf der Seite der Unterdrückten des Freiheitskampfes der Völker steht.

Die Schüsse im Morgenrauen des 5. September im Olympiadorf waren der Startschuß für eine antiarabische Kampagne, deren Ende noch nicht abzusehen ist. Die Zahl der verhafteten und abgeschobenen Opfer wird von den Behörden geheimgehalten. Die Araber und ihre (bis dahin) legalen Organisationen in der BRD, die Generalunion Palästinensischer Studenten (GUPS) und die Generalunion Palästinensischer Arbeiter (GUPA) sowie die Arabische Liga verurteilten den Terrorakt des „Schwarzen September“ aufs schärfste.

Nicht nur seit dem 5. September. In der Vergangenheit hatten führende Mitglieder arabischer Organisationen, besonders Mitglieder der GUPS und GUPA mehrfach in der westdeutschen Öffentlichkeit entschieden gegen Flugzeugentführungen, Geiselnahmen, Bombenanschläge und dergleichen, durchgeführt von Palästinensern auf westdeutschem Boden, Stellung bezogen. Es nützte ihnen überhaupt nichts. Die Bundesbehörden hatten endlich den hochwillkommenen Anlaß gefunden, den „Freunden“ vom israelischen Geheimdienst und der Meir/Dajan-Regierung ihre alte Forderung zu erfüllen: geht mit aller Härte gegen alle vor, die sich gegen die aggressive israelische Politik wenden. GUPS und GUPA wurden verboten, ihre Büros aufgelöst, ihre Mitglieder (oder auch nur die Bekannten der Mitglieder) gehetzt, verhaftet – ausgewiesen. Es geschah, was Israel genau eine Woche vorher von den Bundesbehörden verlangt hatte. „Entwicklungshilfe“ a la BRD.

## Zwei Schicksale oder nur zwei „Fälle“?

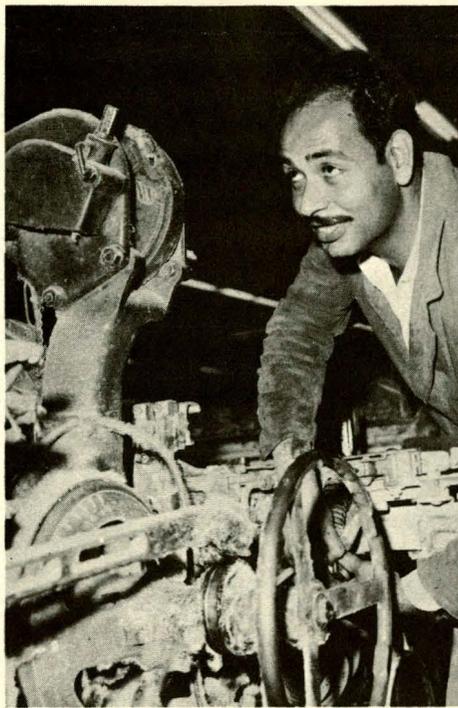
Der Ägypter El Gohary, Dolmetscher und Vermittler in Genschers Münchner Krisenstab vom 5. September – abgeschoben. Er wollte als Augenzeuge die wirklichen Vorgänge von Fürstenfeldbruck in einer Dokumentation enthüllen und klarmachen, daß 15 Menschen auf Golda Meirs, Genschers und Strauß' Befehl gestorben waren...

Helen Abu Hadid, Studentin, transportunfähig wegen einer schweren Unterleibs- und Nierenerkrankung und bettlägerig, mußte sich innerhalb von fünf Minuten anziehen. Als die Anwälte eine eidesstattliche Erklärung von Helen vorlegen, daß die Abschiebung nach Israel ihren sicheren Tod bedeutet, zucken die Polizeigewaltigen die Achseln.

Zwei menschliche Schicksale, typisch für alle anderen, die bekannt wurden, deren Gesamtzahl aber nicht zu ermitteln ist, weil Behörden, Polizei und israelischer Geheimdienst in fast perfekter Zusammenarbeit blitzschnell zuschlagen (und schweigen).

## Was sind GUPS und GUPA?

In beiden Organisationen werden nicht etwa (was nicht einmal die Bundesregierung zu behaupten wagt) Terroristen für ihr Handwerk geschult. Politische Aufklärung über das Palästina-Problem, Flugblätter, Vorträge, Diskussionen, Seminare werden zu diesem Zweck organisiert. Fachliche und sprachliche Nachhilfe für arabi-

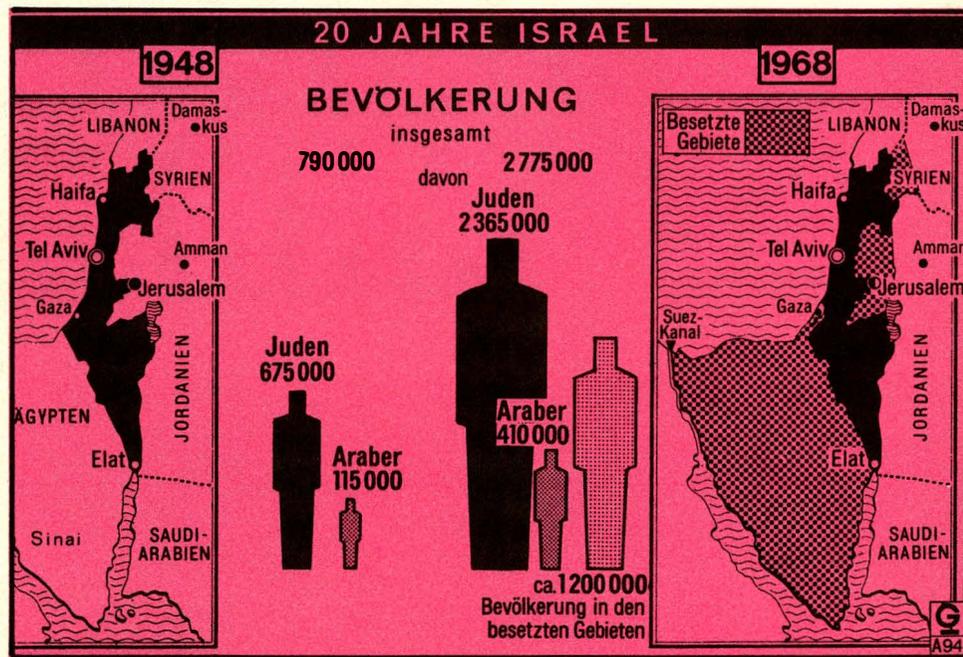


**Erdöl – der Reichtum Palästinas und der arabischen Länder. 80 Prozent Profit vom Verkaufspreis erzielen die ausländischen, vor allem US-amerikanische und englische Gesellschaften. Wer dafür eintritt, daß das „Schwarze Gold“ endlich den arabischen Völkern Nutzen bringt, ist ein „Terrorist“. Wer als Palästinenser im Ausland lernen will, wie man Erdöl fördert und verarbeitet, wird in den imperialistischen Ländern, z.B. der BRD, als „Verbrecher“ verhaftet und abgeschoben.**

sche Studenten und Arbeiter wird gegeben. Spenden für den arabischen „Halbmond“, der unserem „Roten Kreuz“ entspricht, werden gesammelt, Blutspenden für die Opfer des israelischen Bombenterrors durchgeführt.

„Die GUPS (bzw. GUPA) betätigt sich politisch“ – so stand es in entwaffnender Offenheit in der Verbotverfügung von Genschers Innenministerium. Und auch das stimmt. Allerdings für die Interessen des palästinensischen Volkes und gegen die israelischen Besatzer. Eben das ist nun einmal den Israelis ein Dorn im Auge und der verbündeten Bundesrepublik eine Verbotssaktion wert. Kaum waren GUPS und GUPA verboten, forderte die CDU/CSU unumwunden das Verbot von mehr als fünfzig weiteren fortschrittlichen Ausländerorganisationen. Alles, was sich gegen koloniale Herrschaft, Völkermord und faschistische Diktaturen zur Wehr setzt – weg damit!

So kam es, daß alle Araber mit der kleinen Gruppe von Terroristen gleichgesetzt und über Nacht zu Verbrechern erklärt wurden. So kam es, daß alle, ob Palästinenser, fortschrittliche Juden, Kommunisten, Jungdemokraten, Juristen, Schriftsteller, junge Sozialisten und Sozialdemokraten, die mit der Verurteilung des Terrors von München an ihrer grundsätzlichen Unterstützung des berechtigten palästinensischen Kampfes festhielten, in die Nähe von Kriminellen und Terroristen gerückt werden konnten. So kam es, daß Millionen von Bundesbürgern die israelischen „Vergeltungsaktionen“ gegen den Libanon und Syrien für eine „gerechte“ Sache – den Widerstand des palästinensischen Volkes gegen die israelische Fremdherrschaft und Massenvertreibungen „guten Gewissens“ für ein Verbrechen halten können.



**Palästina ist seit ewigen Zeiten arabisches Land. Es blieb in seinem Wesen arabisch trotz 200jähriger Besatzung durch die europäischen Kreuzzüge, trotz 400jähriger türkischer Herrschaft, trotz britischer Kolonialherrschaft und israelischer Besatzung nach dem zweiten Weltkrieg. Die Geschichte des bewaffneten Widerstands gegen Fremdherrschaft und Unterdrückung ist alt und heute so berechtigt wie eh und je.**



Lenin-Allee 1942

Volgograd - 30 Jahre danach

# WO DIE BEFREIUNG BEGANN...

Zum ersten Mal weilte auf Einladung des Komitees der sowjetischen Jugendorganisationen eine Delegation von Jugendjournalisten aus der Bundesrepublik in der Sowjetunion. Wolfgang Bartels, Redakteur des Jugendmagazins elan, Dieter Schmidt, Chef-Redakteur von „ran“, Hermann Schueler, geschäftsführender Redakteur der „Falken“-Zeitschrift „jg aktuell“, Gerhard Selbach, Pressesprecher der Jungdemokraten und Erik Bettermann, Pressesprecher des Deutschen Bundesjugendrings besuchten Moskau, Wolgograd und Baku.

Wie sieht es heute aus in Wolgograd, einer Stadt, die vor 30 Jahren völlig von der faschistischen Wehrmacht zerstört wurde? Was denken die Menschen, wenn sie mit einer Bürger aus der Bundesrepublik zusammentreffen? Wolfgang Bartels berichtet über seine Eindrücke.

Granaten krachen. Dann wieder das Rattern der MG-Schüsse. Die Handgriffe der Arbeiter in der großen Fabrikhalle werden noch schneller. Während ihre uniformierten Kollegen kaum 100 Meter entfernt die Panzer der faschistischen Wehrmacht vor Werksgelände zurückschlagen, fertigen sie in fiebriger Hast Panzer, die berühmte „T 34“. Es ist November im Jahre 1942 im Stalingrader Traktorenwerk – als Hitler zum Überfall auf die Sowjetunion ansetzte wurde hier die Traktorenproduktion umgestellt auf den „T 34“.

Die Schlacht um Stalingrad steht kurz vor der entscheidenden Wende. Die Arbeiter in den Stalingrader Werken geben ihr letztes: Sie sind sich einig mit den Soldaten der Roten Armee: „Keinen Schritt mehr zurück!“ Die Faschisten müssen gestoppt werden! Der brutale Würgegriff gegen das erste sozialistische Land der Erde muß abgewehrt werden. Immer näher kommt der Feind. Arbeiter springen in die gerade fertiggestellten Panzer. Ohne Tarnanstrich den Sowjetstern in größter Eile notdürftig aufgepinselt, eilen sie ihren Kameraden zu Hilfe.

Das „Ding“ ist ein Granat-Splitter, 3 Jahre alt. Es stammt aus der Schlacht um Stalingrad. Der Vormarsch jener Faschisten konnte gestoppt werden und am 19. November 1942 ging die Rote Armee zu entscheidenden Gegenoffensive über. Die faschistischen Einheiten – über 300 000 Mann – wurden eingekesselt und in den bis zum Februar 1943 andauernden Kämpfen geschlagen.

Der Sieg der Roten Armee an der Wolga leitete die grundlegende Wende des zweiten Weltkrieges ein. Er bewies der ganzen Welt, daß der deutsche Faschismus zum Untergang verurteilt war. Es begann die Vertreibung der faschistischen Räuber vom sowjetischen Territorium. Es begann die Befreiung der Völker Europas vom Hitler-Faschismus.



Lenin-Allee 1972

30 Jahre später: Ein verwittertes Stück Eisen, rostig und kantig. Es erinnert mich an meinen Besuch in Wolgograd. Der Chefredakteur der Zeitung „Junger Leninist“ erreichte es mit den Worten: „Ich wünsche mir, daß künftig solche Dinge nur auf diese Weise zwischen unseren Völkern ausgetauscht werden. Es soll uns daran erinnern, daß wir den Frieden brauchen.“



Ihr sind zu Gast bei Wladimir Mysikow vom Gebietskomitee des Komsomol, des kommunistischen Jugendverbandes. Die Begrüßung ist herzlich. 30 Jahre ist es her, daß sich hier in dieser Stadt junge Männer aus Deutschland und aus der Sowjetunion in Schützengräben gegenüberlagen. 20 Millionen sowjetische Menschen mußten den faschistischen Überfall mit ihrem Leben bezahlen.

Wladimirs Stimme ist nicht die geringste Spur von Haß oder Bitterkeit. Er sagt: „Wir wußten stets zu unterscheiden zwischen dem deutschen Großkapital und der deutschen Arbeiterbewegung, die einen heldenhaften Widerstandskampf gegen den Faschismus geführt hat.“

Der Komsomol bereitet sich auf die Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der Schlacht in Stalingrad vor. Wladimir: „Nie wieder darf so etwas geschehen. Wir wollen den Frieden. Das ist sicher auch das Streben der Arbeiterklasse, der Jugend in der Bundesrepublik. Doch gewisse Ereignisse in unserem Land erfüllen uns mit großer Sorge.“

Im Thema Nummer eins bei allen Gesprächen ist der Vertrag zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion. Stellvertretend für alle anderen sei hier die Meinung von Wladimir Mysikow zitiert: „Laßt uns gemeinsam dafür kämpfen, daß dieser Vertrag in allen Bereichen unseres Lebens Wirklichkeit wird. Laßt uns dafür eintreten,

den begonnenen Weg weiterzugehen, für eine baldige Einberufung der europäischen Sicherheitskonferenz und für Frieden in Vietnam. So werden wir – die fortschrittlichen Kräfte dieser Welt – den Frieden sichern, aus dem die Freundschaft zwischen den Völkern erwächst. Die Völker werden stärker sein als alle Kriegstreiber und Rüstungsgewinnler.“



Im Rathaus von Wolgograd, Bürgermeister Michail Solotarjew informiert uns über „seine“ Stadt. 870 000 Einwohner zählt das bedeutende Industriezentrum im Wolga-Land heute. Der Stichwortkatalog des Bürgermeisters ist lang: Wasserkraftwerk, Aluminiumwerk, Traktorenwerk, Motorenbau, Maschinenbau, Werft, Ölverarbeitung, Stahlseile, Kunstdünger, Bauindustrie. Die Pläne für die nächsten Jahre sind umfangreich. Ein großer Freizeitpark, zahlreiche neue Wohnungen, neue Sportanlagen – um nur das wichtigste zu nennen.

Zum Abschied sagte Michail Solotarjew: „Wir haben neun Bruderstädte in aller Welt: Coventry (England), Liege (Belgien), Dijon (Frankreich), Turin (Italien), Port Said (Ägypten), Ostrava (CSSR), Kemi (Finnland), Madras (Indien) und Hiroshima (Japan). Wir wünschen freundschaftliche Beziehungen auch zu den Menschen in der Bundesrepublik. Warum soll unsere zehnte Partnerstadt nicht in der Bundesrepublik liegen?“



Victor Dombrowski, Komsomol-Sekretär im Wolgograder Traktorenwerk, führt uns durch den Betrieb. Täglich entstehen hier 263 Traktoren, die in die ganze Welt geliefert werden. Am meisten interessieren uns Fragen der Berufsausbildung und die

Rechte der Jugendlichen. Der Komsomol und die Gewerkschaft haben hier ein entscheidendes Wort mitzureden. Nichts geschieht ohne sie. Die Berufsausbildung gibt den Jugendlichen das nötige Rüstzeug, um die moderne Technik zu entwickeln und zu bewältigen. Großzügig die Urlaubsregelung. 30 Tage stehen jedem Jugendlichen zu. Die tägliche Arbeitszeit beträgt für sie sechs Stunden. Sie sind nur während der ersten Schicht im Betrieb und dürfen nicht in den Abteilungen mit schweren körperlichen Anforderungen eingesetzt werden. Natürlich berichtet Victor auch über die Geschichte des Werks. Deutlich und mit Nachdruck erklärt er: „Nie mehr wollen wir gezwungen sein, wieder Panzer anstelle von Traktoren zu bauen. Traktoren sind nützlicher.“



Im Stadtmuseum von Wolgograd. Der Museums-Direktor deutet in eine Ecke: „Dort, die Ein-Zentner-Bombe. Sie wurde auf Stalingrad abgeworfen und konnte nicht explodieren.“

Weil antifaschistische deutsche Arbeiter in den Rüstungsbetrieben ihr Leben einsetzten, um das Leben von Millionen zu retten. Weil sie nicht wollten, daß der Krieg auch nur einen Tag länger dauert, bauten sie die Zünder von Bomben gar nicht erst ein und streuten Sand in die Panzergetriebe. Um Menschenleben dadurch auf beiden Seiten der Front zu retten.

Immer noch zeigt der Museums-Direktor auf die Bombe: „Sie wurde von unseren Freunden hergestellt.“ Diese Freunde, klassenbewußte deutsche Arbeiter, gehören zu den Vorbildern der sowjetischen Jugend. Im heldenhaften Widerstandskampf legten sie Grundsteine der Freundschaft zwischen der deutschen und der sowjetischen Arbeiterklasse, gaben Beispiele im Kampf gegen Militarismus und Rüstungskapital.

# Der Strauß des Nordens



Vor einem Jahr tagte zum ersten Mal das Kieler Tribunal der Arbeiterjugend. Damals war die Groß- und Kriegswerft HDW dran. Das Tribunal entlarvte die Werftbosse damals schon: ihre „lieben Mitarbeiter“ sind nur solange lieb, wie sie Spitzenprofite bringen. Wenn nicht – fliegen sie auf die Straße. Diese Feststellung des Tribunals findet heute eine traurige Bestätigung. In Kiel fliegt raus, wer krank ist, das Werk Hamburg-Finkenwerder soll dichtgemacht werden: 2 000 Arbeitsplätze verschwinden. 14.10.1972: Das Tribunal tritt zum zweiten Mal zusammen. Diesmal stand der Fall

Dr. Gerhard Stoltenberg, Ministerpräsident und CDU-Anführer im nördlichsten Bundesland auf der Tagesordnung. Stoltenberg, der sich nicht scheut, durch seine Eingriffe in die Berufsausbildung die Zukunft der Jugend zu gefährden, der sich nicht scheut, durch Numerus clausus und Berufsverbote Schleswig-Holstein in das Bildungsmittelalter zu treiben, der keine Furcht hat, den Frieden zu gefährden – dieser Mann hatte Angst, sich vor der Arbeiterjugend zu verantworten und blieb dem Tribunal trotz Vorladung fern.

Gekommen sind aber 900 Jugendliche, um

das Tribunal wie auch die Flöhe mit ihrem neuen Programm „Lucky Streik“ zu erleben. 19.15 Uhr. Die Ankläger haben das Wort. Stoltenberg wird angeklagt als Krupp-Direktor, Bundesminister, Bundestagsabgeordneter und Ministerpräsident mitverantwortlich zu sein für die Misere in der Berufsausbildung. Eine junge Lehrerin, betroffen vom Berufsverbot, klagt Stoltenberg und seine CDU an, die schleswig-holsteinische Schul- und Hochschulkatastrophe verschuldet zu haben. Ein Jungarbeiter von der HDW beweist, daß ein Zusammenhang zwischen der Kriegsproduktion auf dieser Werft, in der kruppeigenen Maschinenfabrik Atlas Kiel und der Stoltenberg Regierung besteht. Dafür wurde der „eiskalte Schwarze aus dem Norden“ genauso unter Anklage gestellt wie für die Unterstützung revanchistischer Vertriebenenverbände und seine friedensgefährdenden Versuche, die Ostverträge auszuhöhlen.

Die Beweislast war erdrückend, das Urteil klar: schuldig in allen Punkten der Anklage. Werner Braun, Bundestagskandidat der DKP und Landesvorsitzender der SDAJ, stellte abschließend fest: Das Urteil der Arbeiterjugend wird dann vollstreckt werden, wenn noch mehr Jugendliche als bisher sich dem Aufruf der jungen Flensburger Werftarbeiter und Jugendvertreter „Arbeiterjugend kontra Stoltenberg und CDU“ anschließen. Über 400 Jugendfunktionäre haben ihn bereits unterschrieben und Stoltenberg ganz schön ins Schwitzen gebracht. Die Jugendausschüsse gegen die CDU tun ihm weh.

Zum Abschluß des Tribunals setzten die „Flöhe“ aus Köln die Abrechnung mit den Bossen, ihrer CDU und ihren Meinungsmachern in Presse und Fernsehen mit musikalischen Mitteln fort. „Lucky Streik“ – das sind Töne nach den Noten der Arbeiterjugend, mit denen das Flötenspiel der Rattenfänger Strauß, Barzel und Stoltenberg zum Erschleichen von Jungwählerstimmen entzaubert wird.

**Heino Hoffmann**



**Hauptattraktion und Mittelpunkt eines Autokorsos durch Kiel: Stoltenberg als überlebensgroße Puppe lädt die Jugend zum Stoltenberg-Tribunal ein. Er selbst kniff allerdings vor den Fragen und Anklagen der Jugend.**

# „Ihr Sieg ist unser Sieg“



15. Oktober. Weltweiter Solidaritätstag für das kämpfende vietnamesische Volk gegen die US-Aggression.

In Hamburg (Bild oben) wurden nach der Demonstration 31 SDAJler verabschiedet,

die per Bus nach Paris reisten und dort aktiv dabei waren, als 100 000 gegen den US-Terror und für den Sieg des vietnamesischen Volkes zum Platz der Bastille zogen. Aus Anlaß des internationalen Vietnamtages tagte in Paris eine Solidaritätskonfe-

renz mit Vertretern von Jugendverbänden aus 26 Staaten. Aus der Bundesrepublik nahmen die SDAJ, der MSB Spartakus und der VDS teil. Einmütig beschlossen die Konferenzteilnehmer einen „Appell an die Jugend Europas“. Darin heißt es:

„Jugendliche und Studenten Europas! Verurteilen wir überall und mit allen Mitteln den Imperialismus, verstärken wir die politisch-moralische Unterstützung, die materielle Solidarität für die Völker Indochinas. Wir rufen Euch auf, in den gegenwärtigen und neuen Kampagnen große Solidaritätssammlungen zu organisieren und vielfache nationale und internationale Aktionen und Manifestationen durchzuführen, damit die gerechte Sache der Völker Indochinas triumphiert. Wir rufen Euch besonders auf, den 20. Dezember zu einem großen Aktionstag zu gestalten, an

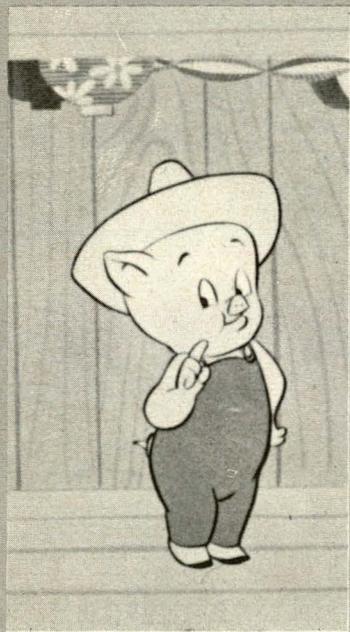
dem in allen bedeutenden Häfen Europas anläßlich der Fahrt des Solidaritätsschiffes nach Indochina der Stockholmer Vietnam-Konferenz machtvolle Solidaritätsdemonstrationen stattfinden. Es ist keine Minute zu verlieren. Nixon wird die vereinte Stimme der Jugend zu hören bekommen: Schluß mit der Aggression und mit dem barbarischen Krieg, Rückzug der US-Truppen, Frieden, Unabhängigkeit und Freiheit für Indochina. Der Kampf der Völker Vietnams, Laos' und Kambodschas ist unser Kampf. Ihr Sieg wird unser Sieg sein.“



# ★ FILM ★ FERNSEHEN ★ BÜCHER ★

## „Wo bleibt der dicke, fette Hahn...“

Bis montags um 18.34 Uhr ist für die Redaktion die Welt in Ordnung. Ab 18.35 Uhr ist der Ofen aus. Die Termine haben Pause und die Schreibtische können sich entspannen. Denn



dann kommt Schweinchen Dick mit seinen munteren Kumpansen. Die ewigen Widersacher bekriegen sich auf's heftigste, schmeißen mit Bomben jeden Kalibers, stürzen sich gegenseitig in tiefe Abgründe und andere unangenehme Dinge.

Die Redaktion aber stürzt sich auf den Fernsehapparat. („Wer hat an dem Apparat gespielt! Ist ja nur Schnee drin! Und gleich geht es los!!!“) Unglückselige Redaktionsmitglieder, die irgendwelche lächerliche Begründungen vorschützen, werden kurzerhand verschleppt. Das geht auch gar nicht anders. Sonst könnten sie ja bis zum nächsten Montag nicht mitreden. (Was das Reden betrifft: über Schweinchen Dick darf man diskutieren, aber nicht

dagegen. Das ist gefährlich. Leser, die protestieren wollen, machen das also besser schriftlich oder bringen Verstärkung mit.)

Aber weiter. Die Redaktion ist vor dem Allerheiligsten versammelt. Große Spannung: was kommt heute abend? Und da erscheint auch schon Bunny, der lustige Hase. Stop. Hier geht es bereits los. Heftige Meinungsverschiedenheiten. „Was schon wieder Bunny. Dieser blöde Hase kommt ja dauernd! Wo bleiben denn die anderen netten Tiere? Vor allem der dicke Hahn, Vögelchen Tweety, Karl der Koyote und Roadrunner? “ Da haben wir's. Ich finde den Hasen ja ganz nett, wie er immer so listig seine Widersacher hereinlegt. Und sich manchmal selbst in seinen Fallstricken fängt. Aber die anderen – die finden Bunny zynisch und gemein. Er habe einen überaus häßlichen und hinterhältigen Charakter! Was sagt ihr dazu?

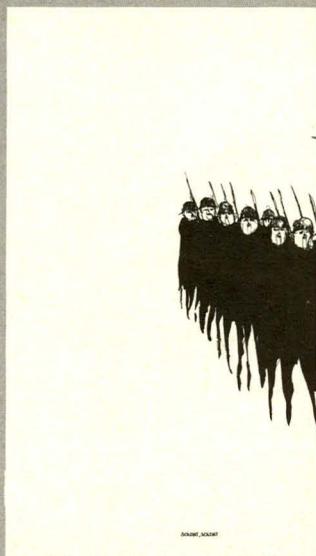
Wolfgang Bartels ist ja mehr für Roadrunner. „Ist doch Klasse, wie der mit Überschallgeschwindigkeit unter der Grasnarbe wegfegt.“ „Überhaupt, wo die immer den ganzen Sprengstoff herhaben. Die brauchen nur die Hand auszustrecken und schon haben sie eine geballte Ladung. (Nur ein Glück, daß das in der Redaktion nicht so ist!) Und die Luntens brennen sogar unter Wasser!“

Manchmal schweben auch Bedenken durch den Raum. „Aber wie wirkt die Sendung auf Kinder? Wird nicht die Gewalt total verharmlost? Die Tiere stehen doch nach den schlimmsten Dynamitattacken immer wieder heil da. Und die Show geht weiter.“

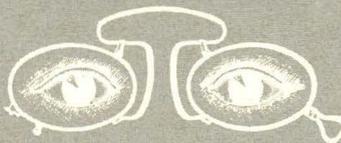
Wenn alles zu Ende ist, ist die Redaktion wieder ansprechbar. Und so geht es wohl nicht nur uns, sondern Millionen – ob jung, ob alt. Wir verfolgen auch mit Interesse die Leserbriefe zu Schweinchen Dick und was Psychologen zu diesem Thema von sich geben. Einmal haben wir einen Leserbrief diskutiert, in dem Schweinchen Dick als faschistoid eingestuft wurde. Bei allen Problemen, die es sicher bei dieser Sendung gibt, finden wir das doch übertrieben. Und was meint ihr?

Die Verantwortung für das Überleben des vietnamesischen Volkes in seinem Kampf gegen die mörderische US-Strategie, Menschen und Erde zu verbrennen und schließlich noch zu ertränken, verbleibt also bei denen, die erkannt haben, daß dieser Krieg nicht nur gegen dieses Volk, sondern gegen alle friedliebenden Kräfte dieser Welt geführt wird.

Jene Künstler, die einige ihrer Arbeiten zur Verfügung stellen wollen, sollten sie der Hilfsaktion Vietnam oder der Initiative Internationale Vietnam-Solidarität zum Verkauf an Info-Ständen etc. überlassen. gez. Gertrude Degenhardt, Mainz-Gonsenheim



## BÜCHER KISTE



### Schwarze Rose aus Alabama

Werner Lehmann

WISSENSWERTES FÜR JUNGE LEUTE



## Franz Josef Degenhardt



Dies Buch ist ein Beitrag zu den X. Weltfestspielen 1973 in Berlin (DDR), und das in doppeltem Sinn: Einmal geht von dem verkauften Exemplar 1 DM auf das Festival-Konto zum anderen handelt es sich um einen prominenten Festgast: von Angela Davis. In kurzen Szenen skizziert Werner Lehmann den Verlauf des Prozesses und seine Hintergründe. Es ist kein trockener Prozessbericht, sondern eine fesselnde Story über den Kampf gegen die internationale Solidarität.

Schwarze Rose aus Alabama 3,80 DM, Vertrieb für die BRD Weltkreisverlag, Dortmund

In der Edition Text und Kritik ist jetzt ein Buch mit Degenhardt



Gertrude Degenhardts Engagement für den Frieden in Vietnam und ihre Aufforderung zur Solidarität an die Künstler sind nicht nur theoretisch, sondern haben praktischen Hintergrund: Wir sind ihr sehr dankbar, daß sie den neben gezeigten Antikriegsdruck der Hilfsaktion Vietnam und der Initiative Internationale Vietnam-Solidarität in unbeschränkter Auflage geschenkt hat. Der Druck wird inzwischen für den Verkauf in Aktionen und für Einzelbestellungen in der ganzen BRD vertrieben. Bezugsquelle: Initiative Internationale Vietnam-Solidarität, 6 Frankfurt, Eichwaldstr. 32; Preis: 5,- DM oder eine höhere Spende für Vietnam.

ard-Texten herausgekommen. Die Auswahl reicht von 1964 bis 1972, von den „Schmuddelindern“ bis hin zu „Mutter Mathilde“. Am Anfang wird Degenhardt von allen Seiten betachtet: wie er dichtet, warum er dichtet, für wen er seine Texte macht... Ein Buch für Degenhardt-Fans und solche, die es werden wollen.

ranz Josef Degenhardt, Edition Text u. Kritik, 166 Seiten

Verden Mädchen in unseren Schulen benachteiligt? Mit dieser Frage beschäftigt sich Maria Borris in dem vorliegenden Buch. Dabei bleibt sie nicht in einer Beschreibung der Lage der Mädchen stecken, sondern sie weist nach, daß unser gesamtes Schulsystem auf Chancengleichheit beruht, wobei die Mädchen dann noch besonders hinten an stehen. Und so kommt Maria Borris zu dem Schluß, daß unser gesamtes Schulsystem überholt werden muß, das Hauptschüler auf „volkstümliche, praktische Bildung“, Realschüler auf „praktisch-theoretische Bildung“ und Mädchen überall auf „Fraulichkeit“ trimmt.

Die Benachteiligung der Mädchen in Schulen der Bundesrepublik und West-Berlin, Maria Borris, Europäische Verlagsanstalt, 159 Seiten.

## Die liebe Familie

Selten wurde dem kinolustigen deutschen Publikum ein Film mit so viel Reklameaufwand ans Herz gelegt wie Ford Coppolas Mafia-Film „Der Pate“ (nach dem gleichnamigen

Bestsellerroman von Mario Puzo). Und das mit gutem Grund: Wird doch dieser Film die Kassenrekorde der ewigen Besten der Leinwand wie „Vom Winde verweht“ u.a. spielend brechen.

Drei Stunden lang nimmt der Zuschauer teil am trauten Familienleben der Corleone, einer der fünf Mafiafamilien von New York:

Nach dem Ende des zweiten



Weltkrieges ist Don Vito, das Oberhaupt der Familie (hervorragend gespielt von Marlon Brando), bestrebt, seine Machtposition in New York weiter auszubauen. Der eigentliche Held der Story, Michael (Al Pacino), jüngstes männliches Mitglied und zart besetzter Intellektueller, wird aus dem Machtkampf der Mafiosi herausgehalten und erst durch ein Attentat auf seinen Vater und die Ermordung seines Bruders gezwungen, die Geschäfte zu übernehmen. Er entwickelt sich schnell zum skrupellosen und brutalen Gangster. Alle Widersacher und jeden Verrat überwindend ist er am Ende anerkannter „Don“ (Oberhaupt) der Familie und Herrscher über ein neues stärkeres Imperium von Gewalt und Verbrechen.

Regisseur Coppola hat eine handwerklich und technisch brillante Mischung aus Familienidylle und Verbrechen serviert, die permanent in Atem hält.

Trotzdem kann man aus diesem Film nur mit gemischten Gefühlen herausgehen. Denn alles Geschehen entwickelt sich aus der Sicht der Corleone. Der Zuschauer wird unmerklich hineingezogen in die anheimelnde Familienatmosphäre. Selbst heimtückischer Mord ist plötzlich nicht mehr als eine alltägliche Angelegenheit im Geschäftsleben. Obendrein tut der Film so, als träfe es allemal nur die Richtigen, nämlich wieder Gangster. Nichts wird erwähnt von den anderen „zivilen“ Opfern, die den Killern zufällig im Wege waren, wenn es zum Beispiel jemand wagte, vor Gericht gegen Mafiamitglieder auszusagen.

Und so wird auch mit zynischer Selbstverständlichkeit die Verbindung der Mafiabosse zu Politikern, Polizisten, anderen Geschäftsleuten und der Presse geschildert. Nirgendwo ist in dem Film der Versuch gemacht aufzuklären, die Verbindung von Maschinenpistole und Politik als Garant der Macht zu demaskieren oder Protest zu erregen. Statt dessen werden patriarchalische und autoritäre Strukturen ver glorifiziert und faschistoides Gedankengut an den Mann gebracht.

Reinhard Vedder

# ★ FILM ★ FERNSEHEN ★ BÜCHER ★

elan hat aufgerufen: Macht Lieder und Gedichte zum X. Festival der Jugend und Studenten 1973 in Berlin. In der letzten Ausgabe haben wir den Beitrag der Bonner Songgruppe vorgestellt. Hier ist ein Gedicht von Peter Schütt.

## OKTOBERTAG

PETER SCHÜTT

Oktober tag. Früh stehen wir vor dem Werkstor und frösteln. „Vietnam, was geht mich das an!“ heißt es oder „Quatsch: Solidarität!“ Nur einer macht uns Mut. War 1950 dabei, erzählt er und drückt uns im Weitergehen ein Geldstück in die Hand: „Das ist für Euer Festival!“

Oktober tag. Ein rauchiger Morgen in Vietnam. Abseits von zerbombten Straßen, durch Kraterlandschaften und tote Wälder bringen die Genossen den Napalmverletzten erste Hilfe. Auf den Verbandskisten kyrillische Buchstaben. Subbotnik der sowjetischen Komsomolzen zur Vorbereitung der Weltfestspiele.

Oktober tag. In Chile wird es Frühling. Mit der ersten Straßenbahn rattert Salvador durch die menschenleeren Vorstädte von Santiago. In der Kuperhütte fahren sie eine Sonderschicht. Er ist dabei, für die Volksfront, und weil das Festivalkomitee dazu aufgerufen hat.

Oktober tag. In Berlin feiern sie den Geburtstag der Republik. Erika kann vor Aufregung nicht schlafen. Vor dem Morgengrauen paukt sie bulgarische Vokabeln. Morgen macht sie, ein ganzes Jahr früher, ihr Dolmetscherdiplom: nächstes Jahr betreut sie eine Gruppe aus Sofia.

Oktober tag. Lang haben die Vertreter der Jugendverbände heut nacht diskutiert. Ein Lehrling hat erklärt, was er unter Solidarität versteht: Vom Betrieb hat er gesprochen, über Vietnam, und Angela Davis hat er genannt. Dann haben sie einen Ausschuß gewählt, und früh war ein Flugblatt fertig, daran haben viele Köpfe mitgeschrieben: Auf zu den X. Weltfestspielen nach Berlin!

## Pop aus dem Leichenwagen – Franz K.



Wenn ein Leichenwagen vorfährt, nicht gleich erschrecken! Es braucht niemand gestorben zu sein. Es kann ebenso gut Franz K. sein, quicklebendige Pop-Gruppe aus Witten. Dazu gehören: Mick Hannes – Gitarre, Peter Josefus – Baß, Gesang und Stefan Josefus – Schlagzeug.

In dem Leichenwagen fährt Franz K. seine Musik von Konzert zu Konzert. Seit Ende 69 besteht die Gruppe. Ihren Durchbruch erlebte sie auf der „URBS 71“ in Wuppertal. Dort wurden gesellschaftspolitische Themen und Inhalte von den Gruppen gefordert und Franz K. lieferte etwas: den „Sensemann“, und hatte damit einen Riesenerfolg.

Ihr Thema ist die Kriegsdienstverweigerung, denn da kennen sie sich aus. Sie haben alle drei verweigert. Aber sie befassen sich in ihren Texten auch mit den Problemen der Lehrlinge im Betrieb.

Franz K. gehört zu den ersten Gruppen, die anfangen, Texte in deutscher Sprache zu machen. Warum? Dazu meint Stefan Josefus: „Rock-Musik ist die Musik der Lehrlinge und jungen Arbeiter. Darum meinen wir, daß wir auch ihre Probleme anpacken müssen. Viele den-

ken, deutsche Texte kämen beim Publikum nicht an. Wir haben das Gegenteil erfahren. Unsere Zuhörer waren stets daran interessiert, neben guter Musik auch gute Texte zu hören. Natürlich darf man das nicht übertreiben. Die meisten kommen zu den Veranstaltungen, um Musik zu hören. Deshalb haben wir z.B. beim Sensemann eine sehr lange instrumentale Einleitung, in der wir das Thema des Liedes (Rolle der Armee) musikalisch vorwegnehmen. Erst einmal wollen wir mit der Musik überzeugen. Beim Text tritt dann die Musik zurück. Außerdem erklären wir vorher immer, was wir mit den Liedern und der Musik ausdrücken wollen. Damit sind wir stets gut gefahren. Nach den Konzerten verteilen wir unsere Texte und Material zur Kriegsdienstverweigerung. Wir treten gern in Jugendgruppen auf und diskutieren dort. Deshalb lassen wir uns auch nicht über eine Agentur vermitteln, das machen wir selbst. Dann wird es für die Gruppen nicht so teuer.“

*Also, falls ihr euch interessiert, hier die Adresse:*

*Stefan Josefus, 581 Witten, Postfach 1442, Tel. 0 23 02 / 5 63 67*

FRANZ K.:

## PETERLEB

*Er sagt, ich soll kommen  
Der Bund – voller Stolz  
Ich soll mich doch wehren  
Beschützen Hof und Haus  
Und soll doch verzichten  
Auf ein Jahr meines Lebens  
Und dafür genießen  
Kameradschaft und Ehr!*

*Peter Rekrut zog in die Kaserne  
Sauer und nicht gern  
Die Haare viel kürzer  
Der Beruf allzu fern  
Die Freundin von dannen  
Keine Feten und Freunde  
Nur Brüder der Waffe  
Treu, still und gehorsam  
Für jedermann  
Der reden kann, der befehlen kann  
Ja, für den Mann, der reden kann!*

*Der Führer sagt, Rüstung ist wichtig.  
Dabei fehlt es an Schulen  
Der ruft: Schutz und Sicherheit  
Ruhe ist richtig  
Und Ordnung erst recht  
Der redet vom Glück  
Ich seh nur Bedrängte  
Der schwärmt vom Frieden  
Dann seht Euch mal um  
Wo der Friede nur ist.*

*Denn Friede und Glück  
Das erkannte Peter, Gefreiter  
Ist mehr als nur Zeit ohne Bomben  
So sah er keinen Sinn mehr in der Armee  
Sah dafür Militaristen, im täglichen Drill  
Sah eine Gefahr  
Vom kalten zum heißen Krieg, durch die vielen Haubitzen  
Und fragte sich ohne Pause, wem nützt denn diese Armee  
Wer hat Interesse an solcher Gewalt  
Wer verdient denn an der Rüstung?  
Und er sah, daß nicht Soldaten Sicherheit garantieren  
Daß nur Männer ohne Gewalt  
Den Völkern wirkliches Glück bringen  
Und so haut er ab, und so schießt er auf die Armee  
Und so haut er ab, und er ist glücklich  
Haut ab und ist glücklich und frei!*

*Man kann nicht die Kriegsgefahr  
Durch Rüstung entfernen.  
Der Gang zu den Waffen  
Ist der Anfang vom Ende.  
Das läßt uns verhindern  
Es ist an der Zeit  
Drum laßt uns jetzt handeln  
Es ist an der Zeit.*

## Übrigens

Die Ulmer Songgruppe ist im Moment noch im Aufbau begriffen. Es fehlt an Leuten und Instrumenten. Sie hatte bisher noch keinen Auftritt, außer mit Karlsruhe und Stuttgart zusammen als „Songgruppe Baden-Württemberg“ im Kulturpalast in Dresden. Kontaktadresse: Reinhold Bertz, 29 Ulm, Haselbühl 36.



KZ-Lieder (Lieder aus deutschen KZ in Polen), gesammelt von Alex Kulisiewicz, herausgegeben und bearbeitet von Carsten Linde. Diese Publikation enthält neun Lieder mit erläuternden Kommentaren aus dem Archiv von Kulisiewicz, Notenanhang, einem Bericht über Kulisiewicz, Fotos, Grafiken von polnischen Künstlern, aus dem KZ geschmuggelte Fragmente, Grafiken der Künstlerin Gertrude Degenhardt und eine ausführliche Bibliographie zur Thematik. Dieses Buch erscheint als bibliophile Ausgabe in einer Auflage von 200 Exemplaren. Es ist eine deutsche Erstausgabe, hat 56 Seiten, kostet DM 4,- und erscheint im Oktober im Verlag „Wendepunkt“, 2 359 Sievershütten, Im Busch 1



Karel Gott wird zu Ehren des Tschechoslowakischen Jugendverbandes alle Einkünfte aus seinen diesjährigen Inlandskonzerten den SOS-Kinderdörfern zur Verfügung stellen. Dieser Beitrag ist Teil zahlreicher Aktivitäten zur Vorbereitung des ersten Kongresses des tschechoslowakischen Jugendverbandes, der in diesem Jahr stattfand.



Vanessa Redgrave darf nicht in die USA einreisen! Grund: Sie ist politisch links orientiert. Im US-Staat Montana sollte ein Film mit Vanessa Redgrave gedreht werden. Jetzt müssen die Außenaufnahmen in Kanada gemacht werden.



In Kehl wurde eine neue Songgruppe der SDAJ gegründet: Die Rot“Kehl“chen. Ihr erster Auftritt mit Liedern anderer Songgruppen, Arbeiterliedern und zwei eigenen Schöpfungen war sehr ermutigend. Die Rot“Kehl“chen werden voraussichtlich zusammen mit F. J. Degenhardt und anderen Songgruppen in Mannheim auftreten.

Kontaktadresse: Engelbert Faißt, 7640 Kehl, Rheinstr. 45.

# Leserforum

## Immer aktuell

Ich bewundere, daß Ihr als Monatsmagazin so aktuell sein könnt. Die Aufmachung von elan finde ich prima. Ich glaube, daß man bei entsprechender Aktivität viele Leser gewinnen kann. Das zeigen auch eigene Erfahrungen. Ein Tip als Leser: Vielleicht könnt Ihr das Problem Familie-Ehe-Sexualität noch etwas stärker behandeln. Ich glaube hier liegt ein großes Interesse vieler Jugendlicher. Gerade ein sozialistisches Jugendmagazin sollte hier eine Alternative zum Sexrummel und Familien-Idyllen-Klischee der bürgerlichen Publikationsorgane anbieten. Sonst: Macht weiter so!

**Ulf Stuberger,**  
Karlsruhe

## Helft Vietnam

700,- DM für ein vietnamesisches Kinderkrankenhaus sam-

melten Schweinfurter Jugendliche mit Hilfe von Sammelbüchsen, die man ausgeliehen hatte. Im Rahmen der vom SDAJ-Bundesvorstand angeregten Sammlung „100 000 DM für ein Kinderkrankenhaus in Vietnam“ wurden Christen, Kriegsdienstverweigerer und SDAJler aktiv, um noch am selben Abend den ansehnlichen Betrag auszählen und überweisen zu können.

**Günter Wetzell**  
Schweinfurt

Am Samstag, dem 1. Juli 1972 fand in Herborn, im Dillkreis, ein Flohmarkt statt. Dies nehmen sich jedesmal die Herborner zum Anlaß, um verstaubte und alte Sachen an Interessierte zu verkaufen.

So auch am 1. Juli die SOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERJUGEND (SDAJ), Gruppe Dillenburg. Die SDAJler nahmen ihre verstaubten Sachen, die man vorher zusammengetragen und gesammelt hatte, und verkauften. Der Erlös war für ein Kinderkranken-

kenhaus in Hanoi bestimmt. Dabei verteilten sie an die Passanten ein Flugblatt, in dem darauf hingewiesen wurde, daß Flohmärkte bis vor kurzem in Vietnam an der Tagesordnung standen, aber durch Bombardements diese Sitte nicht mehr praktiziert werden kann; in welchem weiterhin auf die Greuelthaten der US-Aggressoren in Indochina hingewiesen wurde und in dem einige Beispiele solcher Greuelthaten aufgezählt sind. Des weiteren wurde in dem Flugblatt auf den Verwendungszweck des zusammengekommenen Geldes hingewiesen.

So kam denn am Schluß des Flohmarktes ein Betrag von über 284,- DM zusammen, der auf das Vietnam-Konto überwiesen wurde.

**Peter Ballatz,**  
Dillenburg

## elan-Analyse

Als hin-und-wieder-Leser Eurer Jugendzeitschrift habe ich den Vorschlag gemacht, im

Deutschunterricht eine Zeilungsanalyse vorzunehmen. Dabei soll elan mit den Blättern Sounds, Bravo etc. der Barzel, Strauß, Springer, Horten und Konsorten, die die Jugend dumm halten wollen, verglichen werden. Dazu benötigen wir jedoch 20 elan-Hefte einer Ausgabe. Würdet Ihr sie uns kostenlos zusenden? Wir bedanken uns schon jetzt ganz herzlich.

**Rolf Warneke,**  
Brinkum

## „Beruhigungsblättchen“

Einerseits bezeichnet Ihr Euer Heft 9/72 als ein sozialistisches Jugendmagazin, andererseits propagiert ihr die olympische Idee und mit ihr den Leistungssport. Eine Schizophrenie größten Ausmasses! Befürwortet Ihr doch einen Pseudo-Treffpunkt der Völker zum Zwecke der Befestigung bestehender Herrschaftsstrukturen und zum Wohle aller

## „Wahlen sind kein Abzählvers“

Es geht um jede Stimme: So schallt es im Gleichklang aus dem offiziellen Bonn. Viele schließen sich dieser Meinung an. Sie häufeln im Geiste Stimmen für oder gegen Brandt, für oder gegen Strauß. Dabei wollen sie keine Stimme wegwerfen. Also verdrängen sie jede andere Möglichkeit, konkret die DKP. So las man es ja auch in einem Leserbrief des elan-Oktoberheftes.

Gegen diese Auffassung, die sehr verbreitet ist, muß einiges gesagt werden. Wahlen sind kein Abzählvers und Politik ist

keine Rechenaufgabe. Dann könnten wir sie den Computern überlassen. Wahlen sind auch keine Sportschau, bei der die Wähler Brandt oder Strauß ins Ziel hieven. Das würde nur zu einem unpolitischen Spektakel werden, und das wollen durchaus die herrschenden Kräfte. Dazu dienen auch die Parolen vom „härtesten Wahlkampf seit 1949“ oder vom „Kopf-an-Kopf-Rennen“. Sie sollen die Wähler in atemloser Spannung halten, damit sie am 19. November in den Seilen hängen. Und in Ruhe können die wenigen Herrschenden ihre Geschäfte weitertreiben.

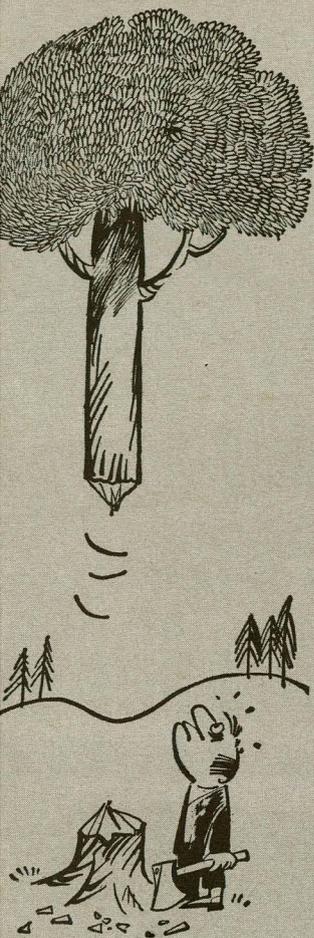
Aber gerade das muß verhindert werden. Darum ist es Unsinn, wenn wir uns auf Zahlen- und Prozentspiegel fixieren lassen. Dieser Wahlkampf muß politisch werden. Die Interessen der

beherrschten Mehrheit, der Arbeiter und Angestellten, der Schüler, Lehrlinge und Studenten müssen artikuliert und in den Vordergrund gebracht werden. Das Verlangen der Menschen nach Demokratie und Frieden muß sich Gehör verschaffen. Das geschieht eben nicht durch die Gegenüberstellung von Personen oder durch Hochrechnungen. Das geschieht nur, wenn eine wirkliche Alternative da ist. In diesem Wahlkampf ist das die DKP. Ihre Stärke oder Schwäche ist zugleich die Stärke oder Schwäche der gesellschaftlichen Alternative. Darum ist eine Stimme für sie keine Wegwerf-Stimme, sondern ein Ja für eine Veränderung im Interesse der Mehrheit der Menschen hierzulande und nicht nur der abgezählten Stimmen.

Das Auftreten der DKP kann zudem überhaupt ein kritisches Potential schaffen, auch unter solchen, die noch aus rechnerischen Gründen diesmal SPD oder FDP wählen. Sie können befähigt werden, diese Parteien an der bekanntgemachten Alternative zu prüfen und sich nicht mehr einfach von ihnen vertreten zu lassen.

Wer nicht mit dem Zahlenbrett vorm Kopf nur bis zum 19. November denkt, wird sich auch von der Fünf-Prozent-Klausel nicht ins Bockshorn jagen lassen. Denn diese Klausel ist ja kein Gesetz der Ewigkeit, sondern ein Gesetz der Herrschenden. Und sollen wir uns dieses Gesetz aufzwingen lassen? Doch wohl nicht, und das sollte auch für den konkreten Akt in der Wahlkabine gelten.

**Horst Stuckmann**



Programm von Floh de Cologne veröffentlicht. Könntet Ihr nicht mal öfter eine Agit-Prop-Seite (oder so ähnlich) bringen, auf der Ihr neue Texte von Songgruppen vorstellt? Das würde sicher viele interessieren. Man hört oft so gute Texte und möchte sie dann auch schriftlich haben.

**Herbert Jahn,**  
Oberhausen

## Wahlkampf

Das Sündenregister der CDU/CSU von A-Z war ein prima Einfall. Ich habe es mir gleich ausgeschnitten und werde in Versammlungen eifrig davon Gebrauch machen. Mal sehen, was die Herren von der CDU dazu sagen. Das Poster hat mir auch gut gefallen. Habt Ihr noch mehr davon auf Lager?

**Hubert Schulz,**  
Hagen

Meiner Meinung nach ist es kein Widerspruch, wenn Grete Thiele behauptet: „Der Bundeskanzler darf nicht Barzel oder gar Strauß heißen“, andererseits aber auffordert, die DKP zu wählen. Es gibt glücklicherweise nicht nur die Möglichkeit CDU/CSU oder SPD/FDP, sondern es besteht eine weitaus erfolgversprechendere Möglichkeit, durch einen offensiven Wahlkampf gegen Strauß und Barzel und für die DKP den Bossen eine Niederlage zu bereiten und (hoffentlich) Kommunisten in den Bundestag zu wählen. Und daß DKP-Abgeordnete im Parlament die wahren Fronten und Interessenvertretungen am besten aufdecken können, sollte jedem klar geworden sein, der das „Gemeinsamkeitsgetue“ der SPD/FDP-Führung in den drei Jahren sozial(?) liberaler Koalition beobachtet hat. Deshalb müssen wir durch eigenen Einsatz im Wahlkampf die CDU/CSU entlarven, ihre Interessen bloßlegen und die DKP stark machen.

**Manfred Krüger**  
Wilster

## Internationales

Berichte aus den sozialistischen Ländern lese ich immer gern. Euer Bericht aus Kuba hat mir ganz großartig gefallen. Besonders der Schluß mit Fidel Castro.

**Katja Brand,**  
Hagen

lickse und Abse“ mit dem el, die Arbeiterschaft von der nfktschwangeren Wirklich- t abzulenken.

ganzen gesehen seid Ihr ch ein bürgerliches „Beru- hungsblättchen“ für reaktionäre leßer!

**achim Sautter**  
lzgerlingen

## Sport

e Beiträge zum Sport in den zten Nummern haben mir gefallen. Besonders das interview mit Paul Breitner. Ich wüßte nur hoffen, daß Ihr ch nach den Olympischen elen weiter am Ball bleibt. nnn Sport interessiert doch e Jugendliche.

**Herbert Hüwel,**  
rtmund

## Mehr Texte

habt in dieser Ausgabe ein ar Texte aus dem neuen

# Abonnenten haben's besser:

Ich bestelle ab \_\_\_\_\_ bis auf Widerruf, jedoch für mindestens ein Jahr, das Magazin für junge Leute elan.  
(Jahresabonnement 13 DM einschließ- lich Zustellgebühr)

\_\_\_\_\_  
(Unterschrift)

\_\_\_\_\_  
(Anschrift)

*Schneiden an:  
& einreichen an:  
Weltkreis-  
Verlags-GmbH  
46 Dortmund  
Brüderweg 16*

## Wo fehlt eine?



Bei uns alle Schreibmaschinen. Riesenauswahl, stets Sonderposten. - Kein Risiko, da Umtauschrecht - Kleine Raten. Fordern Sie Gratskatalog 286 w

**NÖTHEL** Deutschlands großes Büromaschinenhaus  
A. O. - M. Z. H.  
**34 GÖTTINGEN, Postfach 601**

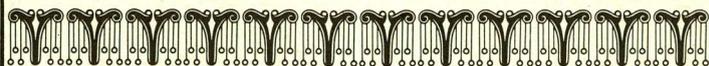


## Vietnamesische Erzählungen

Mit einem Vorwort von Walter Fabian  
Bearbeitet und herausgegeben von Renate Riemeck  
Paperback, DM 4,50

Die Erzählungen, Verse und Berichte, die hier erstmals der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit in Buchform vorgelegt werden, sind im Einvernehmen mit Repräsentanten der Nationalen Befreiungsfront aus verschiedenen ihrer in Europa erschienenen Veröffentlichungen entnommen worden. Wir kennen die Verfasser nicht. Eine Verbindung war mit ihnen nicht herzustellen. Wir wissen nicht, wo sie sich heute befinden oder ob sie überhaupt noch am Leben sind. Doch wir sind gewiß, daß die Herausgabe dieses Buches in ihrem Sinne erfolgt.

**STIMME-Verlag - 6 Frankfurt am Main**



*Wahlkampf à la CDU/CSU:*

# **Rettet die (Unternehmer-) Freiheit**

